



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„DER BOLOGNA-PROZESS: Europäisierungspolitik der Hochschulen“

Der Bologna-Prozess im Zusammenhang mit der Globalisierung,
Internationalisierung und Europäisierung

Verfasser

Hasan KOCABIYIK

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Doz. Dr. John BUNZL

Abstract

Since the last decade, one of the major topics of discussion at universities has been the Bologna Process. This thesis deals with the process in connection with the terms globalization, internationalization and Europeanization. The aim of this work is to provide background information and give details about the phases of the process from a political point of view. For that, preceding analysis of globalization, internationalization and Europeanization processes in higher education was required. Besides, the theoretical framework of the Bologna process was also discussed. In this sense, Bologna Process has been linked to functionalism. After pointing out the background of the Bologna process, its evolution and effects were identified. The current situation of the process has been applied to its future.

Kurzfassung

Eines der wesentlichen Diskussionsthemen an Universitäten in der letzten Dekade war und ist der Bologna-Prozess. Die vorliegende Studie behandelt diesen Prozess und versucht, diese aktuelle Thematik im Zusammenhang mit den Begriffen Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung zu bearbeiten. Ziel dieser Arbeit ist es, die Hintergründe und Schritte dieses Prozesses aus politischer Perspektive zu behandeln und unterschiedliche Blicke darauf zu bieten. Dafür war eine vorhergehende Analyse der Globalisierungs-, Internationalisierungs-, und Europäisierungsprozesse im Hochschulbereich notwendig. Wiederum wurde der theoretische Zugang der Arbeit behandelt. In diesem Sinne wurde Funktionalismus im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess bearbeitet. Nach der Bearbeitung des Hintergrunds des Bologna-Prozesses werden dessen Entwicklungsverlauf und seine Neuheiten aufgezeigt. Aus Sicht der aktuellen Situation des Prozesses werden auch Ausblicke auf die Zukunft dargestellt.

Ich versichere,

dass ich die Diplomarbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.

Dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland (einer Beurteilerin/einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

Dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt.

Wien, am 15.05.2009

Hasan KOCABIYIK

Vorwort / Danksagung

Eines der wesentlichen Diskussionsthemen an Universitäten in der letzten Dekade war und ist der Bologna-Prozess. Diese Studie behandelt diesen Prozess und versucht, diese aktuelle Thematik im Zusammenhang mit den Begriffen Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung zu bearbeiten. Ziel dieser Arbeit ist es, die Hintergründe und Schritte dieses Prozesses aus politischer Perspektive zu behandeln und unterschiedliche Blicke darauf zu bieten.

Das Zustandekommen dieser Arbeit verdanke ich der Hilfe und Unterstützung zahlreicher Personen, von denen hier nur einige wenige genannt werden können.

An erster Stelle gebührt mein Dank meinem Betreuer Univ.-Doz. Dr. John Bunzl, der mich stets unterstützt und beraten hat.

Herzlicher Dank gilt besonders Herrn Yusuf Kara, sowie s.g. Frau Nadire Kara, Herrn Ibrahim Solmaz und Herrn Yusuf Ziya Sula für die Unterstützung meines Studiums von Anfang an bis heute. Als stets ansprechbarer und hilfsbereiter Ratgeber hat mich mein Onkel, Prof. Dr. Hüseyin Sarioğlu, mit zahlreichen sachlichen Hinweisen unterstützt. Mein Dank gilt ebenso Herrn Doz. Dr. İbrahim Özdemir (Generaldirektor der Generaldirektion Außenbeziehungen des türkischen Bildungsministeriums) für seine fachliche Unterstützung beim Erstellen der Thematik.

Fr. Mag. Michaela Elgebaly habe ich für die Unterstützung bei den Korrekturarbeiten zu danken.

Darüber hinaus möchte ich meinen Eltern und anderen Familienangehörigen danken, die mich beim Studium immer unterstützt und motiviert haben.

Ganz besonderen Dank möchte ich meiner Frau Nezahat für die ermutigende und motivierende Unterstützung dieser Arbeit aussprechen.

Inhaltverzeichnis

Abstract	2
Vorwort / Danksagung	4
Abkürzungsverzeichnis	8
Abbildungsverzeichnis	9
1. Einleitung und theoretisches Vorgehen	10
1.1. Einführung zum Thema	10
1.2. Methode und Struktur der Arbeit	12
1.3. Fragestellungen	13
1.4. Begriffsklärung / Definitionen der in der Arbeit verwendeten Grundbegriffe	14
1.4.1. Globalisierung	14
1.4.2. Internationalisierung	16
1.4.3. Der Begriff Union, Integration und Europäisierung	18
1.4.3.1. Union.....	18
1.4.3.2. Integration	19
1.4.3.3. Europäisierung	20
1.5. Theoretischer Zugang	22
1.5.1 Funktionalismus	24
2. Interaktions- und Entwicklungsverlauf der Hochschulen zum Bologna-Prozess	26
2.1. Einleitung	26
2.2. Globalisierung im Hochschulbereich	27
2.3. Internationalisierung im Hochschulbereich	30
2.4. Europäisierung im Hochschulbereich	33
2.4.1. Europäische Hochschulpolitik und Mobilitätsprogramme bis zum Bologna-Prozess	35
2.4.1.1. Europäische Bildungspolitik in historischer Perspektive	36
2.4.1.2. Europäische Bildungs- bzw. Mobilitätsprogramme bis zum Bologna-Prozess	40
3. Der Bologna-Prozess	44
3.1. Zur Entstehung des Bologna-Prozesses	44
3.2. Von Bologna (1988) nach Paris (1998) – Meilensteine zum Bologna-Prozess	51
3.2.1. Magna Charta Universitatum	51

3.2.2. Lissabon-Übereinkommen von 1997	52
3.2.3. Die Sorbonne-Erklärung 1998	54
3.2.3.1. Follow-up Struktur	57
3.3. Bologna (1999): European Higher Education Area (EHEA)	57
3.4. Von Bologna nach Prag: Follow-up Struktur und die Aktivitäten.....	61
3.4.1. Botschaft von Salamanca – Gestaltung des Europäischen Hochschulraums und Gründung der European University Association (EUA).....	62
3.5. Von Prag bis London: Durchsetzung des Bologna-Gedankens	64
3.5.1. Prag (2001): Prager Kommunikè – Toward the European Higher Education Area	64
3.5.2. Die Phase nach Berlin: Follow-up Structure und die Aktivitäten.....	66
3.5.3. Berliner Kommunikè (2003): Den Europäischen Hochschulraum verwirklichen	68
3.5.4. Bergen Kommunikè (2005): Der europäische Hochschulraum – die Ziele verwirklichen	70
3.6. London (2007) und danach: Stocktaking-Time und Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung	71
3.6.1. Prioritäten für 2009	73
3.6.2. Europäischer Hochschulraum im globalen Rahmen	74
3.6.3. Ausblick auf 2010 und die Zeit danach.....	75
4. Zusammenfassung und Schlussbemerkung.....	78
5. Literaturverzeichnis	86
6. Anhänge	96
6.1. MAGNA CHARTA UNIVERSITATUM	96
6.2. SORBONNE JOINT DECLARATION	98
6.3. THE BOLOGNA DECLARATION OF 19 JUNE 1999	100
6.5. TOWARDS THE EUROPEAN HIGHER EDUCATION AREA.....	108
6.6. “Realising the European Higher Education Area”	112
6.7. „The European Higher Education Area - Achieving the Goals“	120
6.8. London Communiqué - 18 May 2007	126
6.9. THE BOLOGNA PROCESS 2020 – The European Higher Education Area in the new decade.....	134
Curriculum Vitae	141

Abkürzungsverzeichnis

ACA	Academic Cooperation Association
ALFA	Amèrica Latina – Formaciòn Acadèmica
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
BFUG	Bologna Follow-up Group
BPG	Bologna Preparatory Group
CEDEFOP	European Centre for the Development of Vocational Training
COMETT	Community Programme for Education and Training in Technology
CRE	Association of European Universities
CDU	Cristlich Demokratische Union
CSU	Cristlich-Soziale Union
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
ECTS	European Credit Transfer System
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EHEA	European Higher Education Area
EHR	Europäischen Hochschulraum
ENQA	European Network of Quality Assurance in Higher Education
ERA	European Research Area
ERASMUS	European Community Action Scheme for the Mobility of University Students
ESIB	National Unions of Students in Europe
EU	Europäische Union
EUA	European University Association
EURASHE	European Association of Institutions in Higher Accreditation
Eurec	Confederation of European Union Rectors' Conferences
ESU	European Students' Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
GATS	General Agreement on Trade in Services
HIS	Hochschul Informations System
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
NAFTA	North American Free Trade Agreement

OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PHARE	Poland and Hungary Aid for the Reconstruction of the Economy
TEMPUS	Trans-European Mobility Scheme for University Students
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
WTO	World Trade Organisation
YÖK	Yüksek Öğretim Kurumu (Türkisches Hochschulrat)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auf dem Weg zum einheitlichen europäischen Hochschulraum.....	45
Abbildung 2: Mitgliedsländer des Bologna-Prozesses.....	49
Abbildung 3: 10 Bologna-Aktionslinien – Bologna Kernprozess.....	50
Abbildung 4: Europäische Qualifikationsrahmen.....	71

1. Einleitung und theoretisches Vorgehen

1.1. Einführung zum Thema

„Der europäische Prozeß ist in letzter Zeit um einige bedeutende Schritte weiter vorangetrieben worden. So wichtig diese aber auch sein mag: man sollte nicht vergessen, daß Europa nicht nur das Europa des Euro, der Banken und der Wirtschaft ist; es muß auch ein Europa des Wissens sein. Wir müssen auf die intellektuellen, kulturellen, sozialen und technischen Dimensionen unseres Kontinents bauen und sie stärken. Sie sind in großem Maße von ihren Universitäten geprägt worden, die weiterhin eine ganz entscheidende Rolle in deren Entwicklung spielen.“¹

Das obige Zitat stammt aus der „**Sorbonne-Erklärung**“ über eine gemeinsame europäische Hochschulpolitik, welche die Basis des „**Bologna-Prozesses**“ bildet. Diese von den Bildungsministern aus Italien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien unterschriebene Feststellung erinnert uns an den Ausspruch bzw. die Einschätzung von Jean Monnet: *„Könnte ich noch einmal mit unserer Europapolitik beginnen, so würde ich nicht mit Stahl und Kohle, sondern mit Bildung und Kultur anfangen.“* In diesem Kontext wäre es von Bedeutung, die Innovation und Entwicklung der Europäischen Bildungspolitik in den letzten Jahrzehnten zu behandeln.

Gegen Mitte des 20. Jh., das auch einhergeht mit dem Ende der König- und Kaiserreiche, ist der Begriff „**Union**“ einer jener, die in den Mittelpunkt der politischen Arena rückten. Der Begriff „Union“ war für Europa, das ökonomisch durch lang andauernde Kriege geschwächt war, ein sehr wichtiger. Nach dem zweiten Weltkrieg war die Lebensqualität der Europäer am Nullpunkt. Aus dieser Situation heraus kamen sie unter dem Begriff „Union“ zusammen. Durch den politischen und ökonomischen Zusammenhalt entwickelte sich die heutige Europäische Union.

Am Ende des 20. Jh. bemerkte man, dass die Entwicklung und Zusammenarbeit der Union nicht nur auf den ökonomischen und politischen Bereich reduziert werden kann, sondern dass eine Zusammenarbeit auch in den Bereichen Bildung und Kultur von Nöten ist. Der Fokus lag im Hochschulbereich. Das Ziel war die Entwicklung eines **Europäischen Hochschulraumes**. Das beinhaltet, die Bedingungen der Universitäten als

¹ *Sorbonner Erklärung (1998: 2. Abs.) - Anhang 2*

zukunftsweisende Institutionen zu verbessern, die Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse (Diploma Supplement), die Förderung größtmöglicher Mobilität von Studierenden, LehrerInnen, WissenschaftlerInnen und Verwaltungspersonal, die Schaffung eines zweistufigen Studiensystems usw. Es wird geplant, das Projekt bis zum Jahre 2010 umzusetzen. Diese Entwicklung bringt die Europäisierung der Hochschulen hervor. Dadurch wird auch die kulturelle **Vertiefung der Union** oder Erschließung einer **Vertiefenden Union** beabsichtigt. Zur selben Zeit kann das Projekt auch am Anfang des 21. Jhs. als die Bildungspolitik der EU bezeichnet werden.

Andererseits kam gegen Ende des 20. Jhs., zunächst im ökonomischen Bereich und weiters auf vielen anderen Gebieten wie Wissen, Technik, Politik etc., gemeinsam mit der Entwicklung und Verbreitung der Wissenschaft und Technologie die gegenseitige Interaktion der Kulturen, die als „Globalisierung“ bezeichnet wird, zur Sprache. Diese Interaktion oder Beeinflussung, die wir auch als „**Internationalisierung**“ bezeichnen können, ist die Schwäche der nationalen und geographischen Grenzen in Richtung einer globalen Welt. In unserer heutigen Welt werden fast alle Staaten - einschließlich auch der Dritte-Welt-Staaten- von der oben genannten Globalisierung beeinflusst, und dieser Prozess weitet sich noch weiter aus. Sowohl in vielen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen als auch im Bildungsbereich können wir diese Interaktion beobachten. Der Bologna-Prozess wird deshalb in dieser Arbeit auch in den Zusammenhang der Auswirkungen der Globalisierung auf den Bildungsbereich gestellt werden.

Der Bologna-Prozess ist das gemeinsame Projekt der EU-Staaten und der EWR-Staaten für den Übergang zu einem gemeinsamen Hochschulsystem. Nach der Sorbonne-Erklärung kamen 19 europäische Bildungsminister in Bologna zusammen und unterzeichneten die **Bologna-Deklaration**. Mit dieser Deklaration begann der Bologna-Prozess, der als „**Europäisches Hochschulraum-Projekt**“ bezeichnet werden kann. In weiteren Folgen trafen die Bildungsminister der beteiligten Länder in Bologna, Prag, Berlin, Bergen zusammen, und schlussendlich versammelten sich alle 46 Bildungsminister der beteiligten Staaten in London. Das nächste Ministertreffen wird in Leuven unter der Gastgeberschaft der Benelux-Länder stattfinden.

In der vorliegenden Arbeit werde ich versuchen, den Bologna-Prozess im Zusammenhang mit den Begriffen Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung zu bearbeiten. Dafür war eine vorhergehende Analyse der Globalisierungs-, Internationalisierungs-, und Europäisierungsprozesse im Hochschulbereich notwendig. Nach der Bearbeitung des Hintergrunds des Bologna- Prozesses werden dessen Entwicklungsverlauf und seine Neuheiten aufgezeigt.

1.2. Methode und Struktur der Arbeit

In dieser Arbeit beruht das methodische Vorgehen auf der Literaturanalyse. Zur Erstellung der Arbeit werden meistens Primär- und Sekundärliteraturen in englischer, deutscher und türkischer Sprache herangezogen. Die Fragen wurden durch die Analyse bereits vorhandener Sekundärliteratur und auch durch die Analyse der relevanten Berichte aus Arbeitsgruppen, Protokollen, Gesetzestexten und Deklarationen beantwortet.

Diese Arbeit setzt sich aus 4 Teilen zusammen: Mit der allgemeinen Einführung zum Thema werden im ersten Teil dieser Arbeit die Grundbegriffe geklärt. Dazu werden die Begriffe Globalisierung, Internationalisierung, Union, Integration und Europäisierung definiert. Wiederum wird der theoretische Zugang der Arbeit behandelt. In diesem Sinne wurde Funktionalismus im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess bearbeitet.

Im zweiten Teil gebe ich zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Europäischen Hochschulpolitik. Hierbei werden die Globalisierung, Internationalisierung, und Europäisierung als Prozesse im Hochschulbereich bearbeitet. Damit werden die Entwicklungen im europäischen Hochschulbereich vor Beginn des Bologna- Prozesses erläutert.

Der dritte Teil dieser Arbeit behandelt den Bologna-Prozess. Nach der allgemeinen Darstellung zur Entstehung des Prozesses werden alle bis heute geschehenen Entwicklungen und Neuheiten stufenweise berichtet. Aus Sicht der aktuellen Situation des Prozesses werden auch Ausblicke auf die Zukunft dargestellt.

Der letzte Teil der Arbeit beinhaltet eine Zusammenfassung der Arbeit und Schlussbemerkungen über die Ergebnisse der Forschungsfragen.

1.3. Fragestellungen

Die Arbeit soll hauptsächlich die Entwicklung im europäischen Hochschulbereich im Zusammenhang mit den Begriffen Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung behandeln. Aus diesem Anlass möchte ich sowohl auf den Inhalt des Bologna-Prozesses eingehen als auch die Impulse, die von ihm ausgehen, bearbeiten.

Als forschungsleitende Frage soll in der Arbeit folgende Fragestellung behandelt werden:

- Wie sind die neuen Herausforderungen des Bologna-Prozesses an die Hochschulausbildung im Zusammenhang mit der Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung zu verstehen?

Davon abgeleitet ergeben sich weitere Forschungsfragen:

- Was ist der Hintergrund des Bologna-Prozesses?
 - Wie ist der historische Verlauf der Europäischen Bildungspolitik?
 - In welchem Zusammenhang hat dieser Prozess eine Beeinflussung auf die Begriffe bzw. Prozesse Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung?
- Was sind die Meilensteine zum Bologna-Prozess?
- Was bringt der Prozess mit sich; was ist mit „European Higher Education Area“ gemeint?
- Wie könnte man den Prozess in globalem Rahmen verstehen?
- Was wird der Prozess in den nächsten Jahrzehnten hervorbringen?

1.4. Begriffsklärung / Definitionen der in der Arbeit verwendeten Grundbegriffe

1.4.1. Globalisierung

In der derzeitigen Welt wird kaum ein anderer Begriff so häufig verwendet wie „Globalisierung“. Was versteht man eigentlich genau unter dem Begriff „Globalisierung“? Eine Definition des Begriffs ist schwierig. Der Begriff Globalisierung beinhaltet sowohl Internationalisierung als auch Multinationalisierung und darüber hinaus auch noch die Verschiebung der Machtverhältnisse von Politik und Wirtschaft, die mit beiden einhergeht.

Es war eine Zunahme des Interesses an der Idee der Globalisierung seit den 1980er Jahren. Bis zu einem gewissen Grad war dies geprägt durch die intensiven geopolitischen Veränderungen, die die Welt seit den frühen 70er Jahren durch die erheblichen Fortschritte in Technologie- und Kommunikationsprozessen erfuhr und die ein Ergebnis der seit Jahrzehnten erfolgenden Umstrukturierungen in den 80er und 90er Jahren. Während dieser Zeit gab es auch einen außerordentlichen Anstieg der multilateralen und supranationalen Organisationen. Heute gibt es eine wachsende Zahl von multilateralen Abkommen, globalen und regionalen Institutionen und Regelungen sowie die transeuropäischen Netze. Ein paar Beispiele hierfür sind das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), die Europäische Union (EU) und die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC), usw.²

Der Terminus Globalisierung wird auch im ökonomischen Bereich verwendet, um die zunehmende globale Verflechtung der Ökonomien sowie insbesondere der Finanzmärkte (als Folge der Liberalisierung des Kapitalverkehrs) auf einen Begriff zu bringen, und er bezeichnet ebenfalls Prozesse, die von dieser als qualitativ neu angesehenen Entwicklung ausgehen und inzwischen etliche weitere Bereiche fortschreitender und beschleunigter Modernisierung wie Kommunikation, Produktion von Wissen und Gütern, Transport umfassen.³

² Vgl. Robertson S. et al. (2007)

³ Vgl. Nohlen, D./ Grotz, F. (2001 aktual. 2007: 198)

Obwohl das Wort Globalisierung in diesen Tagen sehr beliebt ist, ist es ein relativ neuer Begriff, und es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den Fachautoren, wie man dieses Phänomen am besten definieren kann. Zuerst möchte ich mit der Definition von Drechsler, Hilligen und Neumann im *Lexikon der Politik – Gesellschaft und Staat* anfangen:

*„[...] beschreibt als Prozess der Zunahme und Verdichtung weltweiter ökonomischer und sozialer Beziehungen, seine Ursachen und Folgen. Hierbei gibt es Gewinner und Verlierer. Entsprechend ist die Bewertung strittig: Während die einen Globalisierung als Chance für einen weltweit wachsenden Wohlstand und Frieden begriffen, beklagen andere eine weltweit wachsende Spaltung zwischen Armen und Reichen und verwiesen auf negative Folgen für die Demokratie, für die kulturelle Vielfalt und für die Umwelt. Diese betreffen eine Vielzahl unterschiedlicher Prozesse mit wechselzeitigen Auswirkungen“.*⁴

Jan Aart Scholte⁵ berichtet, dass die Begriffe “globalise / globalize” und “globalism” erstmalig in den 1940er Jahren erschienen, und dass die Globalisierung zum ersten Mal im Wörterbuch des amerikanischen Englisch in 1961 auftauchte. Es wurde ein zentrales analytisches Werkzeug innerhalb der Akademie ab den frühen 1980er Jahren. Seitdem haben sich die oben genannten Begriffe in vielen Ländern etabliert und werden diskutiert. Weiters wurden über diese drei Begriffe viele Arbeiten in diversen Fachbereichen veröffentlicht.

Held et al. argumentieren, dass “...*globalisation is a central driving force behind the rapid social, political and economic changes that are reshaping societies*”⁶ und dass die Globalisierung “(is) a process (or set of processes) which embodies a transformation in the spatial organisation of social relations and transactions” .

Für die Zwecke meiner Arbeit betrachte ich die Globalisierung als unkontrollierbare Prozesse der Auflösung der nationalen Grenzen und Hegemonie, die der weltweite Wettbewerb und die Integration der Märkte mit sich gebracht haben und von denen beide durch High-Tech ermöglicht wurden. Im Gegensatz dazu sehen wir die Internationalisierung als die aktive Reaktion von den Hochschulen auf die wahrgenommenen Unzulänglichkeiten der nationalen Definitionen für die zentralen

⁴ Drechsler, H./Hilligen, W./Neumann, F. (2003)

⁵ Scholte, J.A., (2002:4)

⁶ Held et al. (1999: 7)

Funktionen der Hochschulbildung. Da die Globalisierungsprozesse oft die Wahrnehmung solcher Unzulänglichkeiten bei den Vertretern der Universität geschärft haben, können Internationalisierungs-Aktivitäten in vielen Fällen sogar als institutionelle Antworten auf die Globalisierungsprozesse gedeutet werden. Doch während die Globalisierung nationale Grenzen ignoriert, arbeitet Internationalisierung mit ihnen, um sie zu überwinden.⁷

1.4.2. Internationalisierung

Es ist eigentlich nicht so eindeutig, wie das Verhältnis zwischen Internationalisierung und Globalisierung zu sehen ist. Einige Autoren gebrauchen die beiden Begriffe gar synonym.⁸ Auf der anderen Seite unterscheiden einige Autoren diese Begriffe, wie zum Beispiele Held et al.; sie unterscheiden zwischen Globalisierung und eher begrenzteren Prozessen wie Nationalisierung, Regionalisierung und Internationalisierung:⁹

*„Nationalization is a process whereby social relations and transactions are developed within the framework of fixed territorial borders. Regionalization can be denoted by clustering of transactions, flows, networks and interactions between functional or geographical groupings of states and societies, while internationalisation can be taken to refer to patterns of interaction and interconnectedness between two or more nation states irrespective of their specific geographical location“.*¹⁰

Wächter und Reichert erklären die Unterschiede der Internationalisierung von der Globalisierung wie folgt:

“Reflecting processes of global competitiveness, for example between great regional blocs such as the United States, the European Union and the Pacific Rim, implies, as Peter Scott formulates, a radical re-ordering of the old world-order of Great Powers since "national boundaries are rendered obsolete by the transgressive tendencies of high technology and mass culture". Scott convincingly argues that globalisation should not be confused with or simply regarded as a higher form of internationalisation for three reasons: while internationalisation presupposes the notion of nation states and is often conditioned by geo-political concerns, globalisation ignores or transcends the order of nation states altogether. Secondly, internationalisation processes are often owned, initiated and expressed by the "'high' worlds of diplomacy and culture" while globalisation belongs to the "'low' worlds of mass consumerism and global capitalism". Thirdly, depending on the

⁷ Vgl. Wächter, B., ed. (1999)

⁸ Vgl. Lim, G. (1995)

⁹ Vgl. Rotter, C., (2005)

¹⁰ Held et al. (1999:15-16)

unequal pattern of nation states, internationalisation tends to reproduce hierarchy and hegemony while globalisation processes can bring up new agendas beyond existing hierarchies.”¹¹

Rotter betont (zum Vgl. Scott), dass die Globalisierung ausschließlich nicht als eine qualitativ höhere Form der Internationalisierung zu interpretieren ist. Sie zeigt im Vergleich zu Scott folgende Spannungsfelder zwischen den beiden Entwicklungen: *„Internationalisierung setzt das Vorhandensein von Nationen voraus, die miteinander interagieren und die ihre nationalstaatlichen Grenzen respektieren. Internationalisierung umfasst in diesem Sinn eine Vielfalt grenzüberschreitender Handlungen und Kooperationen.“*¹²

Nach einer begrifflichen Einführung zu Definition der Internationalisierung möchte ich mit der Klärung des Wortes „Internationalisierung“ fortfahren. Wir sehen dieses Wort zuerst in Latein als „internus“ („von lateinisch *internus=inwendig*“¹³). Wenn wir die Bedeutung des Begriffes von verschiedenen Aspekten durchgehen, bedeutet die Internationalisierung nach Nohlen **allgemein** den *„Prozess der Eingliederung von Werten, Normen, Elementen in das Innere eines Systems (Ggs.: Externalisierung = Prozess der Verlagerung nach Außen)“*¹⁴. Er bietet auch eine Beschreibung der Internationalisierung unter sozialpsychologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Aspekten. *„Sozialpsychologisch die Verinnerlichung von Werten und Normen der mittelbaren und unmittelbaren sozialen Umwelt eines Menschen, insbesondere eines Kindes während dessen Entwicklung.“* ... *„Wirtschaftswissenschaftlich im Kosten-Nutzen-Kalkül meint Internationalisierung die Berücksichtigung externer Effekte in die entstehenden (Produktions-)Kosten eines Gutes, Einwohner das Abwälzen der (Folge-) Kosten auf Dritte.“*¹⁵

Wie bereits diskutiert wurde, wird der Begriff Internationalisierung meistens als Synonym für die internationale Zusammenarbeit verstanden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich im einfachsten Sinne Internationalisierung auf die Aktivitäten bezieht, die darauf

¹¹ Wächter, B. / Reichert, S. (2000:33)

¹² Rotter, C., (2005:53)

¹³ Nohlen, D. (1998:282)

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.: S. 282-283

abzielen, ihre Reichweite über nationale Grenzen hinweg zu erweitern. In dieser Arbeit wird der Begriff 'Internationalisierung' im Bereich des Hochschul-Kontextes diskutiert.

1.4.3. Der Begriff Union, Integration und Europäisierung

1.4.3.1. Union

Dieses Wort wurde zuerst Anfang des 16. Jhs. in Latein als "unio" verwendet und bedeutet (vgl. Französisch und Englisch Union); Vereinigung, (vertraglicher) Zusammenschluss, Bund..."¹⁶

Das Wort "Union" wird seit dem 16. Jahrhundert in fast allen Bereichen, von der Politik bis zu Wissenschaft, benutzt und bedeutet vor allem Koalitionen. Deswegen zitiere ich eine allgemeine Definition aus Mayers Lexikon. "*Allgemein: Zusammenschluss, Vereinigung, Bund, Verband; besonders ein Staatenbund (Personalunion, Realunion); auch Bezeichnung für supranationale Einrichtungen, die zur Erreichung eines gemeinsamen politischen Zieles geschaffen werden (z. B. die frühere Montan-Union, Europäische Union)*".¹⁷

Im politischen und politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch wurde das Wort Union von Schmidt¹⁸ als "*Obergriff für Zusammenschlüsse bestimmter Einheiten (vor allem Staaten, Regionen, Verbände, Parteien oder Personen) zur Erreichung oder Wahrung gemeinsamer politischer Ziele, z. B. die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (1922-91), das aus der Union Englands mit Schottland (1707) und Nordirland (1801) entstandene Großbritannien, die → EU und die Unionsparteien → CDU und → CSU*" definiert.

Im Kontext der internationalen Politik, wie in dem Beispiel der Sowjetunion und den USA, ist Union die Sammlung von kleinen Einheiten. Darüber hinaus wird "Union" auch für supranationale Organisationen benutzt, die sich aus vielen unabhängigen Ländern bilden.

¹⁶ Vgl. Paul, H. (1992)

¹⁷ Mayers Lexikon. (Online: 21.07.2008, 22:00)

¹⁸ Schmidt M. (2004:275)

Die Europäische Union ist das populärste Beispiel für diesen Typ. In dieser Arbeit wird das Wort “Union” hauptsächlich im Rahmen der Europäischen Union diskutiert werden.

1.4.3.2. Integration

Dieser Begriff wurde zuerst in Latein (*integratio*) im Sinne des Wortes *Einbeziehung* benutzt und bezeichnet allgemein die Entstehung oder Herstellung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen. Auf der anderen Seite bezeichnet der Begriff Integration die Fähigkeit einer Einheit oder Ganzheit, den Zusammenhalt der einzelnen Elemente auf der Basis gemeinsam geteilter Werte und Normen aufrechtzuerhalten.¹⁹

Nach Nohlen und Grotz ist Integration eine empirische Grunderscheinung und analytische Grundkategorie in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Sie behaupten, dass aufgrund der damit verbundenen zahlreichen Verwendungszusammenhänge des Begriffs in den Sozialwissenschaften ein unterschiedliches, kontext- und theorieabhängiges Verständnis des Begriffs vorherrscht.²⁰

Mayer versteht Integration als „*Wiederherstellung eines Ganzen*“ und definiert sie in soziologischem Sinne als „*Bezeichnung für einen gesellschaftlichen Prozess, der durch einen hohen Grad harmonischer, konfliktfreier Zueinanderordnung der verschiedenen Elemente (Rollen, Gruppen, Organisationen) gekennzeichnet ist, sowie für Prozesse der bewussteinmäßigen oder erzieherischen Eingliederung von Personen und Gruppen in oder ihre Anpassung an allgemein verbindliche Wert- und Handlungsmuster.*“²¹

Für die Zwecke dieser Studie wird der Begriff Integration im Rahmen der Europäischen Integration behandelt. Als eine „*zunehmende faktische und vertraglich abgesicherte bi- und multilaterale Verflechtung der europäischen Staaten*“,²² ist die **Europäische Integration** ein auffallendes Vorbild und bzw. auch ein Instrument für den Europäisierungsprozess der Hochschulen, der in dieser Studie bearbeitet wird.

¹⁹ Vgl. Nohlen, D./Grotz, F. (2001 aktual. 2007:229)

²⁰ Ebd.

²¹ Mayers Lexikon (Online: 01.12.2008, 15:13)

²² Österreich Lexikon (Online: 01.12.08,20:31)

Darüber hinaus, wenn man es von einer anderen Seite aus betrachtet, kann das Bildungswesen bzw. der so genannte „Europäische Bildungsraum“ eine wichtige Institution im Zusammenhang mit der europäischen Integration sein, so wie der Europarat, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Europäischer Wirtschaftsraum und andere mehr.

1.4.3.3. Europäisierung

Wie bereits erwähnt, wird das Wort “Union” in dieser Arbeit im Rahmen der Europäischen Union diskutiert werden. Wenn man sich mit dem Prozess der europäischen Integration und ihrer heutige Situation befasst, stößt man unvermeidlich auf den Begriff “Europäisierung”. Trotz der zahlreichen Beschreibungen, die sich mit Fragen über die Definition der Europäisierung beschäftigen, ist es schwer eine einheitliche Definition dieses Begriffes zu finden. Stattdessen finden sich in der Literatur sehr viele verschiedene Beschreibungen zur Begriffsdefinition der Europäisierung.

In der Folge werde ich einige dieser Begriffsbestimmungen zitieren. So ist z. B. die Definition der Europäisierung bzw. des Europäisierungsprozesses von Epiney/Bieber/Haag in ‘Die Europäische Union’:

“Einen “immer engeren Zusammenschluss” (französisch “Union”) setzen sich die sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, 1952), der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, 1957) und der Europäischen Autonomie Gemeinschaft (Eratom, 1957) zum Ziel. Seit dem Abschluss des Vertrages über die Europäische Union (EU, 1992), wird die aus den vertraglichen Verknüpfungen der inzwischen fünfundzwanzig Mitgliedstaaten erwachsene Rechtsordnung EUROPÄISCHE UNION genant.”²³

Nach dieser Beschreibung könnte man die *Europäisierung* als eine *institutionelle- bzw. hierarchische Entwicklung* der Europäischen Union wahrnehmen. Um diese zu verstehen, würde für uns die Feststellung von Nohlen hilfreich sein; laut der Erklärung von Nohlen in ‘Kleines Lexikon der Politik’, ist die Entstehung das Konzept der Europäisierung:

²³ Epiney, A./Bieber, R./Haag M. (2005, 6. Auflage: 37)

*“Die Forschung zur europäischen Integration hat sich im Zeitverlauf mit unterschiedlichen Forschungsgegenständen befasst. War es in den Anfängen hauptsächlich die Finalität des Integrationsprozesses, so legte die Forschung zu Governance ihren Schwerpunkt auf Prozesse der Politikgestaltung (politics) und auf Politikinhalte (policy) (Eising/Kohler-Koch 1999; Rosenau 1992). In diesem Kontext entstand das Konzept der Europäisierung. Es will Wechselwirkungen zwischen den (aktuellen und zukünftigen) Mitgliedstaaten einerseits und der Europäischen Union andererseits beschreiben und auch erklären (Börzel/Risse 2002; Hiritier u. a. 1994; Radaelli 1997)”*²⁴

In diesem Kontext finde ich die gemeinsame Definition von Risse, Cowles und Caporaso sinnvoll: *„We define Europeanization as the emergence and development at the European level of distinct structures of governance, that is, of political, legal, and social institutions associated with political problem solving that formalize interactions among the actors, and of policy networks specializing in the creation of authoritative European rules. (...) Political institutionalization involves the development of formal and informal rules, procedures, norms, and practices governing politics at the European, national, and subnational levels“*.²⁵

An dieser Stelle sollte man auch „Europäisierung“ vom Begriff der „Integration“ unterscheiden. Deswegen können wir sowohl die Entstehung von Institutionen und der Prozess der Politikformulierung auf europäischer Ebene als auch deren Rückwirkungen auf nationale und subnationale Ebenen nicht miteinbeziehen.²⁶

Eindeutiger ist in dieser Hinsicht die Definition von Tanja Börzel.²⁷ Lesch findet diese folgende Definition entspannend, um klare Trennung zwischen den beiden Konzepten *Europäisierung* und *Europäische Integration* zu erkennen: Europäisierung ist *„a process by which domestic policy areas become increasingly subject to European policy-making“*.²⁸

Noch eine andere Definition hat Robert Landrech im Rahmen seiner Studie über den Einfluss der Europäischen Gemeinschaft auf die Politik und die Institutionen Frankreichs

²⁴ Nohlen, D./Grotz, F. (2001 aktual. 2007:130)

²⁵ Risse, T. / Cowles, M. G. / Caporaso, J. A. (2001:3)

²⁶ Vgl. Lesch, B. (2006)

²⁷ Ebd.:12-13

²⁸ Börzel, T. A. (1999: 574)

entwickelt²⁹. Für Ladrech ist Europäisierung „an incremental process reorienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making”.³⁰ Hier versteht man die Europäisierung als einen Prozess, bei dem die Funktionslogik nationaler Politikgestaltung sich anwachsend an politischen und ökonomischen Entwicklungen auf der supranationalen Ebene der EU orientiert.³¹ In dieser Arbeit verstehen wir die Europäisierung unter diesem Aspekt.

1.5. Theoretischer Zugang

„Ziel aller Theorien ist es, Erklärungen über das politische System als Entscheidungssystem zu geben, um somit Analysen durchzuführen und Handlungsanweisungen an das politische System zu geben.“³²

Bjerregaard berichtet, dass die Europäische Zusammenarbeit vielmehr eine supranationale Zusammenarbeit ist. Nach der Interpretation von Bjerregaard ist es, wenn die Entwicklung der EG/EU berücksichtigt wird, deutlich, dass die europäische Integration als Kanalisation notwendiger zwischenstaatlicher Zusammenarbeit funktioniert hat. Die EG/EU ist denn auch das Paradebeispiel der Funktionalismustheorie.³³ So wie viele Autoren erwähnen, spiegelt die bisherige Entwicklung der europäischen Bildungspolitik auch den Mechanismus der funktionalistischen Theorie. Nach Aigner sollen, aus der Sicht des Funktionalismus, internationale Organisationen Zweckverbände für einzelne Politikbereiche sein; ihre Entstehung sei durch die Entwicklungsgesetzmäßigkeiten industrieller Gesellschaften erklärlich.³⁴ Er behauptet im Vergleich zu Mitrany, dass „grundsätzlich gelte das Prinzip „form follows funktion“, das heißt, dass bestimmte Interessen, Bedürfnisse und Aufgaben eine organisatorische Struktur der Problembearbeitung nach sich ziehen“.³⁵ Ihm zufolge ziehe die Internationalisierung

²⁹ Vgl. Lesch, B. (2006)

³⁰ Ladrech, R. (1994: 69)

³¹ Vgl. Lesch, B. (2006)

³² Bjerregaard R. (2001:2)

³³ Vgl. Ebd.

³⁴ Vgl. Aigner, E. (2002)

³⁵ Aigner, E. (2002:18)

gesellschaftlicher Problemlagen somit Mechanismen der kollektiven Problembearbeitung nach sich.³⁶

Wie bekannt ist, entstand die europäische Union aus einer Zusammenarbeit im Kohle- und Stahlbereich; diese war auf den Erhalt des Friedens zunächst zwischen Deutschland und Frankreich und in weiterer Folge zwischen den Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, 1951) ausgerichtet.³⁷

„Nach dem Prinzip Form Follows Funktion ist ein friedliches Neben- und Miteinander von Staaten, aber auch ein Friedliches Weltsystem möglich, wenn Staaten ihre Funktionen, z.B. Sicherheit für alle Bürger zu schaffen, im ökonomischen oder in anderen Bereichen mit anderen Staaten verbinden.“³⁸ Höll et al denken, dass die schrittweise Verflechtung im sozioökonomischen Bereich in politischen Kooperationsmodellen zur gewaltfreien Lösung von Konflikten führt. Typisches Beispiel hier ist der Europäische Integrationsprozess, der von Robert Schuman und seinem Mitarbeiter Jean Monnet auch in dieser Weise konzipiert wurde.³⁹

Wie oben erwähnt, spiegelt auch die Entwicklung der Europäischen Bildungspolitik den Mechanismus der funktionalistischen Theorie wider: *„Mit einer zunehmenden Internationalisierung der Arbeitsmärkte und Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa wurden die bildungspolitischen Bestrebungen im Rahmen der Europäischen Union verstärkt: Dies zeigt sich z.B. an der Errichtung neuer Institutionen (Gründung des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung – CEDEFOP, 1975) und an der Schaffung des Instruments der Aktionsprogramme für den Bildungsbereich in den 80er Jahren.“⁴⁰* Dessen Ausweitung und Intensivierung durch den Bologna-Prozess sowie die in Folge dargestellten Entwicklungen werden in den Kapiteln 2 und 3 bearbeitet werden.

³⁶ Vgl. Aigner, E. (2002)

³⁷ Vgl. Ebd.

³⁸ Höll O, et al. (2006:80)

³⁹ Vgl. Ebd.

⁴⁰ Aigner, E. (2002:19)

1.5.1 Funktionalismus

Wie bekannt ist, liegt die Wurzel des Funktionalismus in der Schrift von David Mitrany „A Working Peace System“, wo er im Jahr 1943 eine integrative Theorie entwickelt, ohne sich auf ein normatives Programm festzusetzen, wie der klassische Liberalismus (Kant) oder die Föderalisten, die eine Integration verwirklichen wollen. Diese sollte durch Souveränitätsabtretungen der Nationen an internationale Institutionen realisiert werden.⁴¹

Die wesentliche These des Funktionalismus ist, dass "Formen Funktionen folgen" (Forms follow functions), oder, nach Bjerregaard, etwas länger ausgedrückt: „*Politische Formen werden bestimmt von deren Funktionen, und funktionale Anforderungen ändern das politische System. Damit herrscht nicht die Macht des Politischen, sondern die Macht des Funktionalen.*“⁴²

Wie Bjerregaard berichtet, wurde von Mitrany aus rein funktionalen Gründen ein Integrationsentwurf entwickelt, mit der These, dass „*sich die Welt zunehmend integriert. Die Kausalität dieser Integration liegt in der modernen, im Zuge des Fortschritts und der Entwicklung immer komplexer werdenden Welt mit immer neu entstehenden sozialen, ökonomischen und, jetzt aktuell, ökologischen Problemen, deren Regelung nicht immer in nationalem Rahmen gelöst werden können und so einen Zwang zur Harmonisierung der Politik und gegenseitigen Hilfe zur Folge hat, oft mit der Konsequenz von Kompetenzabtretungen an übernationale Organisationen oder Institutionen.*“⁴³

Ein anderer berühmter Funktionalist, Ernst Haas, sagt; „*Policies made in carrying out an initial task and grant of power can be made real only if the task itself is expanded*“⁴⁴ Nach der Interpretation von Bjerregaard ist die Integration hier funktionalistisch determiniert: die internationalen Organisationen müssen an Gewicht gewinnen, um sich den Anforderungen zu stellen und die vereinbarte Aufgabenstellung zu erfüllen. Die Annahme des Funktionalismus ist es also, dass Organisationen, konfrontiert mit Problemen, nicht gehemmt werden oder daran ersticken, sondern sogar durch die Probleme aufblühen und

⁴¹ Vgl. Bjerregaard R. (2001)

⁴² Ebd. S:2

⁴³ Ebd. S:2-3

⁴⁴ Haas Ernst B. (1964: 94ff)

wachsen. Bjerregaard behauptet, dass, nach dem Bild von einem überlaufenden Reformstausee, diese funktionalistische Ausweitung internationaler Organisationen als "spill-over effect" bezeichnet wird. Dies ist das Kernstück im Integrationsprozess und das spill-over-Gesetz ermöglicht dem Politologen eine Prognose der zukünftigen Integrationslinien.⁴⁵

„Ein Grundsatz Mitransys ist, dass nur "low-politics" (z.B. Wohlfahrtspolitik) für Integration geeignet ist. "high-politics" wird eifersüchtig vom Nationalpolitiker gehütet und nur "low-politics" hat eine Chance automatisch "überzulaufen".⁴⁶ Dieses, nach Bjerregaard, Unterlassen von Machtpolitik führt auch zu einem anderen Integrationsideal, als beispielsweise bei den Föderalisten. Während die Föderalisten nur Integration durch starke institutionale Formen für denkbar halten, meint der Funktionalismus, dass Integration durch internationale "policy-making" (Sachpolitik) aufgrund der dadurch entstehenden Interdependenz zustande kommt.⁴⁷ „Dieser integrative Prozeß führt die Weltgesellschaft tendenziell hin zu einer Weltgemeinschaft, und ist damit ein dialektischer Prozeß, der die nationalen Gegensätze durch integrative Synthesen abbaut, und die internationale Weltkonstellation und die internationale Disziplin dadurch letztlich abschafft, laut der Konsequenz des Funktionalismus.“⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Bjerregaard R. (2001)

⁴⁶ Ebd. S:3

⁴⁷ Vgl. Ebd.

⁴⁸ Ebd. S:3

2. Interaktions- und Entwicklungsverlauf der Hochschulen zum Bologna-Prozess

2.1. Einleitung

In diesem Teil beginne ich mit der Frage von Caroline Rotter über die Zukunft der Hochschulen: *“Wie sieht die zukünftige Gestaltung der Hochschulen aus?”*.⁴⁹ Diese Frage hat in letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sie sollte mit dem zwischenzeitlichen Wandel bzw. Entwicklungen im Hochschulbereich verstanden werden. In diesem Zusammenhang sind erstens die Entwicklung von Massenhochschulen und damit die veränderte Rolle der Hochschulen in der Gesellschaft zu beachten. Zweitens ist die knappe öffentliche Finanzlage wichtig, die von der Hochschule eine Eigeninitiative hinsichtlich des Erschließens neuer Finanzressourcen fordert. Drittens bringen der fortschreitende Globalisierungsprozess und die damit verbundene weltweite Vernetzung aller Lebensbereiche deutliche Veränderungen für die Hochschulen mit sich. Um die obige Frage zu beantworten, scheint daher im Zeitalter der Globalisierung seit Mitte der 1990er Jahre die Internationalisierung der Hochschule zu gelten.⁵⁰

Hans Pacher berichtet, *“Universitäten waren seit jeher „kosmopolitische“ Einrichtungen. Selbst am Höhepunkt ihrer nationalstaatlichen Prägung im 19. Jahrhundert gab es ein erhebliches Maß an grenzüberschreitender Kooperation, an akademischer Mobilität und an Gedankenaustausch. Dennoch ist der Verweis auf die historischen Kontinuitäten wenig hilfreich, um die neue Qualität zu verstehen, die Internationalisierung im Hochschulbereich am Ende des 20. Jahrhunderts erreicht hat. Internationalisierung hat ungeahnte quantitative Dimensionen angenommen und zugleich qualitative Transformationen erfahren.”*⁵¹

Er geht davon aus, dass diese Entwicklungen mit jenen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen zusammenhängen, die als Globalisierung bezeichnet werden. Ihm zufolge kommt es dabei zu einer starken Ausdifferenzierung, wobei die Globalisierung in jedem Fall eine wichtige Rolle spielt, aber zugleich sehr unterschiedliche Phänomene internationaler Aktivitäten von Hochschulen hervorbringt. Im engeren Sinn des hochschulpolitischen Phänomens unterscheidet er auch zwischen Internationalisierung,

⁴⁹ Rotter, C., (2005:1)

⁵⁰ Vgl. Ebd.

⁵¹ Pechar, H. (2003: 1-2). In Messerer, K. / Pechar, H. / Pfeffer, T. (Hg.) (2003: Kapitel II)

Europäisierung und Globalisierung.⁵² Rotter stimmt in diesem Fall auch mit Pechar überein und sagt:

“Bildung, sowohl Schul-, Hochschul- als auch Erwachsenenbildung, galt traditionell dem nationalen Regelungsbereich zugehörig und sollte insbesondere der sozialen und politischen (Weiter-)Entwicklung der jeweiligen Nation dienen. Vor dem Hintergrund des globalen Kontextes gewinnen jedoch zunehmend Organisationen Einfluss, deren Interesse an Bildungssystemen bisher eher marginal war, wie zum Beispiel die World Trade Organisation (WTO), die Weltbank oder die Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD). Auch die Aktivitäten der EU im Bildungsbereich, deren Bedeutung in Bildungsfragen aufgrund des Subsidiaritätsprinzips eingeschränkt ist, haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen.”⁵³

Wie im Begriffsklärungsteil (Teil:1.3) bearbeitet wurde, sind die Internationalisierung, Europäisierung und Globalisierung auf den ersten Blick (begriffsinhaltlich) ähnliche Begriffe. Sie weisen aber tatsächlich auf sehr unterschiedliche Sachverhalte und Entwicklungen hin, die im Folgenden vorangestellt werden.⁵⁴ Rotter berichtet, dass die Begriffe ‚Internationalisierung‘, ‚Globalisierung‘ und ‚Europäisierung‘ komplexe Veränderungen der Hochschulen kennzeichnen und die aktuellen Reformdiskussionen dominieren.⁵⁵

In diesem Teil werden als nächster Schritt Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung der Hochschulen als ein Prozess definiert und die Entwicklung dieses hochschulischen Interaktions- bzw. Internationalisierungsprozesses als Hintergrund des Bologna-Prozesses bearbeitet werden.

2.2. Globalisierung im Hochschulbereich

Die seit langem bestehenden Schwerpunkte der Hochschulpolitik sind die Internationalisierung und Europäisierung (Diese werden in dieser Arbeit später erwähnt). In der Mitte der 1990er Jahre war der Begriff der Globalisierung auf die Tatsache zurückzuführen, dass *“... there was a renewed policy emphasis on the need to expand participation in higher education, related not only to the knowledge economy notion but*

⁵² Vgl. Ebd.

⁵³ Rotter, C., (2005:8)

⁵⁴ Vgl. Leszczensky M./ Wolter A. (2005)

⁵⁵ Rotter, C. (2005:8)

also to demographic factors in some countries, with cross-border education seen as one way to provide more diversified, flexible higher education including lifelong learning for ageing populations.”⁵⁶

Der Begriff Globalisierung wird von vielen Autoren in verschiedenen Aspekten definiert. In dieser Arbeit wird die Auswirkungen der Globalisierung auf Hochschulen bearbeitet werden. In diesem Sinne finde ich die Feststellung von Monika Goldman spannend. Stiebitzhofer zitiert in seiner Arbeit von Goldman, dass *“Globalisierungsprozesse nicht nur für die Erscheinungen der Internationalisierung von Finanzen, Märkten und Marktstrategien im weltweiten Wettbewerb umfassen, sondern gleichzeitig Einflüsse auf Lebensformen, Konsumverhalten sowie das kulturelle Leben ausüben und bis in die Veränderung von Wahrnehmung und Bewusstsein reichen*”⁵⁷.

In gleicher Weise definiert Michael Leszczensky die Globalisierung als grenzüberschreitende Erweiterung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Handlungs- und Wirkungsgefüge. Weiters berichtet er, dass diese Entwicklung durch Fortschritte im Gütertransport, in der Kommunikationstechnik, durch Öffnung von Märkten und gemeinsame Währungspolitik sowie weitere Prozesse der politischen und kulturellen Entdifferenzierung begünstigt wird.⁵⁸

„Mit Bezug auf die Hochschulen wird mit dem Begriff der Globalisierung die Entstehung eines internationalen Bildungsmarktes bzw. die Ökonomisierung der Beziehungen zwischen Hochschulen und Hochschulsystemen in den Fokus gerückt, gekennzeichnet durch;

- *die Intensivierung gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den Staaten*
- *die Erosion nationaler Grenzen und*
- *die Nivellierung kultureller Differenzen.*“⁵⁹

In diesem Zusammenhang stimmt Marginson⁶⁰ zu, dass der erste globale „Markt“ der Universitäten aufgetaucht ist. Heute bilden Universitäten die Führungskräfte von globalen

⁵⁶ Marginson, S. / Van der Wende, M. (2006:8)

⁵⁷ Goldman (1999:155). In Stiebitzhofer, E. (2004:1)

⁵⁸ Vgl. Leszczensky M./ Wolter A. (2005)

⁵⁹ Ebd. S. 62

⁶⁰ Vgl. Marginson, S. / Van der Wende, M. (2006)

Unternehmen aus. Die beliebtesten Grade sind global mobile Abschlüsse in Betriebswirtschaft und Informatik.

Im Hochschulbereich lassen sich unter dem Aspekt der Globalisierung im Wesentlichen zwei Trends erkennen:⁶¹

- *„die faktische Entwicklung eines globalen Hochschulmarktes, gekennzeichnet durch die rasch zunehmende Präsenz von Studienangeboten und Studienanbietern außerhalb ihrer Ursprungsländer. Entsprechende Angebote werden unter dem Begriff transnational education zusammengefasst.*
- *Die rechtliche Einbettung dieser Entwicklung durch einen globalen Versuch der Deregulierung. Vom General Agreement on Trades in Services (GATS) sind auch die Hochschulen bzw. die nationalen Hochschulsysteme betroffen, die sich – so die Intention der WTO – soweit wie möglich für ausländische Anbieter öffnen sollten.“*

In diesem Sinne, wie Rotter gesagt hat, wird Globalisierung im Hochschulbereich vor allem mit dem GATS und dem Entstehen eines globalen Bildungsmarktes in Verbindung gebracht, also mit einer Kommerzialisierung des Hochschulsektors. Dennoch werden mit dem Begriff der Globalisierung analog zum allgemeinen Bildungswesen (z vgl. Adick 1992a, 1992b) weltweit ähnliche Entwicklungen im Hochschulwesen wie die Implementierung der gestuften Studienstruktur mit Bachelor und Master als ‚Weltmodell‘ markiert.⁶²

Wie in der Folge bearbeitet wird, zeichnen sich im in dieser Arbeit definierten Sinn die Internationalisierung und Europäisierung gleichermaßen dadurch aus, dass Globalisierung nur als externer Faktor ins Spiel kommt.⁶³ Demgegenüber definiert Pacher Globalisierung als hochschulpolitisches Phänomen im engeren Sinne folgendermaßen:

“die Hochschule tritt nun selbst als „globaler Akteur“ auf, der seine Wettbewerbsposition auf weltweiten Märkten zu stärken sucht. Globalisierung ist hier nicht nur ein externer Faktor, sondern ist gleichsam ins Innere der Organisation Hochschule eingedrungen und hat hier neue Motive und Ziele hervorgebracht. Die „global agierende Hochschule“ verfolgt nicht nur traditionelle akademische, sondern verstärkt kommerzielle Interessen.

⁶¹ Lanzendorf/Teichler(2003). In Leszczensky, M./ Wolter, A. (2005:62)

⁶² Vgl. Rotter, C. (2005)

⁶³ Vgl. Pechar, H. (2003). In Messerer, K. / Pechar, H. / Pfeffer, T. (Hg.) (2003:Kapitel II)

Wenn etwa australische Universitäten „full fee paying overseas students“ rekrutieren, dann haben sie primär das dabei zu erzielende Einkommen im Sinn.“⁶⁴

Marginson⁶⁵ argumentiert, dass die Hochschulbildungssysteme, -politiken und -institutionen durch die Globalisierung verändert werden. Aufgrund des Eintauchens in Wissen war der Bereich der höheren Bildung immer international offener als die meisten Sektoren. Er fügt hinzu, dass es für Staaten oder für die Universitäten nicht mehr möglich sei, sich von den globalen Auswirkungen in einem vernetzten globalen Umfeld abzusichern, in dem jede Universität für jede andere sichtbar und zugänglich ist, und dass damit der Einfluss der globalen Dimension zunimmt. Die Länder und Universitäten bringen unterschiedliche Fähigkeiten und Programme zum globalen Austausch. Grenzüberschreitende Ströme zwischen den einzelnen Ländern sind asymmetrisch. Jedes nationale System ist nicht im gleichen Umfang oder gleicher Intensität daran beteiligt.

Gibbons kategorisiert die Auswirkungen der Globalisierung, wie bereits erwähnt, im Bereich der Hochschulbildung in vier Dimensionen:

- *“between academics: who seek peer recognition for their participation in what is a recognisably different kind of research activity;*
- *between academics and the university: for a more differentiated reward structure that recognises different types of research activity;*
- *between universities: in terms of the prestige of having their faculty deemed sufficiently competent to be admitted to these, often elite, forms of collaborative research; and*
- *between universities and industry: for sharing of the revenues from intellectual property, which is now more likely to be the outcome, not of individual genius but of the joint production of knowledge by experts of many different kinds.“⁶⁶*

2.3. Internationalisierung im Hochschulbereich

“Hochschulen reagieren auf das Phänomen der Globalisierung mit einer verstärkten Internationalisierung der Studien. Eine auf nationale Volkswirtschaften und Arbeitsmärkte

⁶⁴ Ebd. S.6

⁶⁵ Vgl. Marginson, S. / Van der Wende, M. (2006)

⁶⁶ Gibbons, M. (2002:7)

zugeschnittene Ausbildung wird nicht länger als ausreichend erachtet. Generell werden von Studierenden bzw. AbsolventInnen breitere interkulturelle Erfahrungen und bessere Kenntnisse von Fremdsprachen erwartet. Zusätzlich werden vor allem in jenen Disziplinen, in denen das Curriculum stark durch nationale Traditionen geformt wurde (z.B. Recht, Geisteswissenschaften), die Lehrinhalte um internationale Bezüge erweitert. All das kann sowohl durch Auslandsaufenthalte der Studierenden wie durch eine Internationalisierung des Curriculums der Stammhochschule erreicht werden. Ein Auslandsaufenthalt ist um vieles aufwändiger, bringt aber – neben den reichen extracurricularen Erfahrungen – für die Studierenden zusätzliche Chancen, internationale Kontakte zu schließen und in Netzwerke eingebunden zu werden.“⁶⁷

Marginson definiert den Begriff "Internationalisierung" als eine Beziehung über die nationalen Grenzen hinweg oder zwischen Institutionen in verschiedenen nationalen Systemen. Es kann nicht gesagt werden, dass die Globalisierung eine höhere Form der Internationalisierung ist. Wie Marginson von Beerkens zitiert: *“One difference between globalisation and internationalisation is whether national systems become more integrated as suggested by globalisation, or more interconnected as with internationalisation.”*⁶⁸

In den letzten Jahren hat die Internationalisierung eine dominierende Stelle in der bildungspolitischen Debatte über die Zukunft der Hochschulen eingenommen. Die internationalen Aktivitäten der Hochschulen bezogen sich zunächst auf die Mobilität von Studierenden und wissenschaftlichem Personal. Mittlerweile betrifft Internationalisierung jedoch alle hochschulischen Kernbereiche.⁶⁹

Trotz der Aktualität der jeweiligen bildungspolitischen Debatte über ‚Internationalisierung im Hochschulwesen‘, ist es nicht so eindeutig, was unter ‚Internationalisierung der Hochschule‘ zu verstehen ist. Um diese Phänomene zu analysieren, finden sich zahlreiche Aufsätze.⁷⁰

Laut Jane Knight kann die Internationalisierung definiert werden als: *“the process of integrating the international dimension into teaching, research and service functions of an institution of higher education, an international dimension referring to a perspective,*

⁶⁷ Vgl. Pechar, H. (2003). In Messerer, K. / Pechar, H. / Pfeffer, T. (Hg.) (2003:Kapitel II)

⁶⁸ Beerkens (2004). In Marginson, S. / Van der Wende, M. (2006:9)

⁶⁹ Vgl. Rotter, C., (2005)

⁷⁰ Vgl. Ebd.

*activity or programme which introduces or integrates an international, intercultural or global outlook into the major functions of the institution”.*⁷¹

Wächter denkt in gleicher Weise wie Knight und definiert die Internationalisierung als: *“the process of systematic integration of an international dimension into the teaching, research and public service function of a higher education institution”*⁷²

Rotter berichtet, dass die universalen Werte und kosmopolitisches Wissen die Hochschule als internationale Institution konstituieren.⁷³ Sie zitiert dazu folgende Erläuterung von Kerr: *„universities are, by nature of their commitment to advancing universal knowledge, essentially international institutions“.*⁷⁴

Nach Teichler gibt es drei qualitative Sprünge innerhalb des Internationalisierungsprozesses im Hochschulwesen:

- *„firstly, from a predominantly ‘vertical’ pattern of cooperation and mobility, towards the dominance of international relationship on equal terms,*
- *from casuistic action towards systematic policies of internationalisation, and*
- *from a disconnection of specific international activities on the one hand, and (on the other) internationalisation of the core activities, towards an integrated internationalisation of higher education“.*⁷⁵

Leszczensky⁷⁶ argumentiert (z. Vgl. Lanzendorf/Teichler 2003), dass die Internationalisierung im Hochschulbereich i.w. den Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen in ihren nationalen Kontexten verankerten Hochschulen und Hochschulsystemen beinhaltet. Dennoch betont er, dass diese Beziehungen durch gegenseitiges Vertrauen, persönlichen Kontakt und die Bereitschaft zu gemeinsamer Reflexion gekennzeichnet sind. Kooperationen gibt es sowohl im Bereich des Studierenden und AkademikerInnen als auch von Hochschulkooperationen, die die gesamte Institution einbeziehen.

⁷¹ Knight, J. (1999). In Reichert, S. / Wächter, B. (2000:33)

⁷² Wächter, B., ed. (1999). In Reichert, S. / Wächter, B. (2000:33)

⁷³ Vgl. Rotter, C., (2005)

⁷⁴ Kerr C. (1994:6). In Rotter, C. (2005:12)

⁷⁵ Teichler, U. (1999). In Rotter, C., (2005:11)

⁷⁶ Vgl. Leszczensky M./ Wolter A. (2005)

Betrachten wir zusammenfassend, was in den letzten Jahrzehnten im Rahmen der Internationalisierung der Hochschulen aufgekommen ist. Um die historische Entwicklung der Internationalisierung im Hochschulwesen zu verstehen, finde ich an dieser Stelle die Erläuterung von Teichler spannend. Er spricht (z. Vgl. niederländische Expertin Marijk Van der Wende) von zwei Trends:

- *“Eine Zunahme spezifischer, sichtbarer grenzüberschreitender Aktivitäten, so z. B. studentische Mobilität, temporäre Wissenschaftlermobilität, Anstellung von Hochschullehrern ausländischer Nationalität, Lehren und Lernen von Fremdsprachen., international kooperative Forschungsaktivitäten und die Etablierung von Studienfächern, die ganz auf die Erkundung fremder Kulturen und Gesellschaften gerichtet sind. Die Förderung der studentischen Mobilität und die darauf bezogenen Begleitmaßnahmen im ERASMUS-Programm waren die international am deutlichsten sichtbare politische Maßnahme zur Förderung solcher Entwicklungen.*
- *Ein Trend zur Universalisierung, Globalisierung, Internationalisierung oder auch Regionalisierung –gemeint sind dabei größere nationenübergreifende Regionen wie Europa (siehe Blimentahl u.a. 1996)- der Substanz und der Funktionen des Hochschulwesens. Die Europäische Kommission spricht im Kontext des ERASMUS- bzw. SOKRATES-Programms von der Europäischen Dimension der Hochschulen, der Studienangebote u. Ä., wenn sie diesen Trend anspricht, der nicht notwendigerweise mit grenzüberschreitender Aktivität verbunden ist. Vielleicht ist es angemessen, dies als Internationalisierung des Kerns des Hochschulwesen zu bezeichnen.”⁷⁷*

2.4. Europäisierung im Hochschulbereich

“Beim Prozess der „Europäisierung“ von Hochschulen (Europäischer Hochschul- und Forschungsraum) tritt in Gestalt einer gesamteuropäisch denkenden Integrationselite ein zusätzlicher Akteur hinzu, dem gegenüber die Rolle der nationalen Regierungen partiell in den Hintergrund tritt. Die Besonderheit dieses Prozesses besteht in der Dialektik von Öffnung (gegenüber der nationalstaatlichen Prägung der Hochschulsysteme) und Schließung (Fokussierung der Internationalisierungsbemühungen auf Europa, um mit Hilfe der Qualifikations- und Innovationsleistungen der Hochschulen die europäische Integration zu fördern). Bei allen Austausch- und sonstigen Kooperationsprogrammen der EU geht es letztlich darum, die „Europäische Dimension“ in der Hochschulausbildung zu stärken, um eine europäisch denkende Elite zu formen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit dieses Wirtschaftsraumes gegenüber seinen Hauptkonkurrenten in Nordamerika und Ostasien zu stärken.”⁷⁸

⁷⁷ Teichler, U. (2007:25)

⁷⁸ Pechar, H. (2003:5). In Messerer, K. / Pechar, H. / Pfeffer, T. (Hg.) (2003:Kapitel II)

Einige Autoren sehen die Europäisierung als regionale Unterform der Internationalisierung. Andererseits betonen andere die Eigenständigkeit des Prozesses innerhalb der Trias Globalisierung – Internationalisierung – Europäisierung. Erneut werten einige Europäisierung als Teil des übergeordneten Prozesses der Globalisierung. Wenn Teichler und Wuttig in ihren Ausführungen auf die Bedeutung der Europäisierung für die Internationalisierung hinweisen, gibt es -nach der Feststellung von Rotter- noch eine andere Position bezüglich der qualitativen Unterscheidung der einzelnen Entwicklungen.⁷⁹ „Vor allem das Hochschulkooperations- und Mobilitätsprogramm der Europäischen Gemeinschaft bzw. späteren Union (ERASMUS) wurde zu einem der wichtigsten Motoren für die Internationalisierung der Hochschulen in Europa; Europäisierung übernimmt damit eine Katalysatorfunktion für die Internationalisierung.“⁸⁰ In diesem Kontext finde ich folgendes Zitat spannend, das Rotter von Teichler zitiert hat:

„Inter-europäische Vielfalt, gekennzeichnet durch Unterschiede zwischen nationalen Systemen, sollte ersetzt werden durch intra-europäische Vielfalt der Netzwerke. Auch wurde die Europäisierung, die in anderen Sektoren der Europapolitik – auch in der Wissenschaftspolitik – gern mit Kampffarolen gegen die USA und Japan verbunden war, in der Hochschulpolitik so gefördert, daß sie seitens der Hochschulen als integraler Bestandteil einer Internationalisierungspolitik behandelt werden konnte. So trug die Europa-Hochschulpolitik, ohne es explizit zu postulieren, zur Internationalisierung bei.“⁸¹

Unter Europäisierung wird allgemein der politische Vereinheitlichungsprozess innerhalb der EU verstanden. Nach Leszczensky gehört dazu die Vereinheitlichung des Wirtschaftsraumes einschließlich der Etablierung einer einheitlichen Währung ebenso wie die Vereinheitlichung des politischen Raumes, die im Bedeutungszuwachs europäischer politischer Institutionen ihren Ausdruck findet.⁸² In diesem Teil möchte ich mit dieser Vorstellung von Leszczensky fortfahren.

Diese Prozesse, die Leszczensky gemeint hat und die darauf abzielen eine stärkere Vereinheitlichung im Bildungsbereich zu unterstützen, erscheinen als eine sehr nachvollziehbare Strategie. Peacher⁸³ berichtet auch: *“die europäische Integration ist ein*

⁷⁹ Vgl. Rotter, C. (2005)

⁸⁰ Ebd. S.21

⁸¹ Teichler (2001:67); vgl. dazu auch Teichler (1998). In Ebd.

⁸² Vgl. Leszczensky M./ Wolter A. (2005)

⁸³ Pechar, H. (2003:5). In Messerer, K. / Pechar, H. / Pfeffer, T. (2003:Kapitel II)

Prozess supranationaler Regionalisierung mit dem Zweck, die gesamte Region im globalen Wettbewerb zu stärken. Die Europäisierung der Hochschul- und Forschungspolitik soll diesen Prozess unterstützen. Die Schaffung des Europäischen Hochschulraums ist also „Standortpolitik“ auf supranationaler Ebene. Europäische Integration bringt mehr Mobilität auf. Diese Mobilität zu fördern heißt, dass diese eine Herausforderung an die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten bzw. einzelnen Nationen darstellt. Im Jahre 1999 haben die BildungsministerInnen der EU-Länder eine gemeinsame Erklärung unterschrieben. Das Ziel war die Mobilität im Hochschulbereich in den EU-Ländern zu fördern. Mit dieser Erklärung haben die BildungsministerInnen diese Herausforderung im Prinzip angenommen. Seitdem wird der Prozess der Europäisierung im Hochschulbereich als Bologna-Prozess etikettiert. Durch Vereinheitlichung von

- Studienstrukturen (Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen)
- gegenseitiger Anerkennung von Prüfungsleistungen (Einführung des ECTS-Systems)
- Dokumentation von Prüfungsleistungen (Diploma Supplement) und
- Verfahren der Qualitätssicherung

geht es dabei um die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010.⁸⁴

2.4.1. Europäische Hochschulpolitik und Mobilitätsprogramme bis zum Bologna-Prozess

Wie bisher oft betont wurde, findet die Bezeichnung „Europäisierung“ neben den anderen Modebegriffen Internationalisierung und Globalisierung in den hochschulpolitischen Debatten vermehrt Aufmerksamkeit. Yalçın zeigt auf, dass die ersten Schritte zur Europäisierung der Hochschulen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. der EU-Mitgliedsländer und den einzelnen Hochschulen durch die Übertragung von Reformelementen anderer Hochschulsysteme in das eigene System unternommen wurden.⁸⁵ Diese Schritte wurden

⁸⁴ Vgl. Ebd.

⁸⁵ Vgl. Yalçın, G. (2005)

- *durch Anerkennung der im Ausland erbrachten Studienleistungen für den Abschluss an der Heimathochschule,*
- *durch europaweite Angleichung akademischer Strukturen und Abschlüsse,*
- *durch Internationalisierung der Curricula,*
- *durch Übernahme vergleichbarer Management- und Leistungsmodelle und durch gemeinsame Studienprogramme, usw.⁸⁶ gesetzt.*

Yalçın betont, dass der Begriff Europäisierung meist im Kontext der Hochschule mit den erfolgreichen Mobilitätsprogrammen in Verbindung gebracht wird. Sie berichtet, dass die mehrjährigen Erfahrungen aus den Programmen ERASMUS/SOKRATES nicht nur im Bereich der institutionellen Kooperation, sondern auch auf der Ebene der politischen Annäherung eine Basis für neuere supranationale Initiativen bilden.⁸⁷ In diesem Rahmen möchte ich im Anschluss die Entwicklung der europäischen Bildungspolitik in historischer Perspektive bearbeiten. Gleichzeitig werden europäische Mobilitätsprogramme daran anknüpfen.

2.4.1.1. Europäische Bildungspolitik in historischer Perspektive

Die Bildungspolitik der EU hat sich seit den 70er Jahren schrittweise entwickelt. Auch wenn es keine Bezugnahme auf "Bildung" im Vertrag von Rom gibt, so hat Bildungspolitik Vorrang, da sie relativ zum Wirtschaftswachstum wurde.⁸⁸

In den 1960er Jahren standen nur Fragen der beruflichen Bildung (Art. 128 des EWG-Vertrages) und der rückbezüglichen Anerkennung beruflicher Qualifikationen im Vordergrund.⁸⁹

Im Jahre 1969 wurde bei der Haager Gipfelkonferenz der Regierungschefs der EG-Staaten der Bildungsbereich als wichtiger Integrationsfaktor erkannt. Ab den 1970er Jahren wurden innovative Projekte in den Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung

⁸⁶ *Ebd. S. 33*

⁸⁷ *Vgl. Ebd.*

⁸⁸ *Vgl. Koca, Ö. (2005)*

⁸⁹ *Vgl. Rotter, C. (2005)*

entwickelt. Am 26.11.1971 hat der Rat die „*Allgemeinen Leitlinien zur Ausarbeitung eines gemeinschaftlichen Tätigkeitsprogramms auf dem Gebiet der Berufsausbildung*“ erlassen. Im Jahr 1973 hat die Kommission die Generaldirektion für Forschung, Wissenschaft und Bildung eingerichtet. Im selben Jahr wurde mit dem Titel „*Für eine gemeinschaftliche Bildungspolitik*“ der so genannte „*Janne-Bericht*“ vorgelegt. Ein Jahr später, im Jahre 1974, wurde der so genannte „*Dahrendorf-Bericht*“, der Leitbild für die weiteren bildungspolitischen Aktivitäten der Gemeinschaft werden sollte, vorgelegt. In diesem Bericht wurden als zentrale Probleme des Bildungswesens in entwickelten Industriegesellschaften folgenden Themen genant:⁹⁰

- „*Durchsetzung des Bürgerrechts auf Bildung,*
- *Verhältnis von Bildung und Beruf,*
- *neue Methoden für „Lebenslange Bildung“,*
- *Massenprobleme im sekundären und tertiären Bildungswesen sowie*
- *qualitative Veränderungen der Bildungsinhalte durch die Demokratisierung“.*⁹¹

Trotz einiger Widerstände von Seiten der Mitgliedsstaaten im Jahr 1976 kam es zu einem Entschluss des Rates über ein Aktionsprogramm im Bildungsbereich. Dieses war ein so genanntes Joint-Study-Programme. Nach Rotter kann dieses Aktionsprogramm auch als Vorläufer des ERASMUS-Programms (European Community Action Scheme for the Mobility of University Students) gelten.⁹²

Aigner denkt in gleicher Weise wie Rotter und berichtet, dass der Entschluss des Rats und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 09.02.1976 auf der Grundlage des Dahrendorf-Berichts verabschiedet wurde.⁹³ Er denkt, „*dieser (Anm: Entschluss des Rats, also das Joint-Study-Programme) vereint nicht nur alle seit 1969 in der Gemeinschaft laufenden Initiativen, sondern nimmt auch Weichenstellungen vor, die bis heute nachwirken.*“⁹⁴

⁹⁰ Vgl. Aigner, E. (2002)

⁹¹ Ebd. S. 12

⁹² Vgl. Rotter, C. (2005)

⁹³ Vgl. Aigner, E. (2002)

⁹⁴ Ebd. S. 13

In den 80er Jahren, war „Europäisierung“ „highlighted“ in den Beziehungen der Minister für Bildung.⁹⁵ In diesem Jahrzehnt standen Strategien für den Bildungsbereich im Mittelpunkt des bildungspolitischen Engagements der Gemeinschaft. In dieser Richtung wurden in der Einheitlichen Europäischen Akte vom 1. Juli 1987 sowohl die berufliche als auch die allgemeine Bildung als Schwerpunkt der Gemeinschaftsarbeit genannt. Nach Rotter war sichtbares Ergebnis dieser neuen Prioritätensetzungen die Implementierung des ERASMUS-Programms sowie weiterer Programme wie COMETT, LINGUA, PETRA, EUROTECNET und FORCE in den Jahren 1986 bis 1990. Gleichzeitig sollte mit diesen Programmen finanzielle Unterstützung bei der Förderung der europäischen Dimension im Bildungswesen geleistet werden.⁹⁶ In den 80er Jahren zwangen die wirtschaftlichen Krisen, mit der sich die Gemeinschaft konfrontiert sah, die EG zu den notwendigen Schritten im Bildungsbereich. Die Europäischen Staaten haben ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildung ausgeweitet, sowohl zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise als auch zur Umwandlung ihrer Gesellschaften in Wissensgesellschaften.⁹⁷

In den 90er Jahren hatten das anspruchsvolle technologische Rennen und der globale wirtschaftliche Wettbewerb erhebliche Auswirkungen auf die nationalen Regierungen. Als Ergebnis haben die Mitgliedstaaten eine verstärkte Zusammenarbeit in allen Bereichen, vor allem in der Hochschulbildung beschlossen, damit sie im Wettbewerb mit ihren Konkurrenten durch die Verbesserung ihrer Bildungsqualität konkurrieren könnten.⁹⁸

Nachdem die Kommission der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Hochschule Mitte der 1970er Jahre mit der Förderung der multilateralen Hochschulkooperation den ersten erfolgreichen Einfluss erzielte, folgte ein weiterer Schritt mit dem „Memorandum zur Hochschulbildung in Europa“ (5. November 1991).⁹⁹ Nach Rotter wird in diesem Memorandum auf die Bedeutung der Hochschulbildung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt der Gemeinschaft hingewiesen. Zum Vergleich der Europäischen Gemeinschaften (1991) berichtet sie, dass die Notwendigkeit zur Förderung

⁹⁵ Vgl. Koca, Ö. (2005)

⁹⁶ Vgl. Rotter, C., (2005)

⁹⁷ Vgl. Koca, Ö. (2005)

⁹⁸ Vgl. Ebd.

⁹⁹ Vgl. Yalçın, G. (2005)

der europäischen Dimension nochmals hervorgehoben wird und die Bedeutung europäischer Kooperationen ohne Zwang zur Harmonisierung unterstrichen wird.¹⁰⁰

„Die Europäische Kommission begründet die Notwendigkeit zur europäischen Kooperation und personalen Mobilität zwar mit politischen und kulturellen Motiven und hebt die Bedeutung der Schaffung einer europäischen Identität und eines Europas der Bürger hervor, bezieht sich also auf die Gemeinsamkeiten; doch stehen auch hinter diesen Zielen deutliche ökonomische Interessen.

...

Ein vereintes Europa soll in seiner Summe der Staaten wettbewerbsfähiger und eine bedeutendere wirtschaftliche Kraft auf dem Weltmarkt sein als jede europäische Nation als einzelner Akteur. Als gemeinsamer Konkurrent im weltweiten Wettbewerb, neben dem es zu bestehen gilt, wird die USA hervorgehoben, gegen die Europa nur in seiner Gemeinschaft eine Chance habe.“¹⁰¹

Wie Yalçın erwähnt, wurde mit der Zusage des Maastrichter Vertrags (1. November 1993) nicht nur die Europäische Gemeinschaft als „Europäischen Union“ umbenannt, sondern ihre Mission in Fragen der Bildung wurde auch ausweitet.¹⁰² Wie Sie von Hahn zitiert hat, geht der Maastrichter Vertrag von der politischen Annahme aus, dass „grenzüberschreitende Kooperation auf dem Bildungssektor, insbesondere im Bereich der Hochschulbildung, die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken würde“¹⁰³

Rotter denkt in gleicher Weise wie Yalçın und sagt: *„Bis zum Vertrag von Maastricht waren die bildungspolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene nicht vom primären Gemeinschaftsrecht unmittelbar erfasst. Dies änderte sich mit dem Vertrag von Maastricht insofern, als die Europäische Union erstmalig eindeutige Kompetenzen in Bildungsfragen erhält, und zwar sowohl hinsichtlich der allgemeinen Bildung als auch der beruflichen Bildung.“¹⁰⁴*

Diese Zuständigkeit wird eigentlich mit wirtschaftlichen Gemeinschaftsinteressen begründet. Nach Rotter war das Ziel die Mobilisierung von Humanressourcen.¹⁰⁵ Wie Yalçın berichtet (z. Vgl. Hahn), wurde im Wesentlichen empfohlen, in den Bereichen der Hochschule die Sprachförderung und Förderung der Mobilität der Studierenden, Akademiker und Lehrenden sowie Förder- und Kooperationsbestrebungen innerhalb

¹⁰⁰ Vgl. Rotter, C. (2005)

¹⁰¹ Ebd.: S:22-23

¹⁰² Vgl. Yalçın, G. (2005)

¹⁰³ Ebd.:35

¹⁰⁴ Rotter, C. (2005:23)

¹⁰⁵ Vgl. Ebd.

der Mitgliedsstaaten auszubauen. Wie Rotter von Schnitzer zitiert hat, wurde Mobilität so „zum Schlüsselbegriff und letztlich auch zum ‚Trojanischen Pferd‘ für eine europäische Bildungspolitik“¹⁰⁶

Reinalda und Kulesza nennen das Prinzip der Subsidiarität im Vertrag von Maastricht. Dieser Grundsatz betont, dass Entscheidungen auf der untersten Ebene im Einklang mit wirksamen Maßnahmen innerhalb eines politischen Systems getroffen werden sollten. Im Einklang mit dem Vertrag von Maastricht, dem Vertrag von Amsterdam (1997) hat sich dieses Prinzip nicht geändert. Der Vertrag von Amsterdam enthält auch eine Verpflichtung zur Förderung des lebenslangen Lernens für alle EU-Bürger. Darüber hinaus wurde die Rolle der EU im Bereich qualitativ hoch stehender Bildung betont, zuzüglich einer europäischen Dimension.¹⁰⁷

2.4.1.2. Europäische Bildungs- bzw. Mobilitätsprogramme bis zum Bologna-Prozess

Nach der Einrichtung der ersten Phase des europäischen Förderprogramms ERASMUS (Wintersemester 1987/88 bis 1989/90) begann im Hochschulbereich die Umsetzung des Ziels der Steigerung der studentischen Mobilität innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten. Yalçın berichtet, dass die Entscheidung der Europäischen Kommission, das ERASMUS-Programm in das SOKRATES-Programm mit aufzunehmen, thematische und formale Erneuerungen brachte.¹⁰⁸ SOKRATES ist ein europäisches Aktionsprogramm zur Förderung der Kooperation und Mobilität im gesamten Bildungsbereich. Mit dem SOKRATES-Programm wurde versucht, die Mobilität in den breiteren Wesen der institutionellen Kooperationsaktivitäten einzubauen. Mit diesen Aktivitäten sollte allen an der Hochschule angebotenen Studiengängen eine „europäische Dimension“ verliehen werden.¹⁰⁹

¹⁰⁶ Rotter, C., (2005:23)

¹⁰⁷ Vgl. Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)

¹⁰⁸ Vgl. Yalçın, G. (2005)

¹⁰⁹ Vgl. Ebd.

Neben den oben genannten Förderprogrammen haben die EG bzw. EU zahlreiche Mobilitätsprogramme für die Zusammenarbeit mit nicht EU-Mitgliedsstaaten und mit Drittländern im Bereich der Hochschulbildung ausgebildet.

Dazu gehören:

- *die beiden Abkommen mit den USA und Kanada,*
- *das Programm TEMPUS, das ursprünglich im Jahr 1990 im Rahmen von PHARE gestartet wurde und das heute auch Osteuropa, den Kaukasus, Mittelasien, den westlichen Balkan und die südliche und östliche Mittelmeerregion umfasst,*
- *ASIA-LINK und EU-ASEAN University Network Programme,*
- *Programme zur Förderung von regionalen und multilateralen Netzwerken zwischen Hochschuleinrichtungen in den Mitgliedsstaaten der EU, Südasien, Südostasien und China,*
- *ALFA,*
- *ein Programm zur Hochschulzusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik),*
- *ein Programm für die lateinamerikanische Region sowie ALBAN,*
- *ein Programm, das innerhalb der EU Stipendien an Graduierte, Postgraduierte und Akademiker aus Lateinamerika vergibt.¹¹⁰*

Yalçın schreibt, dass die Kooperation mit den „Drittländern“ mit der Unterstützung des Transformationsprozesses der osteuropäischen Hochschulen nach dem so genannten „Mauerfall“ von 1989 begonnen. Laut Yalçın finden sich heute EU-Austauschprogramme mit Drittländern hauptsächlich im Förderprogramm der Trans-European Mobility Programmes for University Studies (TEMPUS), das im Mai 1990 im Rahmen des PHARE-Programms aufgelegt wurde. Yalçın berichtet (zum Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002), dass das PHARE-Programm kurze Zeit nach dem „Mauerfall“ von der Europäischen Union zur wirtschaftlichen und sozialen Restrukturierung der osteuropäischen Länder entwickelt wurde.¹¹¹ Das Ziel des Tempus-Programms ist, die internationale institutionelle Hochschulkooperation durch Förderung von Einzelprojekten und durch Förderung von Mobilität zu unterstützen. Wie oben erwähnt, umfasst dieses Programm den osteuropäischen, kaukasischen und mittelasiatischen Bereich sowie die westlichen Balkanländer und steht gegenwärtig offen. Das Programm – ALFA (Amèrica Latina – Formaciòn Acadèmica) hat die

¹¹⁰ Rotter, C. (2005:27) (Zum Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002)

¹¹¹ Vgl. Yalçın, G. (2005)

Hochschulkooperation zwischen 18 Ländern Lateinamerikas und den 15 EU-Mitgliedsstaaten gefördert.¹¹²

Alle oben beschriebenen Entwicklungen in der Europäischen Bildungspolitik sollten als Vorstufe zu den Grundlagen des Bologna-Prozesses gesehen werden.

¹¹² *Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001: 2)*

3. Der Bologna-Prozess

Seit 1999 beschäftigen sich viele Universitäten mit einem sehr wichtigen Projekt. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses, also die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes oder „*European academia in the 21st century*“, führt oft zu tief greifenden Veränderungen an den Universitäten der beteiligten Länder.¹¹³

Der Anfang, die Hintergründe und die eigentlichen Ziele dieses Prozesses sind zu beleuchten. Über den Anfang des Bologna-Prozesses existieren unterschiedliche Aussagen. Einige Autoren stellen fest, dass die Lissabon Konvention von 1997 als Meilenstein für die Gründung des Europäischen Hochschulraums gilt.¹¹⁴ Die Sorbonne-Deklaration von 1998 wird auch häufig genannt. Einige Autoren sehen die Verabschiedung der Bologna-Erklärung von 1999, die inhaltlich auf der Sorbonne-Deklaration aufgebaut ist, als Ausgangspunkt des Prozesses. Die *Magna Charta Universitatum* von 1988 gilt gelegentlich auch als Ausgangspunkt, gefolgt von der Lissabon Konvention.¹¹⁵ In diesem Kapitel sollen mit der Beleuchtung der relevanten Studien und Kernpapiere der Anfang, die Hintergründe und die eigentlichen Ziele des Bologna-Prozesses bearbeitet werden.

3.1. Zur Entstehung des Bologna-Prozesses

Im Jahre 1999 haben die BildungsministerInnen der EU-Länder eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, die als Bologna-Deklaration bekannt ist. Mit dieser Erklärung hat der Bologna-Prozess begonnen, den man als stringente europäische Hochschulpolitik bezeichnen kann. Nach Schnitzer stellen alle früheren Aktionen und Entscheidungen, welche die europäische Hochschulpolitik betreffen, keine eigentliche Zuständigkeit dar, auf die nationalen Hochschulpolitiken im europäischen Sinne hinzuwirken.¹¹⁶ Das Ziel dieser Erklärung war die Mobilität im Hochschulbereich in den europäischen Ländern zu fördern. Wie auch im 2. Teil dieser Arbeit gezeigt wird, ist in den letzten Jahrzehnten mit

¹¹³ Vgl. Mülheims K. (2004)

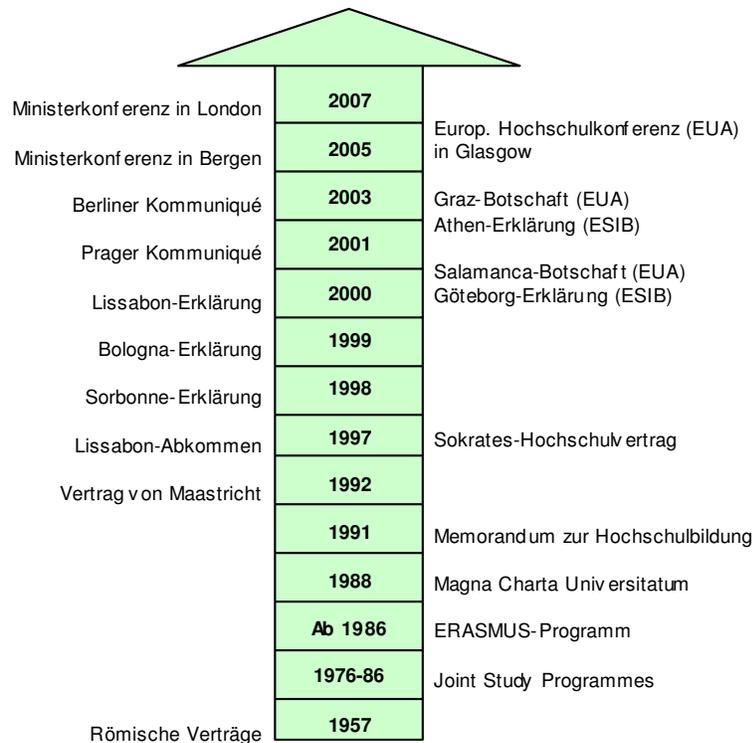
¹¹⁴ Vgl. Seyr, B. (2002)

¹¹⁵ Vgl. Mülheims K. (2004)

¹¹⁶ Vgl. Schnitzer, K. (2005). In Leszczensky, M./ Wolter, A. (2005)

der Mobilität in dem Bildungsbereich eine Europäisierung im Hochschulbereich sichtbar. Ohne Kenntnis dieser Entwicklungen als Vorstufe ist die Bologna-Erklärung bzw. der Prozess kaum zu begreifen.

Abbildung 1: Auf dem Weg zum einheitlichen europäischen Hochschulraum¹¹⁷



In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu beachten, dass „im Artikel 128 der Römischen Verträge werden die berufliche Bildung und deren europäische Freizügigkeit als Voraussetzung für europäisches Wirtschaftswachstum erwähnt.“¹¹⁸ Nach Schnitzer liefern nationale Organisationen im Bildungsbereich konzeptionelle Anstöße. So hatte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) mit seinem Programm der integrierten Studiengänge in kleinem Maße das vorweggenommen, was später durch das ERASMUS-Programm europaweit etabliert wurde.¹¹⁹

¹¹⁷ Vgl. Ebd.

¹¹⁸ Ebd.: S.3

¹¹⁹ Vgl. Ebd.

Es wurde im Jahr 1976 das EG-Aktionsprogramm „Joint European Studies“ gestartet, das als erste sichtbare europäische Offensive im Bereich der Bildungspolitik anzusehen ist. Die Mobilität von StudentInnen und AkademikerInnen wurde und wird immer bedeutsamer. Für die studentische Mobilität wurde in den 80er-Jahren das ERASMUS-Programm eingeführt, in den 90er Jahren fand das SOKRATES Programm großen Anklang. Im Jahr 1997 wurde mit dem Lissabon-Übereinkommen über die „Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“, ein wichtiger Schritt im europäischen Hochschulraum geschaffen. Zweck war die Entwicklung und Gestaltung eines „Europas des Wissens“. Darum wird Bildung in den Hochschulen als elementar beschrieben.¹²⁰

Eines der Ziele der europäischen Förder- und Mobilitätsprogramme war die Kompatibilität der Hochschulstrukturen innerhalb der Mitgliedsländer voranzubringen.

Nach Yalcin war die Annäherung der EU-Bildungsminister bis Mitte der 1990er Jahre von Zurückhaltung geprägt.¹²¹ *„Das Subsidiaritätsprinzip, Art. 3b des Maastrichter Vertrages (1993), verhindert die Intervention der EU in die nationale Bildungspolitik der Mitgliedsstaaten. Somit konnte ein Harmonisierungsprozess nur von den Nationalstaaten selbst ausgehen.“*¹²²

Nach Pechar besteht die Besonderheit dieser Prozess in der Dialektik von Öffnung (gegenüber nationalstaatlichen Prägung der Hochschulsysteme) und Schließung (Fokussierung der Internationalisierungsbemühungen auf Europa, um mit Hilfe der Qualifikations- und Innovationsleistungen der Hochschulen die europäische Integration zu fördern). Bei allen Mobilitäts- und sonstigen Kooperationsprogrammen der EU geht es letztlich darum, die „Europäische Dimension“ in der Hochschulausbildung zu stärken, um eine europäisch denkende Elite zu formen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit dieses Wirtschaftsraumes gegenüber seinen Hauptkonkurrenten in Nordamerika und Ostasien zu stärken.¹²³

¹²⁰ Vgl. Holzinger-Neulinger M. (2008)

¹²¹ Vgl. Yalçın, G. (2005)

¹²² Ebd. S:44

¹²³ Pechar, H. (2003:5). In Messerer, K. / Pechar, H. / Pfeffer, T. (2003, Kapitel II)

Teichler berichtet, dass seit Mitte der 1990er-Jahre in den kontinental-europäischen Ländern die Idee, gestufte Studiengänge und -abschlüsse nach angelsächsischen Vorbildern einzuführen, an Popularität gewann.¹²⁴ Er bemerkt, dass es die Diskussionen über Vor- und Nachteile gestufter Studiengänge bereits seit langem gegeben hatte, „...*aber erst, als eine solche Reform als wertvoller Beitrag zur Internationalisierung der Hochschulen interpretiert wurde, setzte sich die Idee durch, dass eine solche Stufung das dominante Prinzip der Differenzierung von Hochschulsystemen werden sollte.*“¹²⁵

Der Bologna-Prozess sollte sich als Erfolgsweg zum einheitlichen Europäischen Hochschulraum erweisen, so blickt dieser Prozess bereits auf eine lange Geschichte zurück. Nach Schnitzer ist die letztlich entscheidende Bologna-Erklärung aus dem Jahre 1999 nur das Resultat zahlreicher Versuche, die bereits zu Anfang der Europäischen Gemeinschaft gemacht wurden. Wichtig ist aber auch festzustellen, dass die Bologna-Erklärung nicht nur ein unersetzliches Ereignis war, sondern den Namen gegeben hat für einen Kernprozess, der bereits bis in das Jahr 2010 durchstrukturiert und erfüllt ist.¹²⁶

Am 25. Mai 1998, anlässlich der Jubiläumsfeier der Sorbonne-Universität in Paris unterzeichneten die zuständigen Minister aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien die Sorbonne-Deklaration. Mit dieser Deklaration einigten sie sich über die ‚Harmonisierung der Architektur des europäischen Hochschulsystems‘. Nach dieser Deklaration sollen alle Studienrichtungen in zwei Zyklen aufgeteilt werden, und es soll erreicht werden und es sollten Bestimmungen zugesagt werden, um die Mobilität von Studierenden zu fördern. Um einen gemeinsamen Hochschulraum entwickeln zu können, wurde es in weiterer Folge als notwendig betrachtet, die Studienangebote anzugleichen.¹²⁷

Am 19. Juni 1999 trafen sich die 29 Bildungsminister der europäischen Länder in Bologna und unterzeichneten die Bologna-Erklärung, die im Wesentlichen die Ideen der Sorbonne-Deklaration aufgriff und weiter entwickelte.¹²⁸ „...*A two page document began to corrode existing structures and what is now known as the Bologna Process is laying to foundations*

¹²⁴ Vgl. Teichler, U. (2005)

¹²⁵ Ebd. S:18

¹²⁶ Vgl. Schnitzer, K. (2005): In Leszczensky M./ Wolter A. (2005)

¹²⁷ Vgl. Teichler, U. (2005)

¹²⁸ Vgl. Dieterstorfer, M. (2008)

*of European academia in the 21 century". The declaration itself hardly has the form an international resolution or convention, yet resulted in an intergovernmental arrangement...*¹²⁹ Mit der Bologna-Erklärung wurde ein System von leicht erkennbaren und vergleichbaren Studienabschlüssen gefordert. Damit erhält diese Erklärung das Ziel eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 sowie Eckpunkte zur Umsetzung dieses Ziels in den Unterzeichnerstaaten. Seit diesem Treffen werden alle Phasen zur Erreichung eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraumes als Bologna-Prozess bezeichnet.¹³⁰

Bei der Bologna-Konferenz wurde vereinbart, regelmäßig alle zwei Jahre Konferenzen der Bildungsminister/innen stattfinden zu lassen, auf denen die erzielten Fortschritte evaluiert sowie Prioritäten für die folgenden Jahre gesetzt werden.

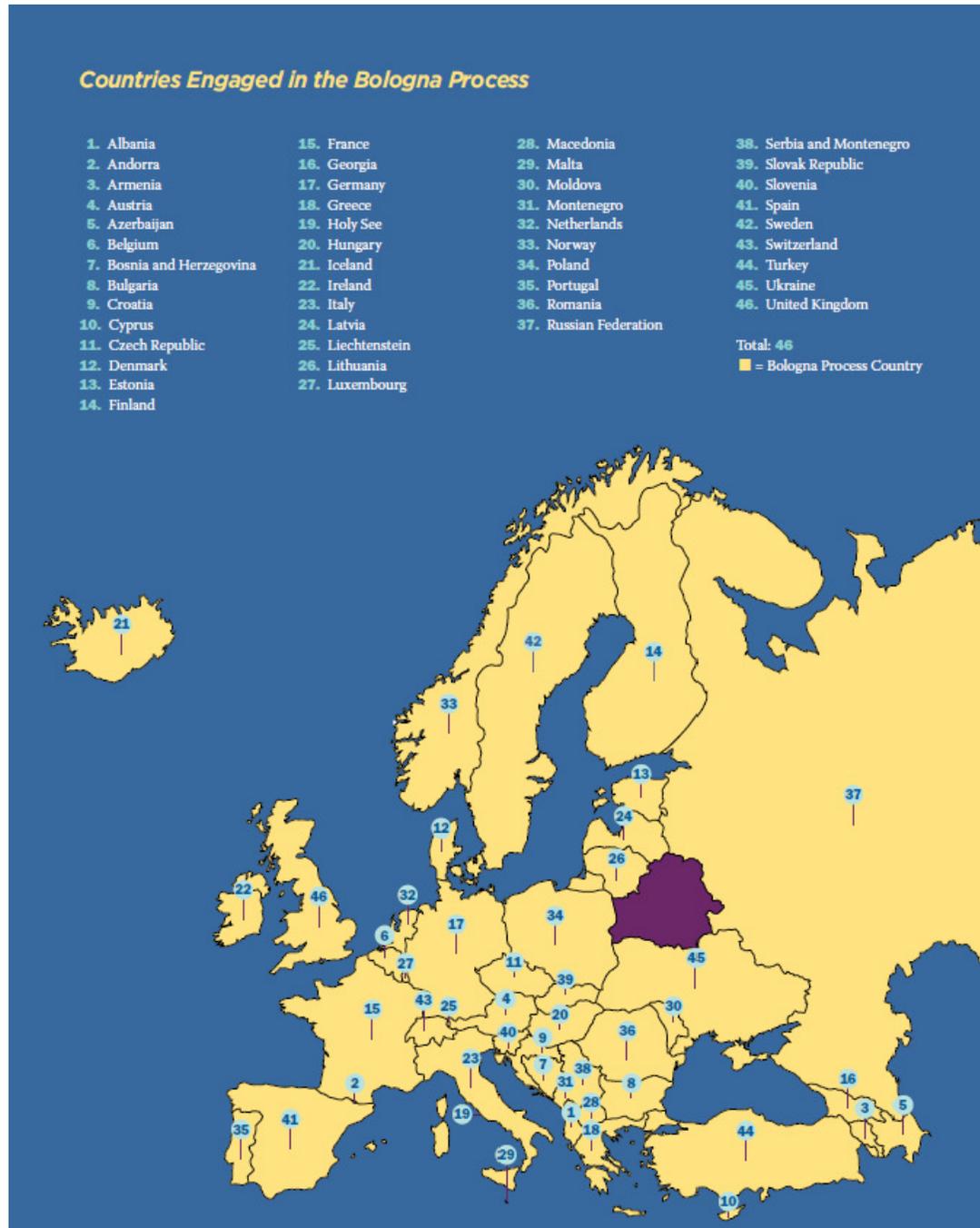
Die Zahl der Mitgliedstaaten ist stetig gewachsen. Im Jahre 2001 wurde im Prager Kommuniqué die Zahl auf 32 Staaten, im Jahre 2003 im Berliner Kommuniqué auf 40 Staaten erhöht, und bei der Konferenz in Bergen im Mai 2005 sind weitere 5 Länder hinzugekommen. Letztlich wurde mit dem Londoner Kommuniqué 1 weiteres Land dazugenommen. Damit erreicht die Zahl der Unterzeichnerstaaten des Bologna-Prozesses mittlerweile 46 Staaten und damit fast ganz Europa von Island bis Russland¹³¹

¹²⁹ Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005:3)

¹³⁰ Vgl. Gell, H. (2005)

¹³¹ Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (o. J.): Online: 16.01.2009

Abbildung 2: Mitgliedsländer des Bologna-Prozesses¹³²



¹³² Association of International Educators (NAFSA) (o J): Online: 25.01.2009

In der Bologna-Erklärung wurden sechs „*Aktionlines*“ eingesetzt. Zusätzlich zu diesen wurden in der Prager Deklaration drei und in der Berliner Deklaration eine „*Aktionlines*“ eingesetzt. Auf diese Weise sollten die Reformentwicklungen durch Durchführung der 10 Aktionslinien (siehe Abbildung 3) verwirklicht werden, damit ein „europäischer Hochschulraum“realisiert werden konnte.

Abbildung 3: 10 Bologna-Aktionslinien – Bologna Kernprozess¹³³

10 Bologna Aktion Lines
<p>Six action lines were introduced in the Bologna Declaration:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Adoption of a system of easily readable and comparable degrees; 2. Adoption of a system essentially based on two cycles; 3. Establishment of a system of credits; 4. Promotion of mobility; 5. Promotion of European co-operation in quality assurance; 6. Promotion of the European dimension in higher education.
<p>Three more were introduced in the Prague Communiqué:</p> <ol style="list-style-type: none"> 7. Lifelong learning; 8. Higher education institutions and students; 9. Promoting the attractiveness of the European Higher Education Area
<p>A tenth action line was introduced in the Berlin Communiqué:</p> <ol style="list-style-type: none"> 10. Doctoral studies and the synergy between the EHEA and the ERA
<p>The social dimension of higher education might be seen as an overarching or Transversal action line.</p>

¹³³ Vgl. Turkish Higher Education Council (YÖK) - Bologna Process Turkey (o J):Online: 16.01.2009

Auf den Nachfolgekongressen in Prag, Berlin, Bergen und London sollten die Reformentwicklungen unter Einbezug von Universitäten, Studierenden und anderen externen „Stakeholders“ analysiert werden. Gleichzeitig entschied in der Lissabon-Erklärung von 2000 der Europäische Rat, bei der Versammlung der Regierungschefs der EU, bis zum Jahre 2010 den **Europäischen Forschungsraum** zu stärken.¹³⁴

Das neue Ziel der Europäischen Union in der Lissabon-Strategie definiert, die *„Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wissensbasierten-Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“*¹³⁵

Es sollen in den folgenden Abschnitten durch inhaltliche Analyse der Dokumente und Deklarationen des Bologna-Prozesses sowie Recherche von relevanten Studien die politische Entwicklung des Prozesses und die Zielsetzungen eines Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes von Bologna nach London bearbeitet werden.

3.2. Von Bologna (1988) nach Paris (1998) – Meilensteine zum Bologna-Prozess

3.2.1. Magna Charta Universitatum

Die italienische Stadt Bologna war nicht nur 1999 im Zuge der Unterzeichnung der Bologna-Deklaration ein wichtiger Ort für die Entwicklung der europäischen Hochschulen im 21. Jahrhundert.¹³⁶ Anlässlich des 900. Geburtstages der ältesten Universität Europas aus dem 11. Jh, der „Universita degli Studi di Bologna“, trafen sich die Rektoren von europäischen Universitäten und unterschrieben die *Magna Charta Universitatum*¹³⁷. Als wesentliche Prinzipien beinhaltet die Magna Charta Universitatum die Rolle der Universitäten wie beispielsweise:

¹³⁴ Vgl. Dietersdofer, M. (2008)

¹³⁵ Europäischer Rat, 2000 Abs. 5. Lissabon

¹³⁶ Vgl. Dietersdofer, M. (2008)

¹³⁷ Magna Charta Universitatum(1988)-Anhang 1

- die Autonomie der Universitäten als eigenständige Institutionen,
- die Einheit von Lehre und Forschung,
- die Freiheit der Lehre und wissenschaftlichen Forschung,
- die Rolle der Universitäten als Treuhänder der europäischen humanistischen Tradition.¹³⁸

Die Magna Charta liefert eigentlich die Grundidee für den Bologna-Prozess, „...*dass Universitäten in Europa durch Austausch von Information und kooperativen Projekten und Mobilität wesentlich zur Vergrößerung des Wissenstandes beitragen können.*“¹³⁹ Deswegen „... *they encourage mobility among teachers and students; furthermore, they consider a general policy of equivalent status, titles, examinations (without prejudice to national diplomas) ...*“¹⁴⁰

Die *Magna Charta Universitatum* wird hier erwähnt wegen ihrer grundlegenden Prinzipien über Universitäten und deren zentralen Idee über den grenzüberschreitenden Austausch von Wissen, insbesondere durch die Mobilität der StudentInnen und AkademikerInnen.¹⁴¹ Daher hat dieses Dokument eine wichtige Bedeutung für den zukünftigen Bologna-Prozess.

3.2.2. Lissabon-Übereinkommen von 1997

Am 11. April 1997 wurde in Lissabon ein Abkommen¹⁴² zwischen dem Europarat und der UNESCO (für Bildungsfragen zuständige Organisation der Vereinten Nationen) für eine gegenseitige rechtliche Anerkennung von Qualifikationen in Hochschulbereich innerhalb Europas unterzeichnet. Die Sachverständige bezeichnet dieses Abkommen auch als

¹³⁸ Vgl. Ebd.

¹³⁹ Dietersdofer, M. (2008:53)

¹⁴⁰ *Magna Charta Universitatum (1988)- Anhang 1*

¹⁴¹ Vgl. Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)

¹⁴² *Lissabon Kenvention (1997)*

„Lissabon-Konvention“, „Lissabon-Übereinkommen“ und „Anerkennungsübereinkommen von Lissabon“.¹⁴³

Mit diesem Übereinkommen hatten die UNESCO und der Europarat beschlossen, gegenüber der Einigung Europas sechs bestehende Vereinbarungen im Hochschulbereich in einer Konvention zusammenzufassen. Gegenstände des Übereinkommens sind zusammengefasst:

- Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen,
- Transparenz der Anerkennungsverfahren,
- Einführung eines Diploma Supplements.¹⁴⁴

Wie bereits erwähnt, ging es im Lissabonner Abkommen von 1997 um eine Anerkennungsstrategie des Europarates und des Ministerrates von formalen Qualifikationen im Hochschulbereich. Nach Schnitzer wurden hier formale Anerkennungen, die bereits früher punktuell getroffen wurden (1953 Reifezeugnis, 1956 Studienzeit, 1959 akademische Grade, 1979 Studiengänge, 1990 Studienzeit), zusammenfassend in so genannten „Conventions of the Recognition“ beschlossen.¹⁴⁵

Nach Keller hatte die Lissabon-Konvention jedoch noch nicht zum Ziel, die nationalen Hochschulsysteme aufeinander abzustimmen, sondern die Anerkennung der in einem Unterzeichnerstaat erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen und Studienabschlüsse durch die anderen Unterzeichnerstaaten zu sichern – auf Basis des Prinzips der wechselseitigen Akzeptanz. Er behauptet, dass in Lissabon keineswegs Neuland betreten wurde, sondern es wurden die seit den fünfziger Jahren in entsprechenden Konventionen getroffenen Vereinbarungen zur Äquivalenz und Anerkennung von Studienleistungen weiterentwickelt. Neu an der Lissabon-Konvention waren, laut Keller, insbesondere die Verpflichtung zu einem transparenten und fairen Anerkennungsverfahren und die Stärkung der Ansprüche der Studierenden gegenüber ihren Heimat- und Gasthochschulen.¹⁴⁶

¹⁴³ Vgl. Seyr, B. (2002)

¹⁴⁴ Vgl. Johannes Gutenberg Universität Mainz (o J): Online : 25.01.2009

¹⁴⁵ Vgl. Schnitzer, K. (2005): In Leszczensky M./ Wolter A. (2005)

¹⁴⁶ Vgl. Keller, A. (2003)

Die Schaffung struktureller Voraussetzungen für die Mobilität zwischen den europäischen Hochschulen war das zentrale Anliegen des Lissabon-Übereinkommens, das im Bologna-Prozess erneut aufgegriffen wurde.¹⁴⁷

3.2.3. Die Sorbonne-Erklärung 1998

Am 25. Mai 1998, wurde von den vier Bildungsministern Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Deutschlands die „Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung“, Sorbonne-Erklärung oder Sorbonne-Deklaration genannt, unterschrieben. Diese Einigung, „... *die erstmals das Vorhaben einer strukturellen Harmonisierung von Hochschulsystemen in Europa als Ziel formulierte*“¹⁴⁸, war der Vorläufer des Bologna-Prozesses.

Ditersdofer berichtet, dass die Sorbonne-Deklaration festhält, „*dass die internationale Anerkennung und Aktivität der Bildungssysteme in einem „Europa des Wissens“ unmittelbar zusammenhängt, wie sie von außen wahrgenommen werden.*“¹⁴⁹ In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betrachten, dass der europäische Prozess vor kurzem einige extrem wichtige Schritte vorangeschoben hat. „*Der europäische Prozeß ist in letzter Zeit um einige bedeutende Schritte weiter vorangetrieben worden. So wichtig dieser aber auch sein mag: man sollte nicht vergessen, daß Europa nicht nur das Europa des Euro, der Banken und der Wirtschaft ist; es muß auch ein Europa des Wissens sein.*“¹⁵⁰ Das wesentliche Anliegen dieser Erklärung war und ist, die politischen Grundlagen für einen Reformprozess der Hochschulsysteme in den europäischen Ländern zu schaffen.¹⁵¹

Ziele der Erklärung waren zusammenfassend:

- „*Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa soll ein „Europa des Wissens“ entstehen*“,
- (...)

¹⁴⁷ Vgl. Ebd.

¹⁴⁸ Gell, H. (2005:112)

¹⁴⁹ Dietersdofer, M. (2008:56)

¹⁵⁰ Sorbonne-Erklärung 1998, Paris - Anhang 2

¹⁵¹ Vgl. Aigner, E. (2002)

- *„die Freizügigkeit(?) der Studenten in Europa und ihre Möglichkeit, europaweit einen Arbeitsplatz zu finden, zu erleichtern,*
- *die Zusammenarbeit der Universitäten zu fördern und die Hochschulzweige durchlässiger zu machen,*
- *die Annerkennung von Hochschulleistungen zu vereinfachen und die unterschiedlichen Hochschulbildungen international verständlicher zu machen“*
(...)
- *„Es soll den Menschen möglich werden, an jedem Punkt ihres Arbeitslebens eine akademische Ausbildung zu beginnen.“¹⁵²*

Ein großer Teil der Sorbonne-Erklärung besteht aus der Nennung von Zielen, nebenbei gibt es auch manche Erwartungen, die meist nicht explizit als Ziele bezeichnet werden. Wie z.B.: *„The international recognition and attractive potential of our systems are directly related to their external and internal readabilities“*... *„A system, in which two main cycles, undergraduate and graduate, should be recognized for international comparison and equivalence, seems to emerge“*.

Mit den oben erwähnten Zielsetzungen verpflichteten sich die vier Bildungsminister zu der Harmonisierung der Rahmenbedingungen der Studiengänge, der Einführung eines zweizyklischen Studiensystems, der Förderung der Mobilität von Studenten und einer arbeitsmarktlichen Zweckmäßigkeit der Studiengänge, diese bauten auf das Lissabon-Abkommen auf.¹⁵³ Holzinger-Neulinger berichtet, dass die so genannte „Sorbonne-Erklärung“ als ideologische Neugestaltung der europäischen Hochschulpolitik gesehen wird.¹⁵⁴

In der Sorbonne-Deklaration wurde betont, dass die Verschiedenheit der europäischen Bildungssysteme „respektiert“ werden soll¹⁵⁵. Gleichzeitig soll aber ein gemeinsamer Rahmen geschaffen werden, um gewünschte Mobilität zu erreichen. In dieser Erklärung

¹⁵² Vgl. Mülheims K. (2004)

¹⁵³ Vgl. Holzinger-Neulinger M. (2008)

¹⁵⁴ Vgl. Ebd.

¹⁵⁵ Sorbonne-Erklärung (1998. 4.Abs). Paris- Anhang 2

wurde auf die Lissabon-Konvention von 1997 Bezug genommen. Sie wurde als die Grundlage für zukünftige Entwicklungen bezeichnet.¹⁵⁶

Die Unterzeichnerstaaten der Sorbonner Erklärung forderten weitere europäische Länder auf, bei der Gestaltung eines „Europäischen Hochschulraums“ mitzuwirken. Damit wurden folgende Aktionslinien offeriert:¹⁵⁷

- die Anerkennung des zweigliedrigen Systems (undergraduate and graduate), die Verwendung von *credit* und Semester,
- die internationale Anerkennung des ersten Zyklus (undergraduate),
- ein Diplom-Zyklus (graduate cycle) mit einem kürzeren Master-Abschluss und einem längeren Doktorat-Abschluss;
- Mobilität von Personal und Studenten.
- Ermutigung der Studierenden, mindestens ein Semester im Ausland zu studieren. Dafür sollen die Mobilitätsprogramme der EU voll ausgenutzt werden

Nach der Sorbonner-Deklaration fand eine Serie von Veranstaltungen statt. Im Oktober 1998 haben die EU- Bildungsminister in einem informellen Treffen die Deklaration diskutiert. Zu diesem Treffen hatte Österreich eingeladen. Wie Yalçın von Hackl zitiert, hatte ebenso Österreich die Vertreter der Hochschulen zu diesem Treffen gebeten. Nach Yalçın erwies sich diese Entscheidung, die Vertreter der Hochschulen einzuladen, als sehr förderlich für den weiteren Ausbau eines „Europäischen Hochschulraums“.¹⁵⁸

Die Unterzeichnerstaaten (Deutschland, Frankreich, England und Italien) und die Nichtunterzeichnerstaaten der EU einigten sich auf die Erstellung einer Studie zur Bestandsaufnahme über die existierenden Hochschulstrukturen in den europäischen Ländern. Dazu wurde die Entstehung einer Arbeitsgruppe vereinbart. Der damalige Bildungsminister von Italien wiederholte die Einladung im Frühjahr 1999, in Bologna eine weitere Konferenz durchzuführen.¹⁵⁹

¹⁵⁶ Vgl. Mülheims K. (2004)

¹⁵⁷ Vgl. Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)

¹⁵⁸ Vgl. Yalçın, G. (2005)

¹⁵⁹ Vgl. Ebd.

3.2.3.1. Follow-up Struktur

In einem weiteren Treffen wurde vom Leiter der Hochschulabteilungen und der „Chairmen of Rectors' Conferences“ der EU-Länder die Arbeitsgruppe „Sorbonne Follow-up Working Group“ gegründet, die sich aus den Bildungsministern Österreichs, Deutschlands, Finnlands, Frankreichs und Italiens, Vertretern der Europäischen Kommission und der *Confederation of European Union Rectors' Conferences (Eurec)* zusammensetzte. Außerdem nahmen auch Vertreter der *Association of European Universities (CRE)* an diesem Treffen teil.¹⁶⁰

Nach ihrer Bildung kam diese Arbeitsgruppe zwischen Dezember 1998 und Mai 1999 zu vier Treffen zusammen. Wie Yalçın von Hackl zitiert hat, hat sich bei dem ersten Treffen die Kommunikationsform innerhalb der Europäischen Kommission, der nationalen Bildungsminister und der akademischen Gemeinschaft etabliert. Yalçın berichtet, dass in dieser Phase in mehreren Schritten ein Entwurf für eine weitere Deklaration vorbereitet wurde, die am zweiten Tag der Bologna-Konferenz von den Bildungsministern diskutiert und verabschiedet werden sollte.¹⁶¹

3.3. Bologna (1999): European Higher Education Area (EHEA)

Nach dem Aufruf der Unterzeichner der Sorbonne-Erklärung, unterzeichneten 29 europäische Bildungsminister am 19. Juni 1999 die gemeinsame Erklärung zum Europäischen Hochschulraum - die Bologna-Deklaration („The European Higher Education Area“¹⁶²). Diese Deklaration war der Ausgangspunkt für die weiteren Harmonisierungsbestrebungen an europäischen Hochschulen.

Dietersdofer berichtet, dass der italienische Minister und der Rektor der Universität Bologna, unter Abstimmung mit dem deutschen Bildungsminister Rüttgers nach Bologna einluden. Im Oktober 1998 wurden bei einem regulären Treffen der europäischen Bildungsminister unter dem österreichischen Vorsitz in Baden bei Wien die

¹⁶⁰ Vgl. Ebd.

¹⁶¹ Vgl. Ebd.

¹⁶² Bologna Deklaration (1999)- Anhang 3

Vorbereitungen dafür getroffen. Dieses Treffen war das erste Treffen der Mitgliedsstaaten nach der Sorbonne-Deklaration und ermöglichte einen ersten Meinungsaustausch.¹⁶³ Gleichzeitig wurde eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Bologna-Konferenz („Sorbonne follow-up working group“) eingerichtet und damit beauftragt, *die gemeinsamen Ziele und Grundprinzipien für die Gestaltung eines Europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 festzulegen*“.¹⁶⁴ Neben dem österreichischen Vorsitz setzte sich diese Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des italienischen Bildungsministeriums, Mitgliedern der Europäischen Rektorenkonferenz (CRE), Mitgliedern der Rektorenkonferenz der Europäischen Union (Eurec) sowie Mitgliedern der Generaldirektion der Europäischen Kommission zusammen.¹⁶⁵

Nach Seyr bildete den Hintergrund dieser Erklärung der Report des Projekts „Trends in Learning Structures in Higher Education“¹⁶⁶ von 1999, das von der *Confederation of European Rectors' Conferences* und der *Association of European Universities* durchgeführt wurde.¹⁶⁷

Seyr erwähnt, dass die gegenständliche Erklärung von Bologna vor dem politischen Hintergrund eines weitergehenden Zusammenwachsens der Mitgliedstaaten sowie von Erweiterungsbestrebungen der Union entstand. Ihm zufolge wird in der Bologna-Deklaration – wie in der Sorbonne-Erklärung – die Bedeutung des Bildungswesens bzw. der Universitäten für die europäische Integration hervorgehoben. *“Festgestellt werden außerordentliche Fortschritte, die der Integrationsprozess Europas in den letzten Jahren gemacht hat und machen wird. Auf die wesentliche Bedeutung des „Europa des Wissens“ für das Entstehen eines gemeinsamen Lebens- und Kulturraumes wird auch in der Bologna Deklaration hingewiesen*“.¹⁶⁸ In diesem Zusammenhang wird Bezug genommen auf die Sorbonne-Erklärung, die die Förderung der Mobilität der Bürger, deren Beschäftigung

¹⁶³ Vgl. Dietersdofer, M. (2008)

¹⁶⁴ Vgl. Ebd.

¹⁶⁵ Vgl. Ebd.

¹⁶⁶ European University Association (1999): Online: 27.01.2009

¹⁶⁷ Vgl. Seyr, B. (2002)

¹⁶⁸ Ebd.: S.42-43

sowie die Entwicklung des gesamten Kontinents durch die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes im Auge hat.¹⁶⁹

Als besonderes Element des Bologna-Prozesses bezeichnet Holzinger-Neulinger, die freiwillige Annäherung der Hochschulsysteme Europas an den gemeinsamen „Europäischen Hochschulraum“ zu nennen. *„Die Abstimmung der nationalen Gegebenheiten mit dem angedachten Raum für Hochschulbildung bleibt den einzelnen Staaten überlassen. Die rechtlich unverbindliche Absprache wird zwischen den Bildungsministern, welche sich beim Ministertreffen alle zwei Jahre über die zu erreichenden Ziele beratschlagen, abgegrenzt.“*¹⁷⁰

Holzinger-Neulinger berichtet zum Vergleich, dass die tatsächliche Gestaltung der Studienordnungen (lange Studienzeiten, mangelnde Leistungsorientierung und die Problematik der internationalen Verwendbarkeit sowie fehlende Transparenz) die Hauptargumente für die Einführung des Bachelors und Masters sind. Weiters erklärt sie, dass die Mobilität als Begründung der europäischen Bildungspolitik gehandhabt wird, *„daher wurden die bestehenden Mobilitätsprogramme ergänzt und durch den Hochschulvertrag institutionalisiert. Die Entstehung des Diploma Supplements und des Credit-Systems ECTS zeigt die Effektivität des Mobilitätsvorhabens.“*¹⁷¹

Zusammenfassend zu bemerken ist, dass es Ziel sein sollte, nach innen durch die Kompatibilität und Vergleichbarkeit der Hochschulsysteme einen Europäischen Hochschulraum zu schaffen und nach außen hin die Attraktivität der europäischen Hochschulen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hochschulsysteme zu stärken.¹⁷²

Um die Ziele zu erreichen, wurden folgende Maßnahmen in der Bologna-Deklaration vereinbart:

¹⁶⁹ Vgl. *Bologna Deklaration (1999: Abs. 4)-(Anhang 3) / Seyr, B. (2002)*

¹⁷⁰ *Holzinger-Neulinger M. (2008:12-13)*

¹⁷¹ *Ebd. S:13*

¹⁷² *Dietersdofer, M. (2008:56)*

1. Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse. „Diploma Supplement“ mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern.
2. Einführung von gestuften Studiengängen; die sich im Wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützen. Der erste Zyklus bis zum ersten Abschluss („*undergraduate*“) sollte mindestens drei Jahre dauern und sollte eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene sein. Der zweite Zyklus nach dem ersten Abschluss („*graduate*“) kann entweder zum Master- oder direkt zum Doktorat-Abschluss führen.
3. Einführung von Leistungspunktsystemen („*Credit Point Systems*“), ähnlich dem „*European Credit Transfer System*“ (ECTS), das den Erwerb von Punkten (credits) auch außerhalb der Hochschulen ermöglichen soll.
4. Förderung der Mobilität der Studierenden und Wissenschaftlern durch Überwindung der Hindernisse.
5. Europäische Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung durch die Erarbeitung vergleichbarer Kriterien und Methoden.
6. Stärkung der Europäischen Dimension in der Hochschulbildung, insbesondere in Bezug auf Curriculums-Entwicklung, Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Mobilitätsprojekte und integrierte Studien-, Ausbildungs- und Forschungsprogramme.

Nach Aigner lehnt sich die Bologna-Deklaration sichtlich an dem angelsächsischen („*Anglo-Saxon*“) Bachelor / Master / PHD – Model an und empfiehlt den europäischen Ländern, sich grundsätzlich daran zu orientieren, ohne dieses jedoch zur ausschließlichen Richtschnur zu machen.¹⁷³

¹⁷³ Vgl. Aigner, E. (2002)

In der Überzeugung, dass die Errichtung des europäischen Hochschulraumes ständiger Unterstützung, Überwachung und Anpassung an die sich unaufhörlich wandelnden Anforderungen bedarf, haben die Signatare beschlossen, sich spätestens in zwei Jahren wieder zu treffen. Im Rahmen dieses Treffens sollten die erreichten Fortschritte und zu ergreifenden Maßnahmen bewertet werden.¹⁷⁴

3.4. Von Bologna nach Prag: Follow-up Struktur und die Aktivitäten

Wie bereits erwähnt waren die 29 Unterzeichner-Staaten einverstanden, zur Erreichung der vereinbarten Bologna-Maßnahmen im Rahmen der intergouvernementalen Zusammenarbeit mit den Hochschulen zusammenzuarbeiten. Sie einigten sich, sich wieder in Prag 2001 zusammzusetzen, um die erzielten Fortschritte zu bewerten und sich auf weitere Schritte zu einigen. Reinalda/Kulesza berichten, dass die Organisation des Bologna-Prozesses von den EU-Ministern beschlossen wurde, die im September 1999 in Tampere in Finnland zusammengetroffen sind. Zur Vorbereitung der nächsten Sitzung in Prag wurde beschlossen, zwei Gruppen zu erstellen:

- eine **Konsultative Gruppe** von allen Unterzeichnerstaaten, zuzüglich Vertretern der Europäischen Kommission, der Vereinigung Europäischer Universitäten und der Europäische Rektorenkonferenz; und
- eine Lenkungsgruppe (**Follow-up Group**), bestehend aus den Mitgliedstaaten, die die EU-Präsidentschaft in den zwei Jahren von Bologna nach Prag nacheinander innehaben (Finnland, Portugal, Frankreich, Schweden) und der Tschechischen Republik, zuzüglich Vertreter der Europäischen Kommission, der Vereinigung Europäischer Universitäten und der Europäischen Rektorenkonferenz.¹⁷⁵

Die Konsultative Gruppe traf im November 1999 in Helsinki, unter der finnischen EU-Präsidentschaft, zusammen und skizzierte ein Programm von Veranstaltungen und Themen. Rainalda/Kulesza berichten, dass die Gruppe drei internationale Seminare geplant hat, „... to discuss the topics of credit accumulation and transfer systems, Bachelor-level

¹⁷⁴ Vgl. *Bologna Deklaration (1999: Abs.11)- Anhang 3*

¹⁷⁵ Vgl. *Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)*

degrees and transnational education“.¹⁷⁶ Zuzüglich hat im Jahr 2000 diese Gruppe drei weitere Teilnehmer als Beobachter angenommen: den Europarat, die ESIB (National Unions of Students in Europe) und die EURASHE (European Association of Institutions in Higher Education).¹⁷⁷

Im Jänner 2000, unter der portugiesischen EU-Präsidentschaft, hat sich die Follow-up Gruppe in Lissabon getroffen. Es wurde dort entschieden, dass neben der non-gouvernementalen Beteiligung und den Ergebnissen der drei Seminare, ein spezifischer Bericht für das Treffen in Prag vorbereitet werden sollte. Dafür wurde Professor Pedro Lourtie als Berichterstatter bevollmächtigt. Zuzüglich wurde beschlossen, dass im Gegensatz zum Bologna-Forum die Sitzung der akademischen Institutionen im Vorfeld der Minister-Konferenz abgehalten werden sollte.¹⁷⁸

3.4.1. Botschaft von Salamanca – Gestaltung des Europäischen Hochschulraums und Gründung der European University Association (EUA)

Die beiden universitären Organisationen, die Europäische Rektorenkonferenz (CRE) und die Rektorenkonferenz der Europäischen Union (Eurec), haben sich für die Organisation dieser akademischen Sitzung gemeinsam beworben. Beide glaubten, die Kooperation der intergouvernementalen und non-gouvernementalen Organisationen sei von entscheidender Bedeutung für die Hochschulen „... *to shape their own European future and to play an important role in the development and implemenation of the Bologna Process*“.¹⁷⁹ Beide trafen im Jahre 2001 in Salamanca in Spanien zusammen. Dieses Treffen wurde “The Salamanca Convention of European higher education institutions” genannt. Während dieser Konvention der beiden Organisationen (Eurec und CRE) wurde beschlossen, sich unter dem Dach der "European University Association (EUA)" zu vereinigen.¹⁸⁰

¹⁷⁶ *Ebd.* S:22

¹⁷⁷ *Vgl. Ebd.*

¹⁷⁸ *Vgl. Ebd.*

¹⁷⁹ *Trends II Report (19 Mai 2001). Zitiert in Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)*

¹⁸⁰ *Vgl. Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)*

In der Salamanca-Konvention wurden folgende Grundsätze aus der Perspektive der Implementierenden an den europäischen Hochschulen zusammengefasst:¹⁸¹

- *Autonomie und Rechenschaftspflicht der Hochschulen:* Unter diesem Punkt wurde die akademische Freiheit der Universitäten in Bezug auf die Manga Charta Universitatum gesichert.
- *Wettbewerb der Hochschulen:* Unter diesem Punkt wurde bekräftigt, dass die europäischen Hochschulen bereit sind, ihre Tätigkeiten in einer wettbewerbsorientierten Umgebung auszuführen.
- *Bildung als öffentliche Verantwortung:* Hochschulvertreter betonten die soziale Relevanz der Hochschulausbildung auf kurze und lange Sicht.
- *Europäischer Hochschulraum bedingt die Konzipierung eines europäischen Forschungsraums:* Erfolg eines Europäischen Hochschulraums kann nur auf der Grundlage eines europäischen Forschungsraums erreicht werden.
- *Organisation der Vielfalt:* Die Vielfalt der europäischen Sprachen, der Hochschulsysteme und -inhalte werden als Herausforderung angesehen.¹⁸²

Vom 22. bis zum 25. März 2001 organisierten Studenten in ESIB (*The National Unions of Students in Europa*) eine Konvention in Göteborg. Sie veröffentlichten die *Studenten Göteborg Erklärung*¹⁸³, die die Bologna-Erklärung diskutiert, insbesondere die sozialen Auswirkungen, den Europäischen Hochschulraum und die Rolle der Studenten. Die Ergebnisse aller Aktionen nach der Bologna Deklaration, einschließlich dem Salamanca Übereinkommen, die mit der Überschrift „Botschaft von Salamanca – Gestaltung des Europäischen Hochschulraums“ veröffentlicht wurden, und die Student Göteborg Deklaration finden sich im offiziellen Lourtie-Bericht¹⁸⁴ (*Furthering the Bologna Prozess*), der ein Beitrag zur Sitzung der Minister in Prag war.¹⁸⁵

In der Salamanca-Konvention wurde Qualität als grundlegender Baustein, als Bedingung für Vertrauen, Relevanz, Mobilität, Kompatibilität und Attraktivität des europäischen

¹⁸¹ *Salamanca Konvention, 2001 – Anhang 4*

¹⁸² *Vgl. Yalçın, G. (2005)*

¹⁸³ *European Students' Union. Online :01.02.2009*

¹⁸⁴ *Lourtie Bericht (2001): In Bologna-Berlin Webseite. Online: 01.02.2009*

¹⁸⁵ *Vgl. Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)*

Hochschulraums gesehen. Yalçın berichtet, dass die Vertreter der europäischen Hochschulen ihre Bereitschaft äußerten, bei der Realisierung der Bologna-Ziele ihren Einsatz zu leisten. Wichtig ist noch zu bemerken, dass die Hochschulvertreter, die Hauptakteure bei der Implementierung der Erklärung, die Möglichkeit hatten, ihre Anliegen und Positionen in der Prager Konferenz einzubringen.¹⁸⁶

3.5. Von Prag bis London: Durchsetzung des Bologna-Gedankens

Zur Durchsetzung des Bologna-Gedankens in den Mitgliedsstaaten wurden regelmäßige Ministertreffen zur Beobachtung und Diskussion der Zielumsetzung vereinbart. In diesem Rahmen trafen sich in Prag, Berlin, Bergen und London die Minister der Signaturstaaten. Diesem Teil folgt der Bologna-Prozess in und zwischen den Ministertreffen. Es zeigt, was in den offiziellen Deklarationen vereinbart wurde und erklärt die Implementierung des Prozesses in Mitgliedsländern.

3.5.1. Prag (2001): Prager Kommuniqué – Toward the European Higher Education Area

Am 18. und 19. Mai 2001 kamen die europäischen Bildungsminister in Prag zusammen und unterzeichneten das Prager-Kommuniqué „Towards the European Higher Education Area“¹⁸⁷. In Bologna lag die Zahl der unterzeichnenden Staaten bei insgesamt 29 Ländern. Beim Prager Kommuniqué wurden mit Kroatien, der Türkei und Zypern drei weitere Teilnehmerländer in den Bologna-Prozess aufgenommen und Liechtenstein rückwirkend als Unterzeichnerstaat anerkannt. Damit haben insgesamt 33 europäische Staaten am Bologna-Prozess teilgenommen.

Außerdem wurde mitgeteilt, dass der Bologna-Prozess all jenen Ländern offen steht, die an den EU Programmen SOKRATES, LEONARDO DA VINCI und TEMPUS/CARDS teilnahmeberechtigt sind.¹⁸⁸

¹⁸⁶ Vgl. *Ebd.*

¹⁸⁷ *Prager Kommuniqué (2001)-Anhang 5*

¹⁸⁸ Vgl. Yalçın, G. (2005)

Wie bereits erwähnt, war die Grundlage der Beratungen der für die Prager Konferenz vorgelegte Bericht „Furthering the Bologna Process“. Neu am Prager Kommuniqué war, nach Keller die ausdrückliche Würdigung der Rolle, die man nicht nur der europäischen Vertretung der Hochschulen, der European University Association (EUA), sondern auch den Studierenden, der National Unions of Students in Europe (ESIB), zugestand, deren beider Vertreterinnen und Vertreter an der Prager Konferenz teilnehmen konnten.¹⁸⁹

In Prag wurde allgemein von einer großen Übereinstimmung der Unterzeichnerländer bei der Umsetzung der Ziele der „Bologna-Erklärung“ gesprochen. *„So war das Prager Kommuniqué“ eine Bekräftigung der Ziele der „Bologna-Erklärung“ und die erneute Betonung der Bedeutung von Mobilität, Qualitätssicherung und Akkreditierung, der Einführung der europäischen Dimension in der Bildung, des lebenslangen Lernens und der Beteiligung der Hochschulen und Studierenden bei der Schaffung des europäischen Hochschulraums.“*¹⁹⁰

Außer der Betonung der Umsetzung der Ziele der Bologna Erklärung wurden von den Teilnehmern des Kommunikees folgende Punkte als besonders wichtig betrachtet:

- „Förderung des lebenslangen Lernens als Basis einer wissensbasierten Gesellschaft und Wirtschaft
- Einbeziehung von Studierenden und Hochschulen in den Bologna-Prozess
- Förderung der Attraktivität des europäischen Hochschulraumes im internationalen Umfeld“¹⁹¹

In diesem Kommuniqué wurden die Minister und zuständige Institutionen aufgerufen, *„die einfache, effiziente und gerechte Anerkennung zu fördern, um der Vielfalt der Qualifikationen gebührend Rechnung zu tragen“*¹⁹² Zuzüglich wurde beschlossen, dass im 2003 in Berlin eine weitere Nachfolgekonzferenz stattfinden wird. Die Teilnehmer bestätigten die Notwendigkeit, für die weiteren Organisationen eine institutionelle Struktur zu schaffen, *„[die] aus einer Follow-up-Gruppe sowie einer Vorbereitungsgruppe besteht.*

¹⁸⁹ Vgl. Keller, A (2003)

¹⁹⁰ Yalçın, G. (2005:50)

¹⁹¹ Holzinger-Neulinger M. (2008:12-13)

¹⁹² Prager Kommuniqué (2001)- Anhang 5

*Diese Gruppe sollte aus Vertretern aller Unterzeichnerstaaten einschl. der neuen Teilnehmer und der Europäischen Kommission bestehen“.*¹⁹³ Somit wurden die **Bologna Follow-up Group (BFUG)** und die **Bologna Preparatory Group (BPG)** eingerichtet.

Nebenbei wurde in Prager Kommuniké festgelegt, dass die EUA (Die European University Association), die EURASHE (European Association of Institutions of Higher Education), die ESIB (National Unions of Students in Europe) und der Europarat als Beobachter und Berater im Bologna-Prozess genannt wurden.¹⁹⁴

3.5.2. Die Phase nach Berlin: Follow-up Structure und die Aktivitäten

In der Zeit zwischen Prag und Berlin traf die Bologna Follow-Up Gruppe sechs Mal zusammen. Es wurden der Bologna-Prozess überwacht und die Entwicklung des Prozesses und Fragen über die weitere Erweiterung diskutiert. Als allgemeiner Berichterstatter der Berliner Tagung wurde Professor Zgaga bevollmächtigt.¹⁹⁵

Die geplante Berliner Konferenz wurde von der BFUG (Bologna-Follow-up Group) und der BPG (Bologna-Preparatory-Group) unter dem Vorsitz Deutschlands als Gastgeberland vorbereitet. Bei der Organisationsphase wurden die HRK (Hochschulrektorenkonferenz) und der DAAD (Deutsche Akademische Austauschdienst) beauftragt.¹⁹⁶

Folgende Themen wurden für das nächstes Ministertreffen in Berlin empfohlen:

- *Kriterien einzugehender Verpflichtungen und aktualisierter Zielbeschreibungen für die künftige Aufnahme neuer Mitglieder;*
- *Prinzipien einer europäischen Doktorandenausbildung und die Zusammenarbeit in diesem Bereich;*
- *Mobilität der ForscherInnen und Verknüpfung der vorrangig bildungspolitischen Zielsetzungen des Bologna-Prozesses im Bereich Forschung;*
- *eine stärkere Verknüpfung der „European Higher Education Area“ (EHEA) mit dem „Europäischen Forschungsraum“ (ERA) auf EU-Ebene durch eine von der EU-Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe;*
- *Zusammenarbeit und Verfahren der Qualitätssicherung in Europa (Versuch*

¹⁹³ *Ebd.*

¹⁹⁴ *Vgl. Ebd.*

¹⁹⁵ *Vgl. Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005)*

¹⁹⁶ *Vgl. Yalçın, G. (2005)*

„good principles of accreditation and evaluation“ auf europäischer Ebene zu formulieren und zu vereinbaren).¹⁹⁷

Inzwischen haben in verschiedenen Unterzeichnerstaaten viele Treffen zu Schwerpunktthemen stattgefunden. Neben der Überwachung wurde die weitere Vorgehensweise im Implementierungsprozess diskutiert. Yalçın berichtet, dass diese Schwerpunktthemen Teilziele der „Bologna-Erklärung“ waren, die in der nächsten Phase umgesetzt werden sollten. Für den nächsten Zeitraum waren folgende Themen vorgesehen und somit auch Gegenstand der Treffen:¹⁹⁸

- Akkreditierung und Qualitätssicherung;
- Fragen der Anerkennung und Kreditsysteme (ECTS: European Credit Transfer System);
- Entwicklung gemeinsamer Abschlüsse;
- soziale Dimension, insbesondere bei den Mobilitätshindernissen;
- Lebenslanges Lernen;
- Einbindung von Studierenden;
- Erweiterung des Bologna-Prozesses.

Gleichzeitig trugen die non-gouvernementalen Organisationen zum Prozess bei. Die EUA (Die European University Association) ist verantwortlich für den *Trends III- Bericht* mit dem Titel *Progress towards the Higher Education Area*.¹⁹⁹ Dieser Bericht analysiert und vergleicht die Entwicklung aus der Sicht der wichtigsten Akteure in dem Prozess sowie Regierungen, nationale Rektorenkonferenzen, Hochschulinstitutionen und Studenten.²⁰⁰

In diesem Zusammenhang wurde im Mai 2003 ein Treffen von EUA in Graz abgehalten. Von den Vertretern der europäischen Hochschulen wurde die **Grazer Deklaration** mit dem Titel „Die Phase nach Berlin: die Rolle der Universitäten. Das Ziel 2010 und die Zeit danach“ unterzeichnet. In dieser Deklaration wurde die „zentrale Rolle“ für die Entwicklung der europäischen Gesellschaft hervorgehoben. Somit wurden die Universitäten als Institutionen angesehen, die die europäische Kultur und die europäischen Werte pflegen.²⁰¹

¹⁹⁷ Ebd. S:50

¹⁹⁸ Vgl. Ebd. S:51

¹⁹⁹ *Trends III- Bericht (2003)*

²⁰⁰ Vgl. Yalçın, G. (2005:50)

²⁰¹ Vgl. Ebd.

„Europäische Universitäten sind weltweit aktiv und tragen zu Innovation und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung bei. Wettbewerbsfähigkeit und Exzellenz müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zu sozialer Kohäsion und gerechtem Hochschulzugang stehen“²⁰².

Die Ergebnisse und Empfehlungen der Veranstaltungen und Seminare, sowie Informationen über die Leitung des Bologna-Prozesses finden Sie in dem Zgaga-Report.²⁰³

3.5.3. Berliner Kommuniqué (2003): Den Europäischen Hochschulraum verwirklichen

Auf dem Ministertreffen in Berlin waren 33 Unterzeichnerstaaten anwesend. Sie haben 7 neue Mitglieder akzeptiert. Die neuen Mitgliedstaaten sind: Albanien, Andorra, Bosnien-Herzegowina, der Heilige Stuhl, Russland, Serbien, Montenegro sowie die „ehemaligen Jugoslawische Republik Mazedonien“. Damit stieg die Mitgliederzahl des Bologna-Prozesses auf 40 europäische Staaten.

Mühlheims berichtet, dass das **Berlin Kommuniqué** **„Den europäischen Hochschulraum verwirklichen“**²⁰⁴ im Vergleich mit den vorangegangenen Erklärungen vom Layout aufwändiger gestaltet und mit einer Präambel versehen ist.²⁰⁵ Mit dieser Erklärung wurden die bisherigen Ziele des Bologna-Prozesses bekräftigt und die Maßnahmen konkretisiert. Sie behauptet, dass als weitere Maßnahme eine verstärkte Kooperation zwischen dem Europäischen Hochschul- und dem Europäischen Forschungsraum (ERA) gewünscht wurde. Diese Kooperation sollte unter anderem durch die Ergänzung der geplanten zweigliedrigen Studienstruktur durch die Doktorantenausbildung als drittes Glied realisiert werden.²⁰⁶

In dieser Erklärung wurde auf die Beschlüsse vom Europäischen Rat von Lissabon (2000) und Barcelona (2002) Bezug genommen und betrachtet: *„Die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, muss mit dem Ziel, der sozialen Dimension des*

²⁰² Grazer Erklärung (2003): Online: 07.01.2009

²⁰³ Zgaga Report (2003)

²⁰⁴ Berliner Kommuniqué (2003) - Anhang 6

²⁰⁵ Vgl. Mühlheims K. (2004)

²⁰⁶ Vgl. Ebd. (zum Vergleich Berliner Kommuniqué 2003)

*Europäischen Hochschulraumes größere Bedeutung zu geben, in Einklang gebracht werden“.*²⁰⁷

Hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit oder Attraktivität des Europäischen Hochschulraumes wurde als wichtig erachtet, dass möglichst auch Studierende aus Drittländern hier Auslandsemester absolvieren sollten. *„Ziel ist es, den kulturellen Reichtum und die sprachliche Vielfalt Europas, die in seinen vielfältig ererbten Traditionen gründen, zu erhalten und das Potenzial für Innovation und soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen zu fördern“*²⁰⁸

Kurzgefasst wurden beim Berliner Kommuniqué 2003 als Schwerpunkte die Gestaltung des dritten Zyklus, die Förderung der Mobilität unter dem Aspekt der engeren Verknüpfung des europäischen Hochschul- und Forschungsraums und der Versuch, die Verfahren der Qualitätssicherung des europäischen Hochschulraumes zu entwickeln und abzustimmen, bearbeitet.²⁰⁹

Im Hinblick auf die 9 Aktionslinien des Bologna-Prozesses wurden als mittelfristige Ziele folgende Punkte formuliert:

- “wirksame Qualitätssicherung;
- tatsächliche Anwendung von gestuften Studienstrukturen sowie
- verbesserte Anerkennungsverfahren von Studienabschlüssen und –abschnitten”²¹⁰

Gleichzeitig wurde in dieser Erklärung auf die Lissaboner Konvention von 1997 Bezug genommen. *„Alle Länder, die am Bologna-Prozess teilnehmen, werden aufgefordert sie zu ratifizieren und ihr Möglichstes zu tun, um die Annerkennung von Studienabschlüssen zu erleichtern.“*²¹¹

²⁰⁷ Berliner Kommuniqué (2003: Abs.2) – Anhang 6

²⁰⁸ Ebd.: Abs. 5

²⁰⁹ Vgl. Holzinger-Neulinger M (2008)

²¹⁰ Yalçın, G. (2005:56)

²¹¹ Müllheims K. (2004:12)

Alle oben erwähnten Thema resultieren im Berliner Kommuniqué unter einem Punkt, der als „10. action line“ bezeichnet wurde: „10. Doctoral studies and the synergy between the EHEA and the ERA“²¹² Es wurde beim Berliner Ministertreffen vereinbart, eine Folgekonferenz für das Jahr 2005 in Bergen abzuhalten.

3.5.4. Bergen Kommuniqué (2005): Der europäische Hochschulraum – die Ziele verwirklichen

Am 19. und 20. Mai 2005 kamen die Bildungsminister der Signaturstaaten in Bergen zusammen und unterzeichneten das Bergen- Kommuniqué „*The European Higher Education Area – Achiving the Goals*“²¹³. Die Minister bekräftigten ihr Engagement für die Koordinierung ihrer „*policies*“ durch den Bologna-Prozess zur Schaffung des europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010.²¹⁴ In diesen Treffen wurden 5 neue Bewerber (Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Ukraine) empfangen. Somit nahmen insgesamt 45 Staaten am Bologna-Prozess teil.

Der Zweck des Treffens in Bergen war, einen Vergleich über die Fortschritte seit Berlin zu ziehen und weitere Ziele zur Etablierung der EHEA zu definieren. Die BFUG (Bologna Follow-Up Gruppe) wurde damit berechtigt, „*eine umfassende Bestandaufnahme des Gesamtprozesses bis zur Konferenz in Bergen zu ziehen. In Ihrem Bericht „From Berlin to Bergen“ wird festgehalten, dass auf halbem Weg bis zum Jahr 2010 bereits die Konturen eines Europäischen Hochschulraumes absehbar wären.*“²¹⁵ Dietersdofer berichtet, dass neben den 3-Zyklen-System (Bachelor, Master und Doktorat) der Ausbau eines Qualitätssicherungssystems und die Anerkennung der Stufen („degrees“) und Studiums-Periode („study periods“) innerhalb der Signaturstaaten sehr wichtige Kernziele des Bologna-Prozesses sind.²¹⁶

²¹² Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005:29)

²¹³ Bergen Kommuniqué (2005) - Anhang 7

²¹⁴ Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005:31)

²¹⁵ Dietersdofer, M. (2008:71)

²¹⁶ Vgl. Ebd.

Laut dem EQF-Bericht von 2005 sieht der Europäische Qualifikationsrahmen wie folgt aus²¹⁷:

Abbildung 4. Europäische Qualifikationsrahmen

Europäische Qualifikationsrahmen
1. STUFE: Short cycle (within or linked to the first cycle) – 120 ECTS
2. STUFE: First cycle qualifications – im Ausmaß von 180 – 240 ECTS
3. STUFE: Second cycle qualifications – im Ausmaß von 90-120 ECTS
4. STUFE: Third cycle qualifications – wird nicht in ECTS berechnet

Zusammengefasst lagen in Bergen die Schwerpunkte bei der Studienstruktur, der Qualitätssicherung sowie der Anerkennung von Studienabschlüssen und Studienabschnitten.²¹⁸ Zu weiteren Zielen sind zu zählen:

- *„Ergänzung der Doktorandenausbildung um arbeitsmarktrelevante Qualifikationen*
- *Entwicklung nationaler Qualifikationsrahmen*
- *Förderung von ‚Joint Degrees‘*
- *Öffnung der höheren Bildung für nicht-traditionelle Qualifikationspfade*²¹⁹

3.6. London (2007) und danach: Stocktaking-Time und Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung

Die Hochschulministerinnen und -minister der am Bologna-Prozess beteiligten Länder kamen am 18. Mai 2007 in London zusammen, um eine Bilanz der seit Bergen 2005 erzielten Fortschritte zu ziehen. Bei diesem Treffen wurde ein neuer Bewerber (Republik Montenegro) empfangen. Somit nahmen insgesamt 46 Staaten am Bologna-Prozess teil.²²⁰

²¹⁷ Ebd. S:72

²¹⁸ Vgl. Holzinger-Neulinger M. (2008)

²¹⁹ Ebd. S:14

²²⁰ Vgl. London Communiqué (2007) - Anhang 8

Es wurde bei diesem Treffen betont, dass die Entwicklungen der beiden letzten Jahre die Verwirklichung des Europäischen Hochschulraums (EHR) einen bedeutenden Schritt näher gebracht haben. Die Wettbewerbfähigkeit der Europäischen Hochschulsysteme wurde bei diesem Treffen auch als "notwendig" betrachtet: "... *Mit Blick in die Zukunft erkennen wir an, dass es in einer sich verändernden Welt stets die Notwendigkeit geben wird, unsere Hochschulsysteme weiterzuentwickeln, um dafür Sorge zu tragen, dass der EHR wettbewerbsfähig bleibt und wirksam auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren kann. Kurzfristig gesehen ist zu würdigen, dass die Umsetzung der Bologna-Reformen eine wichtige Aufgabe darstellt; ferner würdigen wir die anhaltende Unterstützung und das Engagement aller Partner in diesem Prozess.*"²²¹

Bei diesem Treffen wurde das Eintreten der Bildungsministerinnen und -minister für die Verbesserung der Kompatibilität und der Vergleichbarkeit europäischer Hochschulsysteme bei gleichzeitiger Achtung ihrer Vielfalt bekräftigt. In London wurde betont, dass die Universitäten einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaften haben, ebenso wie ihre zentrale Rolle bei der Definition und Vermittlung der Werte, auf denen die Gesellschaften beruhen.²²² Daher wurde unterstrichen „... *die Bedeutung starker, vielfältiger, angemessen finanzierter, unabhängiger und verantwortlicher Hochschulen. Die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und des gleichberechtigten Zugangs sollten im gesamten EHR gewahrt und gefördert werden. Wir verpflichten uns, an diesen Grundsätzen festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass weder Studierende noch wissenschaftliches Personal auf irgendeine Weise diskriminiert werden*“.²²³

Ebenso wie der EUA-Bericht „Trends V“, die ESIB-Studie „Bologna With Student Eyes“ und EURYDICES „Im Blickpunkt: Strukturen des Hochschulbereichs in Europa“, wurde von den BildungsministerInnen zur Bestandaufnahme (stocktaking) bekräftigt, dass in den letzten Jahren insgesamt gute Fortschritte erzielt wurden. Insbesondere in den Bereichen Mobilität, Struktur der Abschlüsse, Anerkennung, Qualifikationsrahmen, Lebensbegleitendes Lernen, Qualitätssicherung und Europäisches Register und Qualitätssicherungsagenturen, Doktoranden, Die soziale Dimension sowie Der

²²¹ Ebd.: Abs: 1.3

²²² Vgl. Ebd.: Abs: 1.4

²²³ Ebd.: Abs: 1.5

Europäische Hochschulraum im globalen Rahmen wurden bisherige Entwicklungen diskutiert und berichtet, dass gute Fortschritte auf nationaler wie internationaler Ebene im Hinblick auf das Ziel gemacht wurden.²²⁴

So wie Dietersdofer²²⁵ in seiner Studie auch berichtet, wird auf der London-Konferenz auf die bereits erzielten Fortschritte hin zum Europäische Hochschulraum (EHR) bei der:

- Einführung der Stufen-Struktur (“*degree structure*”) hingewiesen und
- die Notwendigkeit, auch weiterhin am Abbau der Barrieren zwischen den einzelnen Zyklen, der Einführung der ETSC-Systems,
- an der Entwicklung von Curricula und
- der Verbesserung der “employability” von Hochschulabsolventen,

zu arbeiten, betont.²²⁶

3.6.1. Prioritäten für 2009

Die TeilnehmerInnen haben für die kommenden beiden Jahre vereinbart, dass sie sich auf die vollständige Umsetzung der beschlossenen Aktionslinien konzentrieren, und dabei weiterhin Prioritäten bei der dreistufigen Struktur der Abschlüsse, der Qualitätssicherung und der Anerkennung von Abschlüssen und Studienzeiten setzen werden. Insbesondere richtet sich das Augenmerk der TeilnehmerInnen auf die folgenden Handlungsfelder:

- Mobilität,
- Die soziale Dimension,
- Datenerhebung,
- Beschäftigungsfähigkeit,
- Der Europäische Hochschulraum in globalem Rahmen,
- Bestandsaufnahme (stocktaking).²²⁷

²²⁴ Vgl. *London Communiqué (2007) - Anhang 8*

²²⁵ Vgl. *Dietersdofer, M. (2008:73-74)*

²²⁶ Vgl. *London Communiqué (2007) - Anhang 8*

²²⁷ Vgl. *Ebd.*

Nach der Entscheidung der Bildungsminister der Signaturstaaten sollte die BFUG rechtzeitig zu der Ministerkonferenz 2009 und auf der Grundlage der nationalen Berichte die Bestandsaufnahme fortführen. *„Wir erwarten die weitere Ausarbeitung der qualitativen Analyse in der Bestandsaufnahme, insbesondere im Hinblick auf Mobilität, den Bologna-Prozess in globalem Rahmen und die soziale Dimension. Die in der Bestandsaufnahme berücksichtigten Bereiche sollten weiterhin die gestufte Struktur der Abschlüsse und die Beschäftigungsfähigkeit der Graduierten, die Anerkennung von Abschlüssen und Studienzeiten sowie die Umsetzung sämtlicher Aspekte der Qualitätssicherung gemäß den ESG umfassen“.*²²⁸

3.6.2. Europäischer Hochschulraum im globalen Rahmen

Ein neuer und wichtiger Diskussionspunkt war auf der London-Konferenz „der Europäische Hochschulraum im globalen Rahmen“. Die BildungsministerInnen der beteiligten Staaten waren erfreut, dass die Bologna-Reformen in vielen Teilen der Welt auf großes Interesse gestoßen sind und den Dialog zwischen den europäischen und internationalen Partnern über eine Reihe von Fragen angeregt haben.²²⁹ *„Dazu gehören die Anerkennung von Qualifikationen, der Nutzen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, gegenseitiges Vertrauen und Verständnis sowie die dem Bologna-Prozess zugrundeliegenden Werte. Darüber hinaus erkennen wir die Anstrengungen an, die einige Länder in anderen Teilen der Welt unternommen haben, um ihre Hochschulsysteme enger auf den durch Bologna gesteckten Rahmen abzustimmen.“*²³⁰

Die Unterzeichner-Staaten haben bei diesem Treffen die Strategie „Der Europäische Hochschulraum im globalen Rahmen“ (*The European Higher Education Area in a Global Setting*) angenommen und geplant, die Arbeit in den folgenden zentralen Politikbereichen fortzuführen:

- *Verbesserung der Information über den EHR und Förderung seiner Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit,*

²²⁸ *London Communiqué (2007: Abs. 3.7) - Anhang 8*

²²⁹ *Vgl. Ebd.*

²³⁰ *Ebd.: Abs. 2.19*

- *Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit,*
- *Intensivierung des politischen Dialogs und Verbesserung der Anerkennung.*²³¹

Nach der Entscheidung der BildungsministerInnen sollte diese Arbeit in Bezug auf die gemeinsamen Richtlinien der OECD und UNESCO zur Qualitätssicherung in der grenzüberschreitenden Hochschulbildung (*Guidelines for Quality Provision in Cross-border Higher Education*) gesehen werden.²³²

3.6.3. Ausblick auf 2010 und die Zeit danach

*„Mit dem weiteren Ausbau des EHR und den Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung gehen wir davon aus, dass auch nach 2010 eine Zusammenarbeit notwendig ist.“*²³³

Wie bereits erwähnt, sollten die Bologna-Reformentwicklungen durch Durchführung der 10 Aktionslinien (Siehe Seite 45 Tab.3.1) bis zum Jahr 2010 verwirklicht sein, damit ein „europäischer Hochschulraum“ realisiert wird. Auf der London-Konferenz haben die Bildungsminister der Signaturstaaten des Bologna-Prozesses entschlossen, dass „... *das Jahr 2010, das den Übergang vom Bologna-Prozess zum EHR markiert, als Gelegenheit zu ergreifen, erneut unser Engagement für die Hochschulbildung als zentralem Element für die Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft auf nationaler wie europäischer Ebene zu bekräftigen*“.²³⁴

Es wurde das Jahr 2010 zum Anlass genommen, die Vision des Bologna-Prozesses von 1999 erneut zu formulieren und für einen EHR einzutreten, der auf Werten und Visionen beruht, die über die Fragen von Strukturen und Instrumenten hinausweisen. Die Bildungsminister der Signaturstaaten verpflichteten sich, 2010 als Gelegenheit zu begreifen, europäische Hochschulsysteme neu auf einen Kurs einzustellen, der über die

²³¹ *Ebd.: Abs: 2.20*

²³² *Vgl. London Communiqué (2007) - Anhang 8*

²³³ *Ebd.: Abs. 4.1*

²³⁴ *Ebd.: Abs. 4.2*

unmittelbaren Belange hinausführt und die Hochschulen in die Lage versetzt, sich den Herausforderungen zu stellen, die Zukunft der Gesellschaften zu bestimmen.²³⁵

²³⁵ *Ebd.*: Abs. 4.2

4. Zusammenfassung und Schlussbemerkung

In dieser Studie wurde es versucht, der Bologna-Prozess im Zusammenhang mit den Begriffen Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung zu bearbeiten. Dafür war eine vorhergehende Analyse der Globalisierungs-, Internationalisierungs-, und Europäisierungsprozesse im Hochschulbereich notwendig. Nach der Bearbeitung des Hintergrunds des Bologna- Prozesses wurden dessen Entwicklungsverlauf und seine Neuheiten aufgezeigt. Die zentrale Forschungsfrage lautete wie folgt: „Wie sind die neuen Herausforderungen des Bologna-Prozesses an die Hochschulausbildung im Zusammenhang mit der Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung zu verstehen?“

Davon abgeleitet ergeben sich als Teilfragen weitere Forschungsfragen:

- Was ist der Hintergrund des Bologna-Prozesses?
 - Wie ist der historische Verlauf der Europäischen Bildungspolitik?
 - In welchem Zusammenhang hat dieser Prozess eine Beeinflussung auf die Begriffe bzw. Prozesse Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung?
- Was sind die Meilensteine zum Bologna-Prozess?
- Was bringt der Prozess mit sich; was ist mit „European Higher Education Area“ gemeint?
- Wie könnte man den Prozess in globalem Rahmen verstehen?
- Was wird der Prozess in den nächsten Jahrzehnten hervorbringen?

Nach der allgemeinen Einführung zum Thema wurden im ersten Teil dieser Arbeit die Grundbegriffe geklärt. Dazu wurden die Begriffe Globalisierung, Internationalisierung, Union, Integration und Europäisierung definiert.

Für die Zwecke dieser Arbeit wurde die Globalisierung betrachtet, als unkontrollierbare Prozesse der Auflösung der nationalen Grenzen und Hegemonie, die durch weltweiten Wettbewerb und die Integration der Märkte vorgekommen sind. Im Gegensatz dazu sehen wir die Internationalisierung als die aktive Reaktion von den Hochschulen auf die wahrgenommenen Unzulänglichkeiten der nationalen Definitionen für die zentralen

Funktionen der Hochschulbildung. Da die Globalisierungsprozesse oft die Wahrnehmung solcher Unzulänglichkeiten bei den Vertretern der Universität geschärft haben, können Internationalisierungs-Aktivitäten in vielen Fällen sogar als institutionelle Antworten auf die Globalisierungsprozesse gedeutet werden. Doch während die Globalisierung nationale Grenzen ignoriert, arbeitet Internationalisierung mit ihnen, um sie zu überwinden.²³⁶

Wie auch im ersten Teil dieser Studie diskutiert wurde (siehe S.16), wird der Begriff Internationalisierung meistens als Synonym für die internationale Zusammenarbeit verstanden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich im einfachsten Sinne Internationalisierung auf die Aktivitäten bezieht, die darauf abzielen, ihre Reichweite über nationale Grenzen hinweg zu erweitern.

Für die Zwecke dieser Studie, sowie das Wort "Union" hauptsächlich im Rahmen der Europäischen Union diskutiert wurde, wurde der Begriff Integration auch im Rahmen der Europäischen Integration behandelt. Als eine „zunehmende faktische und vertraglich abgesicherte bi- und multilaterale Verflechtung der europäischen Staaten“,²³⁷ ist die **Europäische Integration** ein auffallendes Vorbild und bzw. auch ein Instrument für den Europäisierungsprozess der Hochschulen. Wenn man sich mit dem Prozess der europäischen Integration und ihrer heutigen Situation befasst, stößt man unvermeidlich auf den Begriff "Europäisierung". Trotz der zahlreichen Beschreibungen, die sich mit Fragen über die Definition der Europäisierung beschäftigen, ist es schwer eine einheitliche Definition dieses Begriffes zu finden. In dieser Arbeit versteht man die Europäisierung als einen Prozess, bei dem die Funktionslogik nationaler Politikgestaltung sich anwachsend an politischen und ökonomischen Entwicklungen auf der supranationalen Ebene der EU orientiert.

Wiederum wurde der theoretische Zugang der Arbeit behandelt. In diesem Sinne wurde Funktionalismus im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess bearbeitet. Die wesentliche These des Funktionalismus ist, dass "Formen Funktionen folgen" (Forms follow functions), oder, nach Bjerregaard, etwas länger ausgedrückt: „*Politische Formen werden bestimmt von deren Funktionen, und funktionale Anforderungen ändern das politische*

²³⁶ Vgl. Wächter, B., ed. (1999)

²³⁷ In URL: <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.e/e894291.htm> (01.12.08)

*System. Damit herrscht nicht die Macht des Politischen, sondern die Macht des Funktionalen.*²³⁸ Wie auch in den theoretischen Zugang dieser Studie erwähnt (siehe S.21-22), spiegelt auch die Entwicklung der Europäischen Bildungspolitik den Mechanismus der funktionalistischen Theorie wider. „Mit einer zunehmenden Internationalisierung der Arbeitsmärkte und Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa wurden die bildungspolitischen Bestrebungen im Rahmen der Europäischen Union verstärkt: Dies zeigt sich z.B. an der Errichtung neuer Institutionen (Gründung des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung – CEDEFOP, 1975) und an der Schaffung des Instruments der Aktionsprogramme für den Bildungsbereich in den 80er Jahren.“²³⁹ Dessen Ausweitung und Intensivierung im Bildungsbereich in 90er Jahren und die Transformation im europäischen Hochschulbereich zum *Europäische Bildungsraum* durch den Bologna-Prozess wurde im Zusammenhang mit der funktionalistischen Theorie verstanden.

Im zweiten Teil wurde zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Europäischen Hochschulpolitik. Dabei wurden die Globalisierung, Internationalisierung, und Europäisierung als Prozesse im Hochschulbereich bearbeitet. Dafür war eine vorhergehende Analyse der Globalisierungs-, Internationalisierungs-, und Europäisierungsprozesse im Hochschulbereich notwendig. Nach der Bearbeitung des Hintergrunds des Bologna- Prozesses werden dessen Entwicklungsverlauf und seine Neuheiten aufgezeigt. In diesem Sinne war Bedeutend, die Bewegung und Entwicklung im europäischen Bildungspolitik seit 60er; insbesondere in 80er und 90er Jahren zu behandeln. Wie auch in zweiten Teil dieser Arbeit erwähnt (siehe S.35), hat die Bildungspolitik der EU sich seit den 70er Jahren schrittweise entwickelt. Auch wenn es keine Bezugnahme auf "Bildung" im Vertrag von Rom gibt, so hat Bildungspolitik Vorrang, da sie relativ zum Wirtschaftswachstum wurde.²⁴⁰

In den 1960er Jahren standen nur Fragen der beruflichen Bildung (Art. 128 des EWG-Vertrages) und der rückbezüglichen Anerkennung beruflicher Qualifikationen im

²³⁸ Bjerregaard R. (2001:2)

²³⁹ Aigner, E. (2002:19)

²⁴⁰ Vgl. Koca, Ö. (2005)

Vordergrund.²⁴¹ Im Jahre 1969 wurde bei der Haager Gipfelkonferenz der Regierungschefs der EG-Staaten der Bildungsbereich als wichtiger Integrationsfaktor erkannt. Ab den 1970er Jahren wurden innovative Projekte in den Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung entwickelt. Trotz einiger Widerstände von Seiten der Mitgliedsstaaten im Jahr 1976 kam es zu einem Entschluss des Rates über ein Aktionsprogramm im Bildungsbereich. Dieses war ein so genanntes Joint-Study-Programme. Nach Rotter kann dieses Aktionsprogramm auch als Vorläufer des ERASMUS-Programms gelten.²⁴² In den 80er Jahren, war „Europäisierung“ „highlighted“ in den Beziehungen der Minister für Bildung.²⁴³ In diesem Jahrzehnt standen Strategien für den Bildungsbereich im Mittelpunkt des bildungspolitischen Engagements der Gemeinschaft. In dieser Richtung wurden in der Einheitlichen Europäischen Akte vom 1. Juli 1987 sowohl die berufliche als auch die allgemeine Bildung als Schwerpunkt der Gemeinschaftsarbeit genannt.²⁴⁴ In den 80er Jahren zwangen die wirtschaftlichen Krisen, mit der sich die Gemeinschaft konfrontiert sah, die EG zu den notwendigen Schritten im Bildungsbereich. Die Europäischen Staaten haben ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildung ausgeweitet, sowohl zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise als auch zur Umwandlung ihrer Gesellschaften in Wissensgesellschaften.²⁴⁵

In den 90er Jahren hatten das anspruchsvolle technologische Rennen und der globale wirtschaftliche Wettbewerb erhebliche Auswirkungen auf die nationalen Regierungen. Als Ergebnis haben die Mitgliedstaaten eine verstärkte Zusammenarbeit in allen Bereichen, vor allem in der Hochschulbildung beschlossen, damit sie im Wettbewerb mit ihren Konkurrenten durch die Verbesserung ihrer Bildungsqualität konkurrieren könnten.²⁴⁶

Mit der „Memorandum zur Hochschulbildung in Europa“ (5. November 1991), Maastrichter Vertrag (1. November 1993) und Vertrag von Amsterdam (1997) wurde immer wieder auf die Hochschulbildung Bezug genommen. Darüber hinaus wurde die

²⁴¹ Vgl. Rotter, C. (2005)

²⁴² Vgl. Ebd.

²⁴³ Vgl. Koca, Ö. (2005)

²⁴⁴ Vgl. Rotter, C. (2005)

²⁴⁵ Vgl. Ebd.

²⁴⁶ Vgl. Ebd.

Rolle der EU im Bereich qualitativ hoch stehender Bildung betont, zuzüglich einer europäischen Dimension.

Diese Entwicklungen in der Europäischen Bildungspolitik sollten gegen Ende des 20.Jhs als Vorstufe zu den Grundlagen des Bologna-Prozesses gesehen werden.

Im dritten Teil dieser Arbeit wurde den Bologna-Prozess behandelt. Nach der allgemeinen Darstellung zur Entstehung des Prozesses wurden alle bis heute geschehenen Entwicklungen und Neuheiten stufenweise berichtet. Aus Sicht der aktuellen Situation des Prozesses wurden auch Ausblicke auf die Zukunft dargestellt.

Nach dem Vertrag von Amsterdam ein sehr wichtiger Schritt für die europäische Bildungspolitik war die Sorbonne-Erklärung, welche die Basis des Bologna-Prozesses bildet. Ein Zitat von dieser Erklärung möchte ich noch einmal markieren:

„Der europäische Prozeß ist in letzter Zeit um einige bedeutende Schritte weiter vorangetrieben worden. So wichtig diese aber auch sein mag: man sollte nicht vergessen, daß Europa nicht nur das Europa des Euro, der Banken und der Wirtschaft ist; es muß auch ein Europa des Wissens sein. Wir müssen auf die intellektuellen, kulturellen, sozialen und technischen Dimensionen unseres Kontinents bauen und sie stärken. Sie sind in großem Maße von ihren Universitäten geprägt worden, die weiterhin eine ganz entscheidende Rolle in deren Entwicklung spielen.“²⁴⁷

Diese von den Bildungsministern aus Italien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien unterschriebene Feststellung erinnert uns an den Ausspruch bzw. die Einschätzung von Jean Monnet: *„Könnte ich noch einmal mit unserer Europapolitik beginnen, so würde ich nicht mit Stahl und Kohle, sondern mit Bildung und Kultur anfangen.“* In diesem Kontext wurde versucht, die Innovation und Entwicklung der Europäischen Bildungspolitik in den letzten Jahrzehnten, insbesondere den Bologna-Prozess zu behandeln.

Nach dieser so genannten Sorbonne-Erklärung haben sich die EU-Bildungsminister in Bologna zusammengesessen. Als Resultat zahlreicher Versuche haben europäische Bildungsminister eine gemeinsame Deklaration unterschrieben. Der Bologna-Prozess sollte

²⁴⁷ Sorbonner Erklärung (1998: 2. Abs.) Paris - Anhang 2

sich als Erfolgsweg zum einheitlichen Europäischen Hochschulraum erweisen. „...*A two page document began to corrode existing structures and what is now known as the Bologna Process is laying to foundations of European academia in the 21 century*”. *The declaration itself hardly has the form an international resolution or convention, yet resulted in an intergovernmental arrangement...*”²⁴⁸ Mit der Bologna-Erklärung wurde ein System von leicht erkennbaren und vergleichbaren Studienabschlüssen gefordert. Damit erhält diese Erklärung das Ziel eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 sowie Eckpunkte zur Umsetzung dieses Ziels in den Unterzeichnerstaaten.²⁴⁹

Bei der Bologna-Konferenz wurde vereinbart, regelmäßig alle zwei Jahre Konferenzen der Bildungsminister/innen stattfinden zu lassen, auf denen die erzielten Fortschritte evaluiert sowie Prioritäten für die folgenden Jahre gesetzt werden.

Diese Zusammenarbeit war nicht nur zwischen den EU-Ländern, sondern steht die Mitgliedschaft allen Ländern offen, die die Europäische Kulturkonvention des Europarats unterzeichnet haben und sich bereiterklärt haben, in ihrem eigenen Hochschulwesen die Ziele des Bologna-Prozesses zu verfolgen und umzusetzen.²⁵⁰ Die Zahl der Mitgliedstaaten ist stetig gewachsen. Im Jahre 2001 wurde im Prager Kommuniqué die Zahl auf 32 Staaten, im Jahre 2003 im Berliner Kommuniqué auf 40 Staaten erhöht, und bei der Konferenz in Bergen im Mai 2005 sind weitere 5 Länder hinzugekommen. Letztlich wurde mit dem Londoner Kommuniqué 1 weiteres Land dazugenommen. Damit erreicht die Zahl der Unterzeichnerstaaten des Bologna-Prozesses mittlerweile 46 Staaten und damit fast ganz Europa von Island bis Russland²⁵¹

Außer 46 Mitgliedsstaaten ist die Europäische Kommission stimmberechtigtes Mitglied der Follow-up-Gruppe. Neben den Mitgliedsstaaten, gibt es auch beratende Mitglieder im Bologna-Prozess. Zu ihnen gehören der Europarat, der Arbeitgeberverband BusinessEurope, der paneuropäische Gewerkschaftsverbund Education International (EI), die European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA), die

²⁴⁸ Reinalda, B./ Kulesza, E. (2005:3)

²⁴⁹ Vgl. Gell, H. (2005)

²⁵⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)-Deutschland (o J): Online (04.04.2009)

²⁵¹ Hochschulrektorenkonferenz - HRK (o. J.): Online: 16.01.2009

European Students' Union (ESU), die European University Association (EUA), die European Association of Institutions in Higher Education (EURASHE) und das European Centre for Higher Education (UNESCO-CEPES).²⁵²

Die Organisation des Bologna-Prozesses wird durch die Unterstützung der BFUG (Bologna Follow-up Group) von Ministerkonferenzen geleitet. Zwischen den Ministerkonferenzen finden regelmäßig mindestens zweimal jährlich Treffen der (BFUG) statt, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Organisationen auf hoher Beamtenebene vertreten sind. Den Vorsitz in der Bologna Follow-up Group hat die jeweilige EU-Präsidentschaft. Organisatorische Unterstützung erhält die BFUG durch das Bologna-Sekretariat, das jeweils von dem Land (oder den Ländern) gestellt wird, das die nächste Ministerkonferenz ausrichtet. Die Website des Bologna-Sekretariats enthält für Interessenten aus aller Welt allgemeine Informationen über Ziele und Inhalte des Bologna-Prozesses, die Mitgliedsländer und Organisationen sowie über internationale Seminare, die zu den verschiedenen Bereichen des Bologna-Prozesses angeboten werden.²⁵³

Wie oben erwähnt, wurde es in dieser Studie versucht, eine umfassende Analyse des Bologna-Prozesses aus Sicht der Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung darzustellen. Kurzgefasst in den letzten Jahrzehnten, haben die Auswirkungen der Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung eine Harmonisierung im Hochschulbereich hervorgerufen. Dieser Vorgang sollte die Grundlagen für den Bologna-Prozess sein.

Wie auch in der Einleitung dieser Arbeit erwähnt (siehe S.9), am Ende des 20. Jh. bemerkte man, dass die Entwicklung und Zusammenarbeit der Union nicht nur auf den ökonomischen und politischen Bereich reduziert werden kann, sondern dass eine Zusammenarbeit auch in den Bereichen Bildung und Kultur von Nöten ist. In diesem Sinne haben die europäischen Bildungsminister entschieden, oben erwähnte Entwicklungen im Hochschulbereich weiter zu entwickeln und einen **Europäischen Bildungsraum** zu schaffen. Mit diesem Zweck wurde der Bologna-Prozess gestartet und erreicht heute insgesamt 46 Mitgliedsstaaten, die in den Europäischen Wirtschafts- und Kulturraum sind. Heute ist der

²⁵² Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)-Deutschland (o.J.): Online 27. 04. 2009

²⁵³ In Ebd.

Prozess in Europa in Anwendung und zeigt uns für die nächste Dekade eine weitere Zusammenarbeit im Europäischen Bildungsraum.

Diese **Entwicklung** bringt die Europäisierung der Hochschulen hervor. Sowie Vergleichbarkeit, Verstärkung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit, wird dadurch auch eine kulturelle Harmonisierung in Europa unterstützt. Da das Prozess von EU Bildungsminister gestartet und immer noch von EU unterstützt kann das Projekt zur selben Zeit auch am Anfang des 21 Jhs. als die Bildungspolitik der EU bezeichnet werden.

5. Literaturverzeichnis

Aigner, E. (2002): Der Bologna-Prozess – Reform der europäischen Hochschulbildung. Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie. Universitätsverlag Rudolf Trauner. Linz.

Association of International Educators (NAFSA) (o J): The Bologna Process. Online: http://www.nafsa.org/knowledge_community_network.sec/recruitment_admissions/bologna_process_network/document_library_22/what_is_bologna_3/bolognaprocess_ie_supp (25.01.2009)

Bergen Kommunikè (2005): Der europäische Hochschulraum – die Ziele verwirklichen. Bergen. Online: http://www.bologna-bergen2005.no/Docs/00-Main_doc/050520_Bergen_Communique.pdf (01.03.2009)

Berliner Kommunikè (2003): Den Europäischen Hochschulraum verwirklichen. Berlin. Online: http://www.bologna-berlin2003.de/de/communique_minister/index.htm

Bjerregaard R. (2001): Funktionalismustheorie, europäische Integration und Dreigliederung. Berlin. Online: <http://www.dreigliederung.de/essays/2000-09-001.html> (07.11.2008)

Bologna Deklaration (1999): The European Higher Education Area. Bologna. Online: http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/bologna_declaration.pdf (06.06.2008)

Börzel, T. A. (1999): „Towards Covergence in Europe? “. In Journal of Common Market Studies. Nr. 4, S. 573-96. In Lesch, B. (2006): Europäisierung und Liberalisierung des deutschen Strommarktes - Eine Analyse der Anpassungsstrategien politischer und wirtschaftlicher Akteure. Lebach.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)-Deutschland (o J): Bologna-Prozess. Berlin. Online: <http://www.bmbf.de/de/3336.php> (27.04.2009)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)-Deutschland (o J): Bologna-Prozess - Die Entwicklung von den Anfängen bis heute. Berlin. Online: <http://www.bmbf.de/de/3336.php#historie> (04.04.2009)

Dietersdofer, M. (2008): Der Bologna-Prozess in Österreich. Universitäten und Fachhochschulen in Bewegung. Dipl. Universität Wien.

Drechsler, H./Hilligen, W./Neumann, F. (2003): Gesellschaft und Staat - Lexikon der Politik. Verlag Wahlen, München.

Epiney, A./Bieber, R./Haag M. (2005, 6. Auflage); Die Europäische Union, Europarecht und Politik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden.

European University Association (1999): Trends in Learning Structures in Higher Education. Online: www.eua.be/eua/jsp/en/upload/OFFDOC_BP_trend_I.1068715136182.pdf (27.01.2009)

European Students' Union: Online: <http://www.esib.org/index.php/documents/statements/396-student-goeteborg-declaration> (01.02.2009)

Europäischer Rat (Vorsitz 23-24 März 2000) Lissabon.
Online: http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm

Gell, H. (2005): Der Bologna-Prozess und seine Auswirkungen auf die Österreichische Offiziersausbildung. In Wissensmanagement - reformpädagogische Anregungen – Bologna-Prozess und Offiziersausbildung – Wiener Neustadt : FH-Diplomstudiengang “Militärische Führung” an d. Theresian. Militärakad. Wiener Neustadt. - (Armis et litteries; 15).

Gibbons, M. (2002); Globalisation and the Future of Higher Education. Université Laval, Québec Canada. Online:

www.bi.ulaval.ca/Globalisation-Universities/pages/actes/GibbonsMichael.pdf (06.07.2008)

Graz Erklärung (2003): Die Phase nach Berlin: Die Rolle der Universitäten. September 2003. European University Association (EUA). Online:

http://www.eua.be/eua/jsp/en/upload/COM_PUB_Graz_publication_final.1069326105539.pdf (15.07.2008)

Haas Ernst B. (1964: 94ff): Beyond the Nation-State, Stanford. Zitiert in Bjerregaard R. (2001): Funktionalismustheorie, europäische Integration und Dreigliederung.

Held, D. et al. 1999: Global Transformations. Politics, economics and culture. Stanford. In Rotter, C. (2005): Internationalisierung von Studiengängen: Typen – Praxis – Empirische Befunde, Bochum

Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (o. J.): Bologna-Prozess – Geschichte und Dokumente. Online:

<http://www.hrk-bologna.de/bologna/de/home/1979.php> (16.01.2009)

Holzinger-Neulinger M. (2008); Umsetzung der Bologna-Bestimmungen in Österreich und der Schweiz. Dipl. Universität Wien

Höll, O. et al. (2006): Internationale Politik, Fakultas Verlag, Wien.

Johannes Gutenberg Universität Mainz (o J): Bologna-Prozess: Chronologie und Leitdokumente. Online: <http://www.uni-mainz.de/studlehr/249.php> (25.01.2009)

Keller, A (2003): Von Bologna nach Berlin. Perspektiven eines Europäischen Hochschulraums im Rahmen des Bologna-Prozesses am Vorabend des europäischen Hochschulgipfels 2003 in Berlin, Berlin. Online:<http://www.bdwi.de/texte/96713.html>

Kerr, C. (1994): Higher Education Cannot Escape History: Issues for the Twenty-First Century. New York 1994. In Rotter C. (2005): Internationalisierung von Studiengängen: Typen – Praxis – Empirische Befunde, Dissertation. Bochum.

Knight, J. (1999), Internationalisation of Higher Education, in: Quality and Internationalisation in Higher Education (Paris, OECD, IMHE) 13-28. In Reichert, S. / **Wächter, B. (2000);** The Globalisation of Education and Training. Academic Cooperation Association (ACA) - European Commission.

Koca, Ö. (2005): The Role of the Education in the Construction of European Identity, Istanbul.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Über die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Hochschulbildung. Brüssel, den 18.07. 2001. Online: www.bologna-berlin2003.de/pdf/communication-de.pdf (08.12.2008)

Ladrech, R. (1994): „Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France“. In: Journal of Common Market Studies. Heft 1. S. 69-88. In Lesch, B. (2006); Europäisierung und Liberalisierung des deutschen Strommarktes - Eine Analyse der Anpassungsstrategien politischer und wirtschaftlicher Akteure. Lebach.

Lanzendorf U. / Teichler U.(2003): Globalisierung im Hochschulwesen – ein Abschied von etablierten Werten der Internationalisierung?, In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6.Jahrg., Heft 2/2003, S. 219-238. In Leszczensky M./ Wolter, A. (2005): Bologna Prozess im Spiegel - Der HIS-Hochschulforschung. Hannover.

Lesch, B. (2006): Europäisierung und Liberalisierung des deutschen Strommarktes - Eine Analyse der Anpassungsstrategien politischer und wirtschaftlicher Akteure. Lebach. Online: http://www.politik.uni-trier.de/pubs/ma/MA_Lesch_Strommarktliberalisierung.pdf (21.10.2008)

Leszczensky M./ Wolter, A. (2005): Bologna Prozess im Spiegel - Der HIS-Hochschulforschung. Hannover. Online: www.hrk.de/bologna/de/home/3773.php (07.07.2008)

Lim, G. (1995): Strategy for a Global University: Model International Department Experiment. Michigan. In Rotter, C. (2005): Internationalisierung von Studiengängen: Typen – Praxis – Empirische Befunde, Dissertation, Bochum.

Lissabon Convention (1997): Convention on the recognition of qualifications concerning higher education in the european region. Lisbon, 11 April 1997. Online: http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Lisbon_convention.pdf

Londoner Kommunikè (2007): Auf dem Wege zum Europäischen Hochschulraum: Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung. London. Online: http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/documents/MDC/London_Communique18May2007.pdf (20.03.2009)

Lourtie-Report (2001): Furthering the Bologna Process - Report to the Ministers of Education of the signatory countries. Rapporteur Pedro Lourtie. Prague. Online: www.bologna-berlin2003.de/pdf/Lourtie_report.pdf (01.02.2009)

Magna Charta Universitatum (1988): Bologna, Italy, September 18, 1988. Online: http://www.bologna-bergen2005.no/Docs/00-Main_doc/880918_Magna_Charta_Universitatum.pdf (22.06.2008)

Marginson, S. / Van der Wende, M. (2006): Globalisation and Higher Education, Prepared for OECD. Online: www.oecd.org/dataoecd/33/12/38918635.pdf (08.07.2008)

Mayers Lexikon (o J): Union. Online: <http://lexikon.meyers.de/meyers/Union> (21.07.2008:22:00)

Mayers Lexikon (o J): Integration. Online:

[http://lexikon.meyers.de/wissen/Integration+\(Sachartikel\)+Soziologie_Soziologie+\(allgemeine+Begriffe\)](http://lexikon.meyers.de/wissen/Integration+(Sachartikel)+Soziologie_Soziologie+(allgemeine+Begriffe)) (01.12.2008, 15:13)

Mülheims K. (2004) Vertrauen und Harmonie? Die Stellung der Lissabon Konvention im Bologna-Prozess. Universität Hamburg. Neu bearb. Auflage von Helmut Henne und Georg Objartel)

Nohlen, D./ Grotz, F. (2001 aktual. 2007): Kleines Lexikon der Politik, Verlag C.H. Beck. München.

Nohlen, D. (1998): Lexikon der Politik, Band 7 Politische Begriffe, Verlag C.H. Beck, München.

Österreich Lexikon (o J): Europäische Integration. Online:

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.e/e894291.htm> (01.12.2008)

Prager Kommunikè (2001): Auf dem Wege zum europäischen Hochschulraum
Communiqué des Treffens der europäischen Hochschulministerinnen und Hochschulminister am 19. Mai 2001 in Prag. Online:

http://www.bmbf.de/pub/prager_kommunique.pdf (11.06.2008)

Paul, H. (1992): Deutsches Wörterbuch, Max Niemayer Verlag, Tübingen. (9. Vollst. neu bearb. Auflage von Helmut Henne und Georg Objartel)

Pechar, H. (2003): Internationalisierung, Europäisierung, Globalisierung: Der veränderte Kontext internationaler Aktivitäten. In Messerer, K. / Pechar, H. / Pfeffer, T. (Hg.) (2003) Internationalisierung im österreichischen Fachhochschul-Sektor. Im Spannungsfeld zwischen regionaler Verankerung und globalem Wettbewerb. Schriftenreihe des Fachhochschulrates 8. Wien (WUV)

Reinalda, B. / Kulesza, E. (2005): The Bologna Process - Harmonizing Europe's Higher Education. Barbara Budrich Publishers, Opladen & Bloomfield Hills.

Risse, T. / Cowles, M. G. / Caporaso, J. A. (2001): Europeanization and Domestic Change: Introduction. In Benjamin Lesch (2006); Europäisierung und Liberalisierung des deutschen Strommarktes - Eine Analyse der Anpassungsstrategien politischer und wirtschaftlicher Akteure. Lebach.

Robertson et al. (2007): GLOBALIZATION; EDUCATION AND DEVELOPMENT: Ideas, Actors and Dynamics. Online: <http://www.dvv-international.de/files/aaaglobal-education-dev-68.pdf> (15.05.2008)

Rotter, C. (2005); Internationalisierung von Studiengängen: Typen – Praxis – Empirische Befunde, Dissertation. Bochum. Online: <http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=977812707> (22.06.2008)

Salamanca Konvention (2001): The Bologna Process and the European Higher Education Area. Online: http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/salamanca_convention.pdf (08.04.2008)

Schmidt M. (2004): Wörterbuch zur Politik. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart

Schnitzer, K. (2005): Von Bologna nach Bergen. In Leszczensky M./ Wolter A. (2005): Bologna Prozess im Spiegel - Der HIS-Hochschulforschung. Hannover

Scholte, J.A. (2002): What is Globalisation? The Definitional Issue – Again, CSGR Working Paper 109/02, University of Warwick: Centre for the Study of Globalisation and Regionalisation. In Robertson et al. (2007:9): GLOBALIZATION; EDUCATION AND DEVELOPMENT: Ideas, Actors and Dynamics.

Seyr, B. (2002): Governance im Hochschulwesen: Bildungspolitik des postsekundären Sektors in Europa, Prüfungsanerkennung an österreichischen Universitäten. Wien/Graz: Neuer Wiss. Verl. 2002

Sorbonne-Erklärung (1998): Sorbonne Joint Declaration. Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung Paris, Sorbonne, dem 25. Mai 1998. Online:

http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Sorbonne_declaration.pdf (05.04.2008)

Stiebitzhofer, E. (2004): Wirkungen der Globalisierung auf Politikfelder, 2004. Dipl. Universität Wien.

Student Göteborg Declaration (2001). Göteborg. Online:
<http://www.esib.org/index.php/documents/statements/396-student-goetborg-declaration>
(01.02.2009)

Teichler, U. (2001): Changes of ERASMUS Under the Umbrella of SOCRATES. In: Journal of Studies in International Education. Vol. 5 No. 3, S. 201-227. In Rotter, C. (2005); Internationalisierung von Studiengängen: Typen – Praxis – Empirische Befunde, Dissertation. Bochum.

Teichler U. (2005): “Quantitative und strukturelle Entwicklungen des Hochschulwesens”. Hochschullandschaft im Wandel.: 8-24. Online:
<http://www.beltz.de/leseprobe/3-407-41151-0les.pdf> (11.01.2009)

Teichler, U. (2007): Die Internationalisierung der Hochschulen: Neue Herausforderungen und Strategien. Campus Verlag, Frankfurt/ New York.

The Case of France“. In: Journal of Common Market Studies. Heft 1. S. 69-88. In Lesch, B. (2006); Europäisierung und Liberalisierung des deutschen Strommarktes - Eine Analyse der Anpassungsstrategien politischer und wirtschaftlicher Akteure. Lebach.

Trends III Report: (2003): Progress towards the European Higher Education Area. Von Sybille Reichert and Christian Tauch. Online: http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Trends_III_neu.pdf (05.12.2008)

Turkish Higher Education Council (YÖK) - Bologna Process Turkey (o J): Bologna Action Lines. Online: <http://www.bologna.gov.tr/documents/files/ActionLines.doc> (16.01.2009)

Wächter, B. / Reichert, S. (2000): The Globalisation of Education and Training: Recommendations for a Coherent Response of the European Union. Academic Cooperation Association (ACA) - European Commission. Online: <http://ec.europa.eu/education/programmes/eu-usa/global.pdf> (29.06.2008)

Wächter, B., ed. (1999): Internationalisation in Higher Education - A Paper and Seven Essays on International Cooperation in the Tertiary Sector (Bonn, Lemmens, ACA Papers on International Cooperation in Education.). In Wächter, B. / Reichert, S. (2000): The Globalisation of Education and Training: Recommendations for a Coherent Response of the European Union. Academic Cooperation Association (ACA) - European Commission.

Yalçın, G. (2005): Die Türkei als ungleiche Partnerin im Europäischen Hochschulraum. Diss. Kassel. Online: kobra.bibliothek.uni-kassel.de/dspace/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-200602226958/1/dis-guel-end.pdf

Zgaga Report (2003): BOLOGNA PROCESS BETWEEN PRAGUE AND BERLIN. Report to the Ministers of Education of the signatory countries. Berlin, September 2003. General Rapporteur: Pavel Zgaga. Online: <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Zgaga.pdf>

6. Anhänge

6.1. MAGNA CHARTA UNIVERSITATUM

Bologna, Italy September 18, 1988

PREAMBLE

The Rectors of European Universities, gathered in Bologna for the ninth centenary of the oldest University in Europe, four years before the definitive abolition of boundaries between the countries of the European Community; looking forward to far-reaching co-operation between all European nations and believing that peoples and States should become more than ever aware of the part that universities will be called upon to play in a changing and increasingly international society, Consider:

1) that at the approaching end of this millenium the future of mankind depends, largely on cultural, scientific and technical development; and that this is built up in centres of culture, knowledge and research as represented by true universities;

2) that the universities' task of spreading knowledge among the younger generations implies that, in today's world, they must also serve society as a whole; and that the cultural, social and economic future of society requires, in particular, a considerable investment in continuing education;

3) that universities must give future generations education and training that will teach them, and through them others, to respect the great harmonies of their natural environment and of life itself The undersigned Rectors of European universities proclaim to all States and to the conscience of all nations the fundamental principles which must, now and always, support the vocation of universities.

FUNDAMENTAL PRINCIPLES

1. The university is an autonomous institution at the heart of societies differently organized because of geography and historical heritage; it produces, examines, appraises and hands down culture by research and teaching. To meet the needs of the world around it, its research and teaching must be morally and intellectually independent of all political authority and intellectually independent of all political authority and economic power.

2. Teaching and research in universities must be inseparable if their tuition is not to lag behind changing needs, the demands of society, and advances in scientific knowledge.

3. Freedom in research and training is the fundamental principle of university life, and governments and universities, each as far as in them lies, must ensure respect for this fundamental requirement. Rejecting intolerance and always open to dialogue, the university is an ideal meeting-ground for teachers capable of imparting their knowledge

and well equipped to develop it by research and innovation and students entitled, able and willing to enrich their minds with that knowledge.

4. A university is the trustee of the European humanist tradition; its constant care is to attain universal knowledge; to fulfill its vocation it transcends geographical and political frontiers, and affirms the vital need for different cultures to know and influence each other.

THE MEANS

To attain these goals by following such principles calls for effective means, suitable to present conditions.

1. To preserve freedom in research and teaching, the instruments appropriate to realize that freedom must be made available to all members of the university community.

2. Recruitment of teachers, and regulation of their status, must obey the principle that research is inseparable from teaching.

3. Each university must -with due allowance for particular circumstances - ensure that its students' freedoms are safeguarded and that they enjoy conditions in which they can acquire the culture and training which it is their purpose to possess.

4. Universities -particularly in Europe - regard the mutual exchange of information and documentation, and frequent joint projects for the advancement of learning, as essential to the steady progress of knowledge. Therefore, as in the earliest years of their history, they encourage mobility among teachers and students; furthermore, they consider a general policy of equivalent status, titles, examinations (without prejudice to national diplomas) and award of scholarships essential to the fulfillment of their mission in the conditions prevailing today.

The Rectors, on behalf of their Universities, undertake to do everything in their power to encourage each State, as well as the supranational organizations concerned, to mould their policy sedulously on this Magna Charta, which expresses the universities' unanimous desire freely determined and declared.

6.2. SORBONNE JOINT DECLARATION

JOINT DECLARATION on HARMONISATION of the ARCHITECTURE of the EUROPEAN HIGHER EDUCATION SYSTEM

By the four Ministers in charge for France, Germany, Italy and the United Kingdom

Paris, the Sorbonne, May 25 1998

The European process has very recently moved some extremely important steps ahead. Relevant as they are, they should not make one forget that Europe is not only that of the Euro, of the banks and the economy: it must be a Europe of knowledge as well. We must strengthen and build upon the intellectual, cultural, social and technical dimensions of our continent. These have to a large extent been shaped by its universities, which continue to play a pivotal role for their development.

Universities were born in Europe, some three-quarters of a millenium ago. Our four countries boast some of the oldest, who are celebrating important anniversaries around now, as the University of Paris is doing today. In those times, students and academics would freely circulate and rapidly disseminate knowledge throughout the continent. Nowadays, too many of our students still graduate without having had the benefit of a study period outside of national boundaries.

We are heading for a period of major change in education and working conditions, to a diversification of courses of professional careers with education and training throughout life becoming a clear obligation. We owe our students, and our society at large, a higher education system in which they are given the best opportunities to seek and find their own area of excellence.

An open European area for higher learning carries a wealth of positive perspectives, of course respecting our diversities, but requires on the other hand continuous efforts to remove barriers and to develop a framework for teaching and learning, which would enhance mobility and an ever closer cooperation.

The international recognition and attractive potential of our systems are directly related to their external and internal readabilities. A system, in which two main cycles, undergraduate and graduate, should be recognized for international comparison and equivalence, seems to emerge.

Much of the originality and flexibility in this system will be achieved through the use of credits (such as in the ECTS scheme) and semesters. This will allow for validation of these acquired credits for those who choose initial or continued education in different European universities and wish to be able to acquire degrees in due time throughout life. Indeed, students should be able to enter the academic world at any time in their professional life and from diverse backgrounds.

Undergraduates should have access to a diversity of programmes, including opportunities for multidisciplinary studies, development of a proficiency in languages and the ability to use new information technologies.

International recognition of the first cycle degree as an appropriate level of qualification is important for the success of this endeavour, in which we wish to make our higher education schemes clear to all.

In the graduate cycle there would be a choice between a shorter master's degree and a longer doctor's degree, with possibilities to transfer from one to the other. In both graduate degrees, appropriate emphasis would be placed on research and autonomous work.

At both undergraduate and graduate level, students would be encouraged to spend at least one semester in universities outside their own country. At the same time, more teaching and research staff should be working in European countries other than their own. The fast growing support of the European Union, for the mobility of students and teachers should be employed to the full.

Most countries, not only within Europe, have become fully conscious of the need to foster such evolution. The conferences of European rectors, University presidents, and groups of experts and academics in our respective countries have engaged in widespread thinking along these lines.

A convention, recognising higher education qualifications in the academic field within Europe, was agreed on last year in Lisbon. The convention set a number of basic requirements and acknowledged that individual countries could engage in an even more constructive scheme. Standing by these conclusions, one can build on them and go further. There is already much common ground for the mutual recognition of higher education degrees for professional purposes through the respective directives of the European Union.

Our governments, nevertheless, continue to have a significant role to play to these ends, by encouraging ways in which acquired knowledge can be validated and respective degrees can be better recognised. We expect this to promote further inter-university agreements. Progressive harmonisation of the overall framework of our degrees and cycles can be achieved through strengthening of already existing experience, joint diplomas, pilot initiatives, and dialogue with all concerned.

We hereby commit ourselves to encouraging a common frame of reference, aimed at improving external recognition and facilitating student mobility as well as employability. The anniversary of the University of Paris, today here in the Sorbonne, offers us a solemn opportunity to engage in the endeavour to create a European area of higher education, where national identities and common interests can interact and strengthen each other for the benefit of Europe, of its students, and more generally of its citizens. We call on other Member States of the Union and other European countries to join us in this objective and on all European Universities to consolidate Europe's standing in the world through continuously improved and updated education for its citizens.

6.3. THE BOLOGNA DECLARATION OF 19 JUNE 1999

Joint declaration of the European Ministers of Education

The European process, thanks to the extraordinary achievements of the last few years, has become an increasingly concrete and relevant reality for the Union and its citizens. Enlargement prospects together with deepening relations with other European countries, provide even wider dimensions to that reality. Meanwhile, we are witnessing a growing awareness in large parts of the political and academic world and in public opinion of the need to establish a more complete and far-reaching Europe, in particular building upon and strengthening its intellectual, cultural, social and scientific and technological dimensions.

A Europe of Knowledge is now widely recognised as an irreplaceable factor for social and human growth and as an indispensable component to consolidate and enrich the European citizenship, capable of giving its citizens the necessary competences to face the challenges of the new millennium, together with an awareness of shared values and belonging to a common social and cultural space.

The importance of education and educational co-operation in the development and strengthening of stable, peaceful and democratic societies is universally acknowledged as paramount, the more so in view of the situation in South East Europe.

The Sorbonne declaration of 25th of May 1998, which was underpinned by these considerations, stressed the Universities' central role in developing European cultural dimensions. It emphasised the creation of the European area of higher education as a key way to promote citizens' mobility and employability and the Continent's overall development.

Several European countries have accepted the invitation to commit themselves to achieving the objectives set out in the declaration, by signing it or expressing their agreement in principle. The direction taken by several higher education reforms launched in the meantime in Europe has proved many Governments' determination to act.

European higher education institutions, for their part, have accepted the challenge and taken up a main role in constructing the European area of higher education, also in the wake of the fundamental principles laid down in the Bologna Magna Charta Universitatum of 1988. This is of the highest importance, given that Universities' independence and autonomy ensure that higher education and research systems continuously adapt to changing needs, society's demands and advances in scientific knowledge.

The course has been set in the right direction and with meaningful purpose. The achievement of greater compatibility and comparability of the systems of higher education nevertheless requires continual momentum in order to be fully accomplished. We need to support it through promoting concrete measures to achieve tangible forward steps. The 18th June meeting saw participation by authoritative experts and scholars from all our countries and provides us with very useful suggestions on the initiatives to be taken.

We must in particular look at the objective of increasing the international competitiveness of the European system of higher education. The vitality and efficiency of any civilisation can be measured by the appeal that its culture has for other countries. We need to ensure that the European higher education system acquires a world-wide degree of attraction equal to our extraordinary cultural and scientific traditions.

While affirming our support to the general principles laid down in the Sorbonne declaration, we engage in co-ordinating our policies to reach in the short term, and in any case within the first decade of the third millennium, the following objectives, which we consider to be of primary relevance in order to establish the European area of higher education and to promote the European system of higher education world-wide:

Adoption of a system of easily readable and comparable degrees, also through the implementation of the Diploma Supplement, in order to promote European citizens employability and the international competitiveness of the European higher education system

Adoption of a system essentially based on two main cycles, undergraduate and graduate. Access to the second cycle shall require successful completion of first cycle studies, lasting a minimum of three years. The degree awarded after the first cycle shall also be relevant to the European labour market as an appropriate level of qualification. The second cycle should lead to the master and/or doctorate degree as in many European countries.

Establishment of a system of credits - such as in the ECTS system - as a proper means of promoting the most widespread student mobility. Credits could also be acquired in non-higher education contexts, including lifelong learning, provided they are recognised by receiving Universities concerned.

Promotion of mobility by overcoming obstacles to the effective exercise of free movement with particular attention to:

- for students, access to study and training opportunities and to related services
- for teachers, researchers and administrative staff, recognition and valorisation of periods spent in a European context researching, teaching and training, without prejudicing their statutory rights.

Promotion of European co-operation in quality assurance with a view to developing comparable criteria and methodologies.

Promotion of the necessary European dimensions in higher education, particularly with regards to curricular development, inter-institutional co-operation, mobility schemes and integrated programmes of study, training and research.

We hereby undertake to attain these objectives - within the framework of our institutional competences and taking full respect of the diversity of cultures, languages, national education systems and of University autonomy - to consolidate the European area of higher education. To that end, we will pursue the ways of intergovernmental co-operation,

together with those of non governmental European organisations with competence on higher education. We expect Universities again to respond promptly and positively and to contribute actively to the success of our endeavour.

Convinced that the establishment of the European area of higher education requires constant support, supervision and adaptation to the continuously evolving needs, we decide to meet again within two years in order to assess the progress achieved and the new steps to be taken.

6.4. BOTSCHAFT VON SALAMANCA (2001)

Shaping the European Higher Education Area

Over 300 European higher education institutions and their main representative organisations, gathered in Salamanca on 29-30 March 2001 to prepare their input to the Prague meeting of the Ministers in charge of higher education in the countries involved in the Bologna process, have agreed on the following goals, principles and priorities.

Shaping the future

European higher education institutions reaffirm their support to the principles of the Bologna Declaration and their commitment to the creation of the European Higher Education Area by the end of the decade. They see the establishing of the European University Association (EUA) in Salamanca as of symbolic and practical value to convey their voice more effectively to governments and society and thus to support them in shaping their own future in the European Higher Education Area.

1. PRINCIPLES

AUTONOMY WITH ACCOUNTABILITY

Progress requires that European universities be empowered to act in line with the guiding principle of autonomy with accountability. As autonomous and responsible legal, educational and social entities, they confirm their adhesion to the principles of the Magna Charta Universitatum of 1988 and, in particular, academic freedom. Thus, universities have to be able to shape their strategy, choose their priorities in teaching and research, allocate their resources, profile their curricula and set their criteria for the acceptance of professors and students. European higher education institutions accept the challenges of operating in a competitive environment at home, in Europe and in the world, but to do so they need the necessary managerial freedom, less rigid regulatory frameworks and fair financing or they will be placed at a disadvantage in co-operation and competition. The dynamics needed for the completion of the European Higher Education Area will remain unfulfilled or will result in unequal competition, if the current over-regulation and minute administrative and financial control of higher education in many countries is upheld. Competition serves quality in higher education, is not exclusive of co-operation and cannot be reduced to a commercial concept. Universities in some countries in Europe are not yet in a position to compete on equal terms and are in particular faced with unwanted brain drain within Europe.

EDUCATION AS A PUBLIC RESPONSIBILITY

The European Higher Education Area must be built on the European traditions of education as a public responsibility; of broad and open access to undergraduate as well as graduate studies; of education for personal development; and of citizenship as well as of short and long-term social relevance.

RESEARCH-BASED HIGHER EDUCATION

As research is a driving force of higher education, the creation of the European Higher Education Area must go hand in hand with that of the European Research Area.

ORGANISING DIVERSITY

European higher education is characterised by its diversity in terms of languages, national systems, institutional types and profiles and curricular orientation. At the same time its future depends on its ability to organise this valuable diversity to effectively produce positive outcomes rather than difficulties and flexibility rather than opacity. Higher education institutions wish to build on convergence - in particular on common denominators shared across borders in a given subject area - and to deal with diversity as assets, rather than as reasons for non-recognition or exclusion. They are committed to creating sufficient self-regulation to ensure the minimum level of cohesion needed to avoid that their efforts towards compatibility are undermined by too much variance in the definition and implementation of credits, main degree categories and quality criteria.

2. KEY ISSUES

QUALITY AS A FUNDAMENTAL BUILDING STONE

The European Higher Education Area needs to build on academic core values while meeting stakeholders' expectations, i.e., demonstrating quality. Indeed, quality assessment must take into consideration the goals and mission of institutions and programmes. It requires a balance between innovation and tradition, academic excellence and social/economic relevance, the coherence of curricula and students' freedom of choice. It encompasses teaching and research as well as governance and administration, responsiveness to students' needs and the provision of non-educational services. Inherent quality does not suffice, it needs to be demonstrated and guaranteed in order to be acknowledged and trusted by students, partners and society at home, in Europe and in the world. Quality is the basic underlying condition for trust, relevance, mobility, compatibility and attractiveness in the European Higher Education Area.

Trust building

As research evaluation has an international dimension so does quality assurance in higher education. In Europe, quality assurance should not be based on a single agency enforcing a common set of standards. The way into the future will be to design mechanisms at European level for the mutual acceptance of quality assurance outcomes, with "accreditation" as one possible option. Such mechanisms should respect national, linguistic and discipline differences and not overload universities.

Relevance

Relevance to the European labour market needs to be reflected in different ways in curricula, depending on whether the competencies acquired are for employment after the first or the second degree. Employability in a lifelong learning perspective is best served through the inherent value of quality education, the diversity of approaches and course

profiles, the flexibility of programmes with multiple entry and exit points and the development of transversal skills and competencies such as communication and languages, ability to mobilise knowledge, problem solving, team work and social processes.

Mobility

The free mobility of students, staff and graduates is an essential dimension of the European Higher Education Area. European universities want to foster more mobility-both of the "horizontal" and the "vertical" type - and do not see virtual mobility as a substitute to physical mobility. They are willing to use existing instruments for recognition and mobility (ECTS, Lisbon Convention, Diploma Supplement, NARIC/ENIC network) in a positive and flexible way. In view of the importance of teaching staff with European experience, universities wish to eliminate nationality requirements and other obstacles and disincentives for academic careers in Europe. However, a common European approach to virtual mobility and transnational education is also needed.

Compatible qualifications at the undergraduate and graduate levels

Higher education institutions endorse the move towards a compatible qualification framework based on a main articulation in undergraduate and postgraduate studies. There is broad agreement that first degrees should require 180 to 240 ECTS points but need to be diverse leading to employment or mainly preparing for further, postgraduate studies. Under certain circumstances a university may decide to establish an integrated curriculum leading directly to a Master-level degree. Subject-based networks have an important role to play to inform such decisions. Universities are convinced of the benefits of a credit accumulation and transfer system based on ECTS and on their basic right to decide on the acceptability of credits obtained elsewhere.

Attractiveness

European higher education institutions want to be in a position to attract talent from all over the world. This requires action at the institutional, national and European level. Specific measures include the adaptation of curricula, degrees readable inside and outside Europe, credible quality assurance measures, programmes taught in major world languages, adequate information and marketing, welcoming services for foreign students and scholars, and strategic networking. Success also depends on the speedy removal of prohibitive immigration and labour market regulations.

European higher education institutions recognise that their students need and demand qualifications which they can effectively use for the purpose of study and career all over Europe. The institutions and their networks and organisations acknowledge their role and responsibility in this regard and confirm their willingness to organise themselves accordingly within the framework of autonomy.

Higher education institutions call on governments, in their national and European contexts, to facilitate and encourage change and to provide a framework for coordination and guidance towards convergence, and affirm their capacity and willingness to initiate and support progress within a joint endeavour

- to redefine higher education and research for the whole of Europe;
- to reform and rejuvenate curricula and higher education as a whole;
- to enhance and build on the research dimension in higher education;
- to adopt mutually acceptable mechanisms for the evaluation, assurance and certification of quality;
- to build on common denominators with a European dimension and ensure

compatibility between diverse institutions, curricula and degrees;

- to promote the mobility of students and staff and the employability of graduates in Europe;
- to support the modernisation efforts of universities in countries where the

challenges of the European Higher Education Area are greatest;

- to meet the challenges of being readable, attractive and competitive at home, in Europe and in the world; and
- to keep considering higher education as an essential public responsibility.

6.5. TOWARDS THE EUROPEAN HIGHER EDUCATION AREA

Communiqué of the meeting of European Ministers in charge of Higher Education in Prague on May 19th 2001

Two years after signing the Bologna Declaration and three years after the Sorbonne Declaration, European Ministers in charge of higher education, representing 32 signatories, met in Prague in order to review the progress achieved and to set directions and priorities for the coming years of the process. Ministers reaffirmed their commitment to the objective of establishing the European Higher Education Area by 2010. The choice of Prague to hold this meeting is a symbol of their will to involve the whole of Europe in the process in the light of enlargement of the European Union.

Ministers welcomed and reviewed the report "Furthering the Bologna Process" commissioned by the follow-up group and found that the goals laid down in the Bologna Declaration have been widely accepted and used as a base for the development of higher education by most signatories as well as by universities and other higher education institutions. Ministers reaffirmed that efforts to promote mobility must be continued to enable students, teachers, researchers and administrative staff to benefit from the richness of the European Higher Education Area including its democratic values, diversity of cultures and languages and the diversity of the higher education systems.

Ministers took note of the Convention of European higher education institutions held in Salamanca on 29-30 March and the recommendations of the Convention of European Students, held in Göteborg on 24-25 March, and appreciated the active involvement of the European University Association (EUA) and the National Unions of Students in Europe (ESIB) in the Bologna process. They further noted and appreciated the many other initiatives to take the process further. Ministers also took note of the constructive assistance of the European Commission.

Ministers observed that the activities recommended in the Declaration concerning degree structure have been intensely and widely dealt with in most countries. They especially appreciated how the work on quality assurance is moving forward. Ministers recognized the need to cooperate to address the challenges brought about by transnational education. They also recognized the need for a lifelong learning perspective on education.

FURTHER ACTIONS FOLLOWING THE SIX OBJECTIVES OF THE BOLOGNA PROCESS

As the Bologna Declaration sets out, Ministers asserted that building the European Higher Education Area is a condition for enhancing the attractiveness and competitiveness of higher education institutions in Europe. They supported the idea that higher education should be considered a public good and is and will remain a public responsibility (regulations etc.), and that students are full members of the higher education community. From this point of view Ministers commented on the further process as follows:

Adoption of a system of easily readable and comparable degrees

Ministers strongly encouraged universities and other higher education institutions to take full advantage of existing national legislation and European tools aimed at facilitating academic and professional recognition of course units, degrees and other awards, so that citizens can effectively use their qualifications, competencies and skills throughout the European Higher Education Area. Ministers called upon existing organisations and networks such as NARIC and ENIC to promote, at institutional, national and European level, simple, efficient and fair recognition reflecting the underlying diversity of qualifications.

Adoption of a system essentially based on two main cycles

Ministers noted with satisfaction that the objective of a degree structure based on two main cycles, articulating higher education in undergraduate and graduate studies, has been tackled and discussed. Some countries have already adopted this structure and several others are considering it with great interest. It is important to note that in many countries bachelor's and master's degrees, or comparable two cycle degrees, can be obtained at universities as well as at other higher education institutions. Programmes leading to a degree may, and indeed should, have different orientations and various profiles in order to accommodate a diversity of individual, academic and labour market needs as concluded at the Helsinki seminar on bachelor level degrees (February 2001).

Establishment of a system of credits

Ministers emphasized that for greater flexibility in learning and qualification processes the adoption of common cornerstones of qualifications, supported by a credit system such as the ECTS or one that is ECTS-compatible, providing both transferability and accumulation functions, is necessary. Together with mutually recognized quality assurance systems such arrangements will facilitate students' access to the European labour market and enhance the compatibility, attractiveness and competitiveness of European higher education. The generalized use of such a credit system and of the Diploma Supplement will foster progress in this direction.

Promotion of mobility

Ministers reaffirmed that the objective of improving the mobility of students, teachers, researchers and administrative staff as set out in the Bologna Declaration is of the utmost importance. Therefore, they confirmed their commitment to pursue the removal of all obstacles to the free movement of students, teachers, researchers and administrative staff and emphasized the social dimension of mobility. They took note of the possibilities for mobility offered by the European Community programmes and the progress achieved in this field, e.g. in launching the Mobility Action Plan endorsed by the European Council in Nice in 2000.

Promotion of European cooperation in quality assurance

Ministers recognized the vital role that quality assurance systems play in ensuring high quality standards and in facilitating the comparability of qualifications throughout Europe.

They also encouraged closer cooperation between recognition and quality assurance networks. They emphasized the necessity of close European cooperation and mutual trust in and acceptance of national quality assurance systems. Further they encouraged universities and other higher education institutions to disseminate examples of best practice and to design scenarios for mutual acceptance of evaluation and accreditation/certification mechanisms. Ministers called upon the universities and other higher education institutions, national agencies and the European Network of Quality Assurance in Higher Education (ENQA), in cooperation with corresponding bodies from countries which are not members of ENQA, to collaborate in establishing a common framework of reference and to disseminate best practice.

Promotion of the European dimensions in higher education

In order to further strengthen the important European dimensions of higher education and graduate employability Ministers called upon the higher education sector to increase the development of modules, courses and curricula at all levels with "European" content, orientation or organisation. This concerns particularly modules, courses and degree curricula offered in partnership by institutions from different countries and leading to a recognized joint degree.

FURTHERMORE MINISTERS EMPHASIZED THE FOLLOWING POINTS:

Lifelong learning

Lifelong learning is an essential element of the European Higher Education Area. In the future Europe, built upon a knowledge-based society and economy, lifelong learning strategies are necessary to face the challenges of competitiveness and the use of new technologies and to improve social cohesion, equal opportunities and the quality of life.

Higher education institutions and students

Ministers stressed that the involvement of universities and other higher education institutions and of students as competent, active and constructive partners in the establishment and shaping of a European Higher Education Area is needed and welcomed. The institutions have demonstrated the importance they attach to the creation of a compatible and efficient, yet diversified and adaptable European Higher Education Area. Ministers also pointed out that quality is the basic underlying condition for trust, relevance, mobility, compatibility and attractiveness in the European Higher Education Area. Ministers expressed their appreciation of the contributions toward developing study programmes combining academic quality with relevance to lasting employability and called for a continued proactive role of higher education institutions. Ministers affirmed that students should participate in and influence the organisation and content of education at universities and other higher education institutions. Ministers also reaffirmed the need, recalled by students, to take account of the social dimension in the Bologna process.

Promoting the attractiveness of the European Higher Education Area

Ministers agreed on the importance of enhancing attractiveness of European higher education to students from Europe and other parts of the world. The readability and comparability of European higher education degrees world-wide should be enhanced by the development of a common framework of qualifications, as well as by coherent quality assurance and accreditation/certification mechanisms and by increased information efforts. Ministers particularly stressed that the quality of higher education and research is and should be an important determinant of Europe's international attractiveness and competitiveness. Ministers agreed that more attention should be paid to the benefit of a European Higher Education Area with institutions and programmes with different profiles. They called for increased collaboration between the European countries concerning the possible implications and perspectives of transnational education.

CONTINUED FOLLOW-UP

Ministers committed themselves to continue their cooperation based on the objectives set out in the Bologna Declaration, building on the similarities and benefiting from the differences between cultures, languages and national systems, and drawing on all possibilities of intergovernmental cooperation and the ongoing dialogue with European universities and other higher education institutions and student organisations as well as the Community programmes.

Ministers welcomed new members to join the Bologna process after applications from Ministers representing countries for which the European Community programmes Socrates and Leonardo da Vinci or Tempus-Cards are open. They accepted applications from Croatia, Cyprus and Turkey.

Ministers decided that a new follow-up meeting will take place in the second half of 2003 in Berlin to review progress and set directions and priorities for the next stages of the process towards the European Higher Education Area. They confirmed the need for a structure for the follow-up work, consisting of a follow-up group and a preparatory group. The follow-up group should be composed of representatives of all signatories, new participants and the European Commission, and should be chaired by the EU Presidency at the time. The preparatory group should be composed of representatives of the countries hosting the previous ministerial meetings and the next ministerial meeting, two EU member states and two non-EU member states; these latter four representatives will be elected by the follow-up group. The EU Presidency at the time and the European Commission will also be part of the preparatory group. The preparatory group will be chaired by the representative of the country hosting the next ministerial meeting.

The European University Association, the European Association of Institutions in Higher Education (EURASHE), the National Unions of Students in Europe and the Council of Europe should be consulted in the follow-up work. In order to take the process further, Ministers encouraged the follow-up group to arrange seminars to explore the following areas: cooperation concerning accreditation and quality assurance, recognition issues and the use of credits in the Bologna process, the development of joint degrees, the social dimension, with specific attention to obstacles to mobility, and the enlargement of the Bologna process, lifelong learning and student involvement.

6.6. “Realising the European Higher Education Area”

Communiqué of the Conference of Ministers responsible for Higher Education in Berlin on 19 September 2003

Preamble

On 19 June 1999, one year after the Sorbonne Declaration, Ministers responsible for higher education from 29 European countries signed the Bologna Declaration. They agreed on important joint objectives for the development of a coherent and cohesive European Higher Education Area by 2010. In the first follow-up conference held in Prague on 19 May 2001, they increased the number of the objectives and reaffirmed their commitment to establish the European Higher Education Area by 2010. On 19 September 2003, Ministers responsible for higher education from 33 European countries met in Berlin in order to review the progress achieved and to set priorities and new objectives for the coming years, with a view to speeding up the realisation of the European Higher Education Area. They agreed on the following considerations, principles and priorities:

Ministers reaffirm the importance of the social dimension of the Bologna Process. The need to increase competitiveness must be balanced with the objective of improving the social characteristics of the European Higher Education Area, aiming at strengthening social cohesion and reducing social and gender inequalities both at national and at European level. In that context, Ministers reaffirm their position that higher education is a public good and a public responsibility. They emphasise that in international academic cooperation and exchanges, academic values should prevail.

Ministers take into due consideration the conclusions of the European Councils in Lisbon (2000) and Barcelona (2002) aimed at making Europe “the most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world, capable of sustainable economic growth with more and better jobs and greater social cohesion” and calling for further action and closer co-operation in the context of the Bologna Process.

Ministers take note of the Progress Report commissioned by the Follow-up Group on the development of the Bologna Process between Prague and Berlin. They also take note of the Trends-III Report prepared by the European University Association (EUA), as well as of the results of the seminars, which were organised as part of the work programme between Prague and Berlin by several member States and Higher Education Institutions, organisations and students. Ministers further note the National Reports, which are evidence of the considerable progress being made in the application of the principles of the Bologna Process. Finally, they take note of the messages from the European Commission and the Council of Europe and acknowledge their support for the implementation of the Process.

Ministers agree that efforts shall be undertaken in order to secure closer links overall between the higher education and research systems in their respective countries. The emerging European Higher Education Area will benefit from synergies with the European Research Area, thus strengthening the basis of the Europe of Knowledge. The aim is to preserve Europe’s cultural richness and linguistic diversity, based on its heritage of

diversified traditions, and to foster its potential of innovation and social and economic development through enhanced co-operation among European Higher Education Institutions.

Ministers recognise the fundamental role in the development of the European Higher Education Area played by Higher Education Institutions and student organisations. They take note of the message from the European University Association (EUA) arising from the Graz Convention of Higher Education Institutions, the contributions from the European Association of Institutions in Higher Education (EURASHE) and the communications from ESIB – The National Unions of Students in Europe.

Ministers welcome the interest shown by other regions of the world in the development of the European Higher Education Area, and welcome in particular the presence of representatives from European countries not yet party to the Bologna Process as well as from the Follow-up Committee of the European Union, Latin America and Caribbean (EULAC) Common Space for Higher Education as guests at this conference.

Progress

Ministers welcome the various initiatives undertaken since the Prague Higher Education Summit to move towards more comparability and compatibility, to make higher education systems more transparent and to enhance the quality of European higher education at institutional and national levels. They appreciate the co-operation and commitment of all partners - Higher Education Institutions, students and other stakeholders - to this effect.

Ministers emphasise the importance of all elements of the Bologna Process for establishing the European Higher Education Area and stress the need to intensify the efforts at institutional, national and European level. However, to give the Process further momentum, they commit themselves to intermediate priorities for the next two years. They will strengthen their efforts to promote effective quality assurance systems, to step up effective use of the system based on two cycles and to improve the recognition system of degrees and periods of studies.

Quality Assurance

The quality of higher education has proven to be at the heart of the setting up of a European Higher Education Area. Ministers commit themselves to supporting further development of quality assurance at institutional, national and European level. They stress the need to develop mutually shared criteria and methodologies on quality assurance.

They also stress that consistent with the principle of institutional autonomy, the primary responsibility for quality assurance in higher education lies with each institution itself and this provides the basis for real accountability of the academic system within the national quality framework.

Therefore, they agree that by 2005 national quality assurance systems should include:

- A definition of the responsibilities of the bodies and institutions involved.

- Evaluation of programmes or institutions, including internal assessment, external review, participation of students and the publication of results.
- A system of accreditation, certification or comparable procedures.
- International participation, co-operation and networking.

At the European level, Ministers call upon ENQA through its members, in co-operation with the EUA, EURASHE and ESIB, to develop an agreed set of standards, procedures and guidelines on quality assurance, to explore ways of ensuring an adequate peer review system for quality assurance and/or accreditation agencies or bodies, and to report back through the Follow-up Group to Ministers in 2005. Due account will be taken of the expertise of other quality assurance associations and networks.

Degree structure: Adoption of a system essentially based on two main cycles

Ministers are pleased to note that, following their commitment in the Bologna Declaration to the two-cycle system, a comprehensive restructuring of the European landscape of higher education is now under way. All Ministers commit themselves to having started the implementation of the two cycle system by 2005.

Ministers underline the importance of consolidating the progress made, and of improving understanding and acceptance of the new qualifications through reinforcing dialogue within institutions and between institutions and employers.

Ministers encourage the member States to elaborate a framework of comparable and compatible qualifications for their higher education systems, which should seek to describe qualifications in terms of workload, level, learning outcomes, competences and profile. They also undertake to elaborate an overarching framework of qualifications for the European Higher Education Area.

Within such frameworks, degrees should have different defined outcomes. First and second cycle degrees should have different orientations and various profiles in order to accommodate a diversity of individual, academic and labour market needs. First cycle degrees should give access, in the sense of the Lisbon Recognition Convention, to second cycle programmes. Second cycle degrees should give access to doctoral studies.

Ministers invite the Follow-up Group to explore whether and how shorter higher education may be linked to the first cycle of a qualifications framework for the European Higher Education Area.

Ministers stress their commitment to making higher education equally accessible to all, on the basis of capacity, by every appropriate means.

Promotion of mobility

Mobility of students and academic and administrative staff is the basis for establishing a European Higher Education Area. Ministers emphasise its importance for academic and cultural as well as political, social and economic spheres. They note with satisfaction that since their last meeting, mobility figures have increased, thanks also to the substantial

support of the European Union programmes, and agree to undertake the necessary steps to improve the quality and coverage of statistical data on student mobility.

They reaffirm their intention to make every effort to remove all obstacles to mobility within the European Higher Education Area. With a view to promoting student mobility, Ministers will take the necessary steps to enable the portability of national loans and grants.

Establishment of a system of credits

Ministers stress the important role played by the European Credit Transfer System (ECTS) in facilitating student mobility and international curriculum development. They note that ECTS is increasingly becoming a generalised basis for the national credit systems. They encourage further progress with the goal that the ECTS becomes not only a transfer but also an accumulation system, to be applied consistently as it develops within the emerging European Higher Education Area.

Recognition of degrees: Adoption of a system of easily readable and comparable degrees

Ministers underline the importance of the Lisbon Recognition Convention, which should be ratified by all countries participating in the Bologna Process, and call on the ENIC and NARIC networks along with the competent National Authorities to further the implementation of the Convention.

They set the objective that every student graduating as from 2005 should receive the Diploma Supplement automatically and free of charge. It should be issued in a widely spoken European language.

They appeal to institutions and employers to make full use of the Diploma Supplement, so as to take advantage of the improved transparency and flexibility of the higher education degree systems, for fostering employability and facilitating academic recognition for further studies.

Higher education institutions and students

Ministers welcome the commitment of Higher Education Institutions and students to the Bologna Process and recognise that it is ultimately the active participation of all partners in the Process that will ensure its long-term success.

Aware of the contribution strong institutions can make to economic and societal development, Ministers accept that institutions need to be empowered to take decisions on their internal organisation and administration. Ministers further call upon institutions to ensure that the reforms become fully integrated into core institutional functions and processes.

Ministers note the constructive participation of student organisations in the Bologna Process and underline the necessity to include the students continuously and at an early stage in further activities.

Students are full partners in higher education governance. Ministers note that national legal measures for ensuring student participation are largely in place throughout the European Higher Education Area. They also call on institutions and student organisations to identify ways of increasing actual student involvement in higher education governance.

Ministers stress the need for appropriate studying and living conditions for the students, so that they can successfully complete their studies within an appropriate period of time without obstacles related to their social and economic background. They also stress the need for more comparable data on the social and economic situation of students.

Promotion of the European dimension in higher education

Ministers note that, following their call in Prague, additional modules, courses and curricula with European content, orientation or organisation are being developed.

They note that initiatives have been taken by Higher Education Institutions in various European countries to pool their academic resources and cultural traditions in order to promote the development of integrated study programmes and joint degrees at first, second and third level.

Moreover, they stress the necessity of ensuring a substantial period of study abroad in joint degree programmes as well as proper provision for linguistic diversity and language learning, so that students may achieve their full potential for European identity, citizenship and employability.

Ministers agree to engage at the national level to remove legal obstacles to the establishment and recognition of such degrees and to actively support the development and adequate quality assurance of integrated curricula leading to joint degrees.

Promoting the attractiveness of the European Higher Education Area

Ministers agree that the attractiveness and openness of the European higher education should be reinforced. They confirm their readiness to further develop scholarship programmes for students from third countries.

Ministers declare that transnational exchanges in higher education should be governed on the basis of academic quality and academic values, and agree to work in all appropriate fora to that end. In all appropriate circumstances such fora should include the social and economic partners.

They encourage the co-operation with regions in other parts of the world by opening Bologna seminars and conferences to representatives of these regions.

Lifelong learning

Ministers underline the important contribution of higher education in making lifelong learning a reality. They are taking steps to align their national policies to realise this goal and urge Higher Education Institutions and all concerned to enhance the possibilities for

lifelong learning at higher education level including the recognition of prior learning. They emphasise that such action must be an integral part of higher education activity.

Ministers furthermore call those working on qualifications frameworks for the European Higher Education Area to encompass the wide range of flexible learning paths, opportunities and techniques and to make appropriate use of the ECTS credits.

They stress the need to improve opportunities for all citizens, in accordance with their aspirations and abilities, to follow the lifelong learning paths into and within higher education.

Additional Actions

European Higher Education Area and European Research Area – two pillars of the knowledge based society

Conscious of the need to promote closer links between the EHEA and the ERA in a Europe of Knowledge, and of the importance of research as an integral part of higher education across Europe, Ministers consider it necessary to go beyond the present focus on two main cycles of higher education to include the doctoral level as the third cycle in the Bologna Process. They emphasise the importance of research and research training and the promotion of interdisciplinarity in maintaining and improving the quality of higher education and in enhancing the competitiveness of European higher education more generally. Ministers call for increased mobility at the doctoral and postdoctoral levels and encourage the institutions concerned to increase their cooperation in doctoral studies and the training of young researchers.

Ministers will make the necessary effort to make European Higher Education Institutions an even more attractive and efficient partner. Therefore Ministers ask Higher Education Institutions to increase the role and relevance of research to technological, social and cultural evolution and to the needs of society.

Ministers understand that there are obstacles inhibiting the achievement of these goals and these cannot be resolved by Higher Education Institutions alone. It requires strong support, including financial, and appropriate decisions from national Governments and European Bodies.

Finally, Ministers state that networks at doctoral level should be given support to stimulate the development of excellence and to become one of the hallmarks of the European Higher Education Area.

Stocktaking

With a view to the goals set for 2010, it is expected that measures will be introduced to take stock of progress achieved in the Bologna Process. A mid-term stocktaking exercise would provide reliable information on how the Process is actually advancing and would offer the possibility to take corrective measures, if appropriate.

Ministers charge the Follow-up Group with organising a stocktaking process in time for their summit in 2005 and undertaking to prepare detailed reports on the progress and implementation of the intermediate priorities set for the next two years:

- quality assurance
- two-cycle system
- recognition of degrees and periods of studies

Participating countries will, furthermore, be prepared to allow access to the necessary information for research on higher education relating to the objectives of the Bologna Process. Access to data banks on ongoing research and research results shall be facilitated.

Further Follow-up

New members

Ministers consider it necessary to adapt the clause in the Prague Communiqué on applications for membership as follows:

Countries party to the European Cultural Convention shall be eligible for membership of the European Higher Education Area provided that they at the same time declare their willingness to pursue and implement the objectives of the Bologna Process in their own systems of higher education. Their applications should contain information on how they will implement the principles and objectives of the declaration.

Ministers decide to accept the requests for membership of Albania, Andorra, Bosnia and Herzegovina, Holy See, Russia, Serbia and Montenegro, “the Former Yugoslav Republic of Macedonia” and to welcome these states as new members thus expanding the process to 40 European Countries.

Ministers recognise that membership of the Bologna Process implies substantial change and reform for all signatory countries. They agree to support the new signatory countries in those changes and reforms, incorporating them within the mutual discussions and assistance, which the Bologna Process involves.

Follow-up structure

Ministers entrust the implementation of all the issues covered in the Communiqué, the overall steering of the Bologna Process and the preparation of the next ministerial meeting to a Follow-up Group, which shall be composed of the representatives of all members of the Bologna Process and the European Commission, with the Council of Europe, the EUA, EURASHE, ESIB and UNESCO/CEPES as consultative members. This group, which should be convened at least twice a year, shall be chaired by the EU Presidency, with the host country of the next Ministerial Conference as vice-chair.

A Board also chaired by the EU Presidency shall oversee the work between the meetings of the Follow-up Group. The Board will be composed of the chair, the next host country as vice-chair, the preceding and the following EU Presidencies, three participating countries elected by the Follow-up Group for one year, the European Commission and, as

consultative members, the Council of Europe, the EUA, EURASHE and ESIB. The Follow-up Group as well as the Board may convene ad hoc working groups as they deem necessary.

6.7. „The European Higher Education Area - Achieving the Goals“

Communiqué of the Conference of European Ministers Responsible for Higher Education, Bergen, 19-20 May 2005

We, Ministers responsible for higher education in the participating countries of the Bologna Process, have met for a mid-term review and for setting goals and priorities towards 2010. At this conference, we have welcomed Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova and Ukraine as new participating countries in the Bologna Process. We all share the common understanding of the principles, objectives and commitments of the Process as expressed in the Bologna Declaration and in the subsequent communiqués from the Ministerial Conferences in Prague and Berlin. We confirm our commitment to coordinating our policies through the Bologna Process to establish the European Higher Education Area (EHEA) by 2010, and we commit ourselves to assisting the new participating countries to implement the goals of the Process.

I. Partnership

We underline the central role of higher education institutions, their staff and students as partners in the Bologna Process. Their role in the implementation of the Process becomes all the more important now that the necessary legislative reforms are largely in place, and we encourage them to continue and intensify their efforts to establish the EHEA. We welcome the clear commitment of higher education institutions across Europe to the Process, and we recognise that time is needed to optimise the impact of structural change on curricula and thus to ensure the introduction of the innovative teaching and learning processes that Europe needs.

We welcome the support of organisations representing business and the social partners and look forward to intensified cooperation in reaching the goals of the Bologna Process. We further welcome the contributions of the international institutions and organisations that are partners to the Process.

II. Taking stock

We take note of the significant progress made towards our goals, as set out in the General Report 2003-2005 from the Follow-up Group, in EUA's Trends IV report, and in ESIB's report Bologna with Student Eyes.

At our meeting in Berlin, we asked the Follow-up Group for a mid-term stocktaking, focusing on three priorities – the degree system, quality assurance and the recognition of degrees and periods of study. From the stocktaking report we note that substantial progress has been made in these three priority areas. It will be important to ensure that progress is consistent across all participating countries. We therefore see a need for greater sharing of expertise to build capacity at both institutional and governmental level.

The degree system

We note with satisfaction that the two-cycle degree system is being implemented on a large scale, with more than half of the students being enrolled in it in most countries. However, there are still some obstacles to access between cycles. Furthermore, there is a need for greater dialogue, involving Governments, institutions and social partners, to increase the employability of graduates with bachelor qualifications, including in appropriate posts within the public service.

We adopt the overarching framework for qualifications in the EHEA, comprising three cycles (including, within national contexts, the possibility of intermediate qualifications), generic descriptors for each cycle based on learning outcomes and competences, and credit ranges in the first and second cycles. We commit ourselves to elaborating national frameworks for qualifications compatible with the overarching framework for qualifications in the EHEA by 2010, and to having started work on this by 2007. We ask the Follow-up Group to report on the implementation and further development of the overarching framework.

We underline the importance of ensuring complementarity between the overarching framework for the EHEA and the proposed broader framework for qualifications for lifelong learning encompassing general education as well as vocational education and training as now being developed within the European Union as well as among participating countries. We ask the European Commission fully to consult all parties to the Bologna Process as work progresses.

Quality assurance

Almost all countries have made provision for a quality assurance system based on the criteria set out in the Berlin Communiqué and with a high degree of cooperation and networking. However, there is still progress to be made, in particular as regards student involvement and international cooperation. Furthermore, we urge higher education institutions to continue their efforts to enhance the quality of their activities through the systematic introduction of internal mechanisms and their direct correlation to external quality assurance.

We adopt the standards and guidelines for quality assurance in the European Higher Education Area as proposed by ENQA. We commit ourselves to introducing the proposed model for peer review of quality assurance agencies on a national basis, while respecting the commonly accepted guidelines and criteria. We welcome the principle of a European register of quality assurance agencies based on national review. We ask that the practicalities of implementation be further developed by ENQA in cooperation with EUA, EURASHE and ESIB with a report back to us through the Follow-up Group. We underline the importance of cooperation between nationally recognised agencies with a view to enhancing the mutual recognition of accreditation or quality assurance decisions.

Recognition of degrees and study periods

We note that 36 of the 45 participating countries have now ratified the Lisbon Recognition Convention. We urge those that have not already done so to ratify the Convention without delay. We commit ourselves to ensuring the full implementation of its principles, and to

incorporating them in national legislation as appropriate. We call on all participating countries to address recognition problems identified by the ENIC/NARIC networks. We will draw up national action plans to improve the quality of the process associated with the recognition of foreign qualifications. These plans will form part of each country's national report for the next Ministerial Conference. We express support for the subsidiary texts to the Lisbon Recognition Convention and call upon all national authorities and other stakeholders to recognise joint degrees awarded in two or more countries in the EHEA.

We see the development of national and European frameworks for qualifications as an opportunity to further embed lifelong learning in higher education. We will work with higher education institutions and others to improve recognition of prior learning including, where possible, non-formal and informal learning for access to, and as elements in, higher education programmes.

III. Further challenges and priorities

Higher education and research

We underline the importance of higher education in further enhancing research and the importance of research in underpinning higher education for the economic and cultural development of our societies and for social cohesion. We note that the efforts to introduce structural change and improve the quality of teaching should not detract from the effort to strengthen research and innovation. We therefore emphasise the importance of research and research training in maintaining and improving the quality of and enhancing the competitiveness and attractiveness of the EHEA. With a view to achieving better results we recognise the need to improve the synergy between the higher education sector and other research sectors throughout our respective countries and between the EHEA and the European Research Area.

To achieve these objectives, doctoral level qualifications need to be fully aligned with the EHEA overarching framework for qualifications using the outcomes-based approach. The core component of doctoral training is the advancement of knowledge through original research. Considering the need for structured doctoral programmes and the need for transparent supervision and assessment, we note that the normal workload of the third cycle in most countries would correspond to 3-4 years full time. We urge universities to ensure that their doctoral programmes promote interdisciplinary training and the development of transferable skills, thus meeting the needs of the wider employment market. We need to achieve an overall increase in the numbers of doctoral candidates taking up research careers within the EHEA. We consider participants in third cycle programmes both as students and as early stage researchers. We charge the Bologna Follow-up Group with inviting the European University Association, together with other interested partners, to prepare a report under the responsibility of the Follow-up Group on the further development of the basic principles for doctoral programmes, to be presented to Ministers in 2007. Overregulation of doctoral programmes must be avoided.

The social dimension

The social dimension of the Bologna Process is a constituent part of the EHEA and a necessary condition for the attractiveness and competitiveness of the EHEA. We therefore renew our commitment to making quality higher education equally accessible to all, and stress the need for appropriate conditions for students so that they can complete their studies without obstacles related to their social and economic background. The social dimension includes measures taken by governments to help students, especially from socially disadvantaged groups, in financial and economic aspects and to provide them with guidance and counselling services with a view to widening access.

Mobility

We recognise that mobility of students and staff among all participating countries remains one of the key objectives of the Bologna Process. Aware of the many remaining challenges to be overcome, we reconfirm our commitment to facilitate the portability of grants and loans where appropriate through joint action, with a view to making mobility within the EHEA a reality. We shall intensify our efforts to lift obstacles to mobility by facilitating the delivery of visa and work permits and by encouraging participation in mobility programmes. We urge institutions and students to make full use of mobility programmes, advocating full recognition of study periods abroad within such programmes.

The attractiveness of the EHEA and cooperation with other parts of the world

The European Higher Education Area must be open and should be attractive to other parts of the world. Our contribution to achieving education for all should be based on the principle of sustainable development and be in accordance with the ongoing international work on developing guidelines for quality provision of cross-border higher education. We reiterate that in international academic cooperation, academic values should prevail.

We see the European Higher Education Area as a partner of higher education systems in other regions of the world, stimulating balanced student and staff exchange and cooperation between higher education institutions. We underline the importance of intercultural understanding and respect. We look forward to enhancing the understanding of the Bologna Process in other continents by sharing our experiences of reform processes with neighbouring regions. We stress the need for dialogue on issues of mutual interest. We see the need to identify partner regions and intensify the exchange of ideas and experiences with those regions. We ask the Follow-up Group to elaborate and agree on a strategy for the external dimension.

IV. Taking stock on progress for 2007

We charge the Follow-up Group with continuing and widening the stocktaking process and reporting in time for the next Ministerial Conference. We expect stocktaking to be based on the appropriate methodology and to continue in the fields of the degree system, quality assurance and recognition of degrees and study periods, and by 2007 we will have largely completed the implementation of these three intermediate priorities.

In particular, we shall look for progress in:

- implementation of the standards and guidelines for quality assurance as proposed in the ENQA report;
- implementation of the national frameworks for qualifications;
- the awarding and recognition of joint degrees, including at the doctorate level;
- creating opportunities for flexible learning paths in higher education, including
- procedures for the recognition of prior learning.

We also charge the Follow-up Group with presenting comparable data on the mobility of staff and students as well as on the social and economic situation of students in participating countries as a basis for future stocktaking and reporting in time for the next Ministerial Conference. The future stocktaking will have to take into account the social dimension as defined above.

V. Preparing for 2010

Building on the achievements so far in the Bologna Process, we wish to establish a European Higher Education Area based on the principles of quality and transparency. We must cherish our rich heritage and cultural diversity in contributing to a knowledge-based society. We commit ourselves to upholding the principle of public responsibility for higher education in the context of complex modern societies. As higher education is situated at the crossroads of research, education and innovation, it is also the key to Europe's competitiveness. As we move closer to 2010, we undertake to ensure that higher education institutions enjoy the necessary autonomy to implement the agreed reforms, and we recognise the need for sustainable funding of institutions.

The European Higher Education Area is structured around three cycles, where each level has the function of preparing the student for the labour market, for further competence building and for active citizenship. The overarching framework for qualifications, the agreed set of European standards and guidelines for quality assurance and the recognition of degrees and periods of study are also key characteristics of the structure of the EHEA.

We endorse the follow-up structure set up in Berlin, with the inclusion of the Education International (EI) Pan-European Structure, the European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA), and the Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe (UNICE) as new consultative members of the Follow-up Group.

As the Bologna Process leads to the establishment of the EHEA, we have to consider the appropriate arrangements needed to support the continuing development beyond 2010, and we ask the Follow-up Group to explore these issues.

6.8. London Communiqué - 18 May 2007

Towards the European Higher Education Area: responding to challenges in a globalised world

1. Introduction

1.1 We, the Ministers responsible for Higher Education in the countries participating in the Bologna Process, have met in London to review progress made since we convened in Bergen in 2005.

1.2 Based on our agreed criteria for country membership, we welcome the Republic of Montenegro as a member of the Bologna Process.

1.3 Developments over the last two years have brought us a significant step closer to the realisation of the European Higher Education Area (EHEA). Building on our rich and diverse European cultural heritage, we are developing an EHEA based on institutional autonomy, academic freedom, equal opportunities and democratic principles that will facilitate mobility, increase employability and strengthen Europe's attractiveness and competitiveness. As we look ahead, we recognise that, in a changing world, there will be a continuing need to adapt our higher education systems, to ensure that the EHEA remains competitive and can respond effectively to the challenges of globalisation. In the short term, we appreciate that implementing the Bologna reforms is a significant task, and appreciate the continuing support and commitment of all partners in the process. We welcome the contribution of the working groups and seminars in helping to drive forward progress. We agree to continue to work together in partnership, assisting one another in our efforts and promoting the exchange of good practice.

1.4 We reaffirm our commitment to increasing the compatibility and comparability of our higher education systems, whilst at the same time respecting their diversity. We recognise the important influence higher education institutions (HEIs) exert on developing our societies, based on their traditions as centres of learning, research, creativity and knowledge transfer as well as their key role in defining and transmitting the values on which our societies are built. Our aim is to ensure that our HEIs have the necessary resources to continue to fulfil their full range of purposes. Those purposes include: preparing students for life as active citizens in a democratic society; preparing students for their future careers and enabling their personal development; creating and maintaining a broad, advanced knowledge base; and stimulating research and innovation.

1.5 We therefore underline the importance of strong institutions, which are diverse, adequately funded, autonomous and accountable. The principles of non-discrimination and equitable access should be respected and promoted throughout the EHEA. We commit to upholding these principles and to ensuring that neither students nor staff suffer discrimination of any kind.

2. Progress towards the EHEA

2.1 Our stocktaking report, along with EUA's Trends V report, ESIB's Bologna With Student Eyes and Eurydice's Focus on the Structure of Higher Education in Europe, confirms that there has been good overall progress in the last two years. There is an increasing awareness that a significant outcome of the process will be a move towards student-centred higher education and away from teacher driven provision. We will continue to support this important development. Mobility

2.2 Mobility of staff, students and graduates is one of the core elements of the Bologna Process, creating opportunities for personal growth, developing international cooperation between individuals and institutions, enhancing the quality of higher education and research, and giving substance to the European dimension.

2.3 Some progress has been made since 1999, but many challenges remain. Among the obstacles to mobility, issues relating to immigration, recognition, insufficient financial incentives and inflexible pension arrangements feature prominently. We recognise the responsibility of individual Governments to facilitate the delivery of visas, residence and work permits, as appropriate. Where these measures are outside our competence as Ministers for Higher Education, we undertake to work within our respective Governments for decisive progress in this area. At national level, we will work to implement fully the agreed recognition tools and procedures and consider ways of further incentivising mobility for both staff and students. This includes encouraging a significant increase in the number of joint programmes and the creation of flexible curricula, as well as urging our institutions to take greater responsibility for staff and student mobility, more equitably balanced between countries across the EHEA.

Degree structure

2.4 Good progress is being made at national and institutional levels towards our goal of an EHEA based on a three-cycle degree system. The number of students enrolled on courses in the first two-cycles has increased significantly and there has been a reduction in structural barriers between cycles. Similarly, there has been an increase in the number of structured doctoral programmes. We underline the importance of curricula reform leading to qualifications better suited both to the needs of the labour market and to further study. Efforts should concentrate in future on removing barriers to access and progression between cycles and on proper implementation of ECTS based on learning outcomes and student workload. We underline the importance of improving graduate employability, whilst noting that data gathering on this issue needs to be developed further.

Recognition

2.5 Fair recognition of higher education qualifications, periods of study and prior learning, including the recognition of non-formal and informal learning, are essential components of the EHEA, both internally and in a global context. Easily readable and comparable degrees and accessible information on educational systems and qualifications frameworks are prerequisites for citizens' mobility and ensuring the continuing attractiveness and competitiveness of the EHEA. While we are pleased that 38 members of the Bologna Process, including Montenegro, have now ratified the Council of Europe/UNESCO

Convention on the recognition of qualifications concerning Higher Education in the European region (Lisbon Recognition Convention), we urge the remaining members to do so as a matter of priority.

2.6 There has been progress in the implementation of the Lisbon Recognition Convention (LRC), ECTS and diploma supplements, but the range of national and institutional approaches to recognition needs to be more coherent. To improve recognition practices, we therefore ask the Bologna Follow-up Group (BFUG) to arrange for the ENIC/NARIC networks to analyse our national action plans and spread good practice.

Qualifications Frameworks

2.7 Qualifications frameworks are important instruments in achieving comparability and transparency within the EHEA and facilitating the movement of learners within, as well as between, higher education systems. They should also help HEIs to develop modules and study programmes based on learning outcomes and credits, and improve the recognition of qualifications as well as all forms of prior learning.

2.8 We note that some initial progress has been made towards the implementation of national qualifications frameworks, but that much more effort is required. We commit ourselves to fully implementing such national qualifications frameworks, certified against the overarching Framework for Qualifications of the EHEA, by 2010. Recognising that this is a challenging task, we ask the Council of Europe to support the sharing of experience in the elaboration of national qualifications frameworks. We emphasise that qualification frameworks should be designed so as to encourage greater mobility of students and teachers and improve employability.

2.9 We are satisfied that national qualifications frameworks compatible with the overarching Framework for Qualifications of the EHEA will also be compatible with the proposal from the European Commission on a European Qualifications Framework for Lifelong Learning.

2.10 We see the overarching Framework for Qualifications of the EHEA, which we agreed in Bergen, as a central element of the promotion of European higher education in a global context.

Lifelong Learning

2.11 The stocktaking report shows that some elements of flexible learning exist in most countries, but a more systematic development of flexible learning paths to support lifelong learning is at an early stage. We therefore ask BFUG to increase the sharing of good practice and to work towards a common understanding of the role of higher education in lifelong learning. Only in a small number of EHEA countries could the recognition of prior learning for access and credits be said to be well developed. Working in cooperation with ENIC/NARIC, we invite BFUG to develop proposals for improving the recognition of prior learning.

Quality Assurance and a European Register of Quality Assurance Agencies

2.12 The Standards and Guidelines for Quality Assurance in the EHEA adopted in Bergen (ESG) have been a powerful driver of change in relation to quality assurance. All countries have started to implement them and some have made substantial progress. External quality assurance in particular is much better developed than before. The extent of student involvement at all levels has increased since 2005, although improvement is still necessary. Since the main responsibility for quality lies with HEIs, they should continue to develop their systems of quality assurance. We acknowledge the progress made with regard to mutual recognition of accreditation and quality assurance decisions, and encourage continued international cooperation amongst quality assurance agencies.

2.13 The first European Quality Assurance Forum, jointly organised by EUA, ENQA, EURASHE and ESIB (the E4 Group) in 2006 provided an opportunity to discuss European developments in quality assurance. We encourage the four organisations to continue to organise European Quality Assurance Fora on an annual basis, to facilitate the sharing of good practice and ensure that quality in the EHEA continues to improve.

2.14 We thank the E4 Group for responding to our request to further develop the practicalities of setting up a Register of European Higher Education Quality Assurance Agencies. The purpose of the register is to allow all stakeholders and the general public open access to objective information about trustworthy quality assurance agencies that are working in line with the ESG. It will therefore enhance confidence in higher education in the EHEA and beyond, and facilitate the mutual recognition of quality assurance and accreditation decisions. We welcome the establishment of a register by the E4 group, working in partnership, based on their proposed operational model. The register will be voluntary, self-financing, independent and transparent. Applications for inclusion on the register should be evaluated on the basis of substantial compliance with the ESG, evidenced through an independent review process endorsed by national authorities, where this endorsement is required by those authorities. We ask the E4 group to report progress to us regularly through BFUG, and to ensure that after two years of operation, the register is evaluated externally, taking account of the views of all stakeholders.

Doctoral candidates

2.15 Closer alignment of the EHEA with the European Research Area (ERA) remains an important objective. We recognise the value of developing and maintaining a wide variety of doctoral programmes linked to the overarching qualifications framework for the EHEA, whilst avoiding overregulation. At the same time, we appreciate that enhancing provision in the third cycle and improving the status, career prospects and funding for early stage researchers are essential preconditions for meeting Europe's objectives of strengthening research capacity and improving the quality and competitiveness of European higher education.

2.16 We therefore invite our HEIs to reinforce their efforts to embed doctoral programmes in institutional strategies and policies, and to develop appropriate career paths and opportunities for doctoral candidates and early stage researchers.

2.17 We invite EUA to continue to support the sharing of experience among HEIs on the range of innovative doctoral programmes that are emerging across Europe as well as on other crucial issues such as transparent access arrangements, supervision and assessment procedures, the development of transferable skills and ways of enhancing employability. We will look for appropriate opportunities to encourage greater exchange of information on funding and other issues between our Governments as well as with other research funding bodies.

Social dimension

2.18 Higher education should play a strong role in fostering social cohesion, reducing inequalities and raising the level of knowledge, skills and competences in society. Policy should therefore aim to maximise the potential of individuals in terms of their personal development and their contribution to a sustainable and democratic knowledge-based society. We share the societal aspiration that the student body entering, participating in and completing higher education at all levels should reflect the diversity of our populations. We reaffirm the importance of students being able to complete their studies without obstacles related to their social and economic background. We therefore continue our efforts to provide adequate student services, create more flexible learning pathways into and within higher education, and to widen participation at all levels on the basis of equal opportunity.

The European Higher Education Area in a global context

2.19 We are pleased that in many parts of the world, the Bologna reforms have created considerable interest and stimulated discussion between European and international partners on a range of issues. These include the recognition of qualifications, the benefits of cooperation based upon partnership, mutual trust and understanding, and the underlying values of the Bologna Process. Moreover, we acknowledge that efforts have been made in some countries in other parts of the world to bring their higher education systems more closely into line with the Bologna framework.

2.20 We adopt the strategy "The European Higher Education Area in a Global Setting" and will take forward work in the core policy areas: improving information on, and promoting the attractiveness and competitiveness of the EHEA; strengthening cooperation based on partnership; intensifying policy dialogue; and improving recognition. This work ought to be seen in relation to the OECD/UNESCO Guidelines for Quality Provision in Cross-border Higher Education.

3. Priorities for 2009

3.1 Over the next two years, we agree to concentrate on completing agreed Action Lines, including the ongoing priorities of the three-cycle degree system, quality assurance and recognition of degrees and study periods. We will focus in particular on the following areas for action.

Mobility

3.2 In our national reports for 2009, we will report on action taken at national level to promote the mobility of students and staff, including measures for future evaluation. We will focus on the main national challenges identified in paragraph 2.3 above. We also agree to set up a network of national experts to share information, and help to identify and overcome obstacles to the portability of grants and loans.

Social Dimension

3.3 Similarly, we will report on our national strategies and policies for the social dimension, including action plans and measures to evaluate their effectiveness. We will invite all stakeholders to participate in, and support this work, at the national level.

Data collection

3.4 We recognise the need to improve the availability of data on both mobility and the social dimension across all the countries participating in the Bologna Process. We therefore ask the European Commission (Eurostat), in conjunction with Eurostudent, to develop comparable and reliable indicators and data to measure progress towards the overall objective for the social dimension and student and staff mobility in all Bologna countries. Data in this field should cover participative equity in higher education as well as employability for graduates. This task should be carried out in conjunction with BFUG and a report should be submitted to our 2009 Ministerial conference.

Employability

3.5 Following up on the introduction of the three-cycle degree system, we ask BFUG to consider in more detail how to improve employability in relation to each of these cycles as well as in the context of lifelong learning. This will involve the responsibilities of all stakeholders. Governments and HEIs will need to communicate more with employers and other stakeholders on the rationale for their reforms. We will work, as appropriate, within our governments to ensure that employment and career structures within the public service are fully compatible with the new degree system. We urge institutions to further develop partnerships and cooperation with employers in the ongoing process of curriculum innovation based on learning outcomes.

The European Higher Education Area in a global context

3.6 We ask BFUG to report back to us on overall developments in this area at the European, national and institutional levels by 2009. All stakeholders have a role here within their spheres of responsibility. In reporting on the implementation of the strategy for the EHEA in a global context, BFUG should in particular give consideration to two priorities. First, to improve the information available about the EHEA, by developing the Bologna Secretariat website and building on EUA's Bologna Handbook; and second, to improve recognition. We call on HEIs, ENIC/NARIC centres and other competent recognition authorities within the EHEA to assess qualifications from other parts of the world with the same open mind with which they would expect European qualifications to be assessed elsewhere, and to base this recognition on the principles of the LRC.

Stocktaking

3.7 We ask BFUG to continue the stocktaking process, based on national reports, in time for our 2009 Ministerial conference. We expect further development of the qualitative analysis in stocktaking, particularly in relation to mobility, the Bologna Process in a global context and the social dimension. The fields covered by stocktaking should continue to include the degree system and employability of graduates, recognition of degrees and study periods and implementation of all aspects of quality assurance in line with the ESG. With a view to the development of more student-centred, outcome-based learning, the next exercise should also address in an integrated way national qualifications frameworks, learning outcomes and credits, lifelong learning, and the recognition of prior learning.

4. Looking forward to 2010 and beyond

4.1 As the EHEA continues to develop and respond to the challenges of globalisation, we anticipate that the need for collaboration will continue beyond 2010.

4.2 We are determined to seize 2010, which will mark the passage from the Bologna Process to the EHEA, as an opportunity to reaffirm our commitment to higher education as a key element in making our societies sustainable, at national as well as at European level. We will take 2010 as an opportunity to reformulate the vision that motivated us in setting the Bologna Process in motion in 1999 and to make the case for an EHEA underpinned by values and visions that go beyond issues of structures and tools. We undertake to make 2010 an opportunity to reset our higher education systems on a course that looks beyond the immediate issues and makes them fit to take up the challenges that will determine our future.

4.3 We ask BFUG as a whole to consider further how the EHEA might develop after 2010 and to report back to the next ministerial meeting in 2009. This should include proposals for appropriate support structures, bearing in mind that the current informal collaborative arrangements are working well and have brought about unprecedented change.

4.4 Building on previous stocktaking exercises, Trends, and Bologna With Student Eyes, we invite BFUG to consider for 2010 the preparation of a report including an independent assessment, in partnership with the consultative members, evaluating the overall progress of the Bologna Process across the EHEA since 1999.

4.5 We delegate the decision on the nature, content and place of any Ministerial meeting in 2010 to BFUG, to be taken within the first half of 2008.

4.6 Our next meeting will be hosted by the Benelux countries in Leuven/Louvain-la-Neuve on 28-29 April 2009.

6.9. THE BOLOGNA PROCESS 2020 – The European Higher Education Area in the new decade

Communiqué of the Conference of European Ministers Responsible for Higher Education, Leuven and Louvain-la-Neuve, 28-29 April 2009

We, the Ministers responsible for higher education in the 46 countries of the Bologna Process convened in Leuven/Louvain-la-Neuve, Belgium, on April 28 and 29, 2009 to take stock of the achievements of the Bologna Process and to establish the priorities for the European Higher Education Area (EHEA) for the next decade.

Preamble

1. In the decade up to 2020 European higher education has a vital contribution to make in realising a Europe of knowledge that is highly creative and innovative. Faced with the challenge of an ageing population Europe can only succeed in this endeavour if it maximises the talents and capacities of all its citizens and fully engages in lifelong learning as well as in widening participation in higher education.

2. European higher education also faces the major challenge and the ensuing opportunities of globalisation and accelerated technological developments with new providers, new learners and new types of learning. Student-centred learning and mobility will help students develop the competences they need in a changing labour market and will empower them to become active and responsible citizens.

3. Our societies currently face the consequences of a global financial and economic crisis. In order to bring about sustainable economic recovery and development, a dynamic and flexible European higher education will strive for innovation on the basis of the integration between education and research at all levels. We recognise that higher education has a key role to play if we are to successfully meet the challenges we face and if we are to promote the cultural and social development of our societies. Therefore, we consider public investment in higher education of utmost priority.

4. We pledge our full commitment to the goals of the European Higher Education Area, which is an area where higher education is a public responsibility, and where all higher education institutions are responsive to the wider needs of society through the diversity of their missions. The aim is to ensure that higher education institutions have the necessary resources to continue to fulfil their full range of purposes such as preparing students for life as active citizens in a democratic society, preparing students for their future careers and enabling their personal development, creating and maintaining a broad, advanced knowledge base, and stimulating research and innovation. The necessary ongoing reform of higher education systems and policies will continue to be firmly embedded in the European values of institutional autonomy, academic freedom and social equity and will require full participation of students and staff.

I. Achievements and consolidation

5. Over the past decade we have developed the European Higher Education Area ensuring that it remains firmly rooted in Europe's intellectual, scientific and cultural heritage and ambitions and characterised by permanent cooperation between governments, higher education institutions, students, staff, employers and other stakeholders. The contribution from European institutions and organizations to the reform process has also been a significant one.

6. The Bologna Process is leading to greater compatibility and comparability of the systems of higher education and is making it easier for learners to be mobile and for institutions to attract students and scholars from other continents. Higher education is being modernized with the adoption of a three-cycle structure including, within national contexts, the possibility of intermediate qualifications linked to the first cycle, with the adoption of the European Standards and Guidelines for quality assurance, the creation of a European register for quality assurance agencies and the establishment of national qualifications frameworks linked to the overarching European Higher Education Area framework based on learning outcomes and workload. Moreover, the Bologna Process has promoted the Diploma Supplement and the European Credit Transfer and Accumulation System to further increase transparency and recognition.

7. The objectives set out by the Bologna Declaration and the policies developed in the subsequent years are still valid today. Since not all the objectives have been completely achieved, the full and proper implementation of these objectives at European, national and institutional level will require increased momentum and commitment beyond 2010.

II. Learning for the future: higher education priorities for the decade to come

8. Striving for excellence in all aspects of higher education we address the challenges of the new era. This requires a constant focus on quality. Moreover, upholding the highly valued diversity of our education systems, public policies will fully recognise the value of various missions of higher education, ranging from teaching and research to community service and engagement in social cohesion and cultural development. All students and staff of higher education institutions should be equipped to respond to the changing demands of the fast evolving society.

Social dimension: equitable access and completion

9. The student body within higher education should reflect the diversity of Europe's populations. We therefore emphasize the social characteristics of higher education and aim to provide equal opportunities to quality education. Access into higher education should be widened by fostering the potential of students from underrepresented groups and by providing adequate conditions for the completion of their studies. This involves improving the learning environment, removing all barriers to study, and creating the appropriate economic conditions for students to be able to benefit from the study opportunities at all levels. Each participating country will set measurable targets for widening overall participation and increasing participation of underrepresented groups in higher education to be reached by the end of the next decade. Efforts to achieve equity in higher education should be complemented by actions in other parts of the educational system.

Lifelong learning

10. Widening participation shall also be achieved through lifelong learning as an integral part of our education systems. Lifelong learning is subject to the principle of public responsibility. The accessibility, quality of provision and transparency of information shall be assured. Lifelong learning involves obtaining qualifications, extending knowledge and understanding, gaining new skills and competences or enriching personal growth. Lifelong learning implies that qualifications may be obtained through flexible learning paths, including part-time studies, as well as work-based routes.

11. The implementation of lifelong learning policies requires strong partnerships between public authorities, higher education institutions, students, employers and employees. The European Universities' Charter on Lifelong Learning developed by the European University Association provides a useful input for defining such partnerships. Successful policies for lifelong learning will include basic principles and procedures for recognition of prior learning on the basis of learning outcomes regardless of whether the knowledge, skills and competences were acquired through formal, non-formal, or informal learning paths. Lifelong learning will be supported by adequate organisational structures and funding. Lifelong learning encouraged by national policies should inform the institutional practice of higher education institutions.

12. The development of national qualification frameworks is an important step towards the implementation of lifelong learning. We aim at having them implemented and prepared for self-certification against the overarching Qualifications Framework for the European Higher Education Area by 2012. This will require continued coordination at the level of the EHEA and with the European Qualifications Framework for Lifelong Learning. Within national contexts, intermediate qualifications within the first cycle can be a means of widening access to higher education.

Employability

13. With labour markets increasingly relying on higher skill levels and transversal competences, higher education should equip students with the advanced knowledge, skills and competences they need throughout their professional lives. Employability empowers the individual to fully seize the opportunities in changing labour markets. We aim at raising initial qualifications as well as maintaining and renewing a skilled workforce through close cooperation between governments, higher education institutions, social partners and students. This will allow institutions to be more responsive to employers' needs and employers to better understand the educational perspective. Higher education institutions, together with governments, government agencies and employers, shall improve the provision, accessibility and quality of their careers and employment related guidance services to students and alumni. We encourage work placements embedded in study programmes as well as on-the-job learning.

Student-centred learning and the teaching mission of higher education

14. We reassert the importance of the teaching mission of higher education institutions and the necessity for ongoing curricular reform geared toward the development of learning outcomes. Student-centred learning requires empowering individual learners, new approaches to teaching and learning, effective support and guidance structures and a curriculum focused more clearly on the learner in all three cycles. Curricular reform will thus be an ongoing process leading to high quality, flexible and more individually tailored education paths. Academics, in close cooperation with student and employer representatives, will continue to develop learning outcomes and international reference points for a growing number of subject areas.

Education, research and innovation

15. Higher education should be based at all levels on state of the art research and development thus fostering innovation and creativity in society. We recognise the potential of higher education programmes, including those based on applied science, to foster innovation. Consequently, the number of people with research competences should increase. Doctoral programmes should provide high quality disciplinary research and increasingly be complemented by inter-disciplinary and inter-sectoral programmes. Moreover, public authorities and institutions of higher education will make the career development of early stage researchers more attractive.

International openness

16. We call upon European higher education institutions to further internationalise their activities and to engage in global collaboration for sustainable development. The attractiveness and openness of European higher education will be highlighted by joint European actions. Competition on a global scale will be complemented by enhanced policy dialogue and cooperation based on partnership with other regions of the world, in particular through the organization of Bologna Policy Fora, involving a variety of stakeholders.

17. Transnational education should be governed by the European Standards and Guidelines for quality assurance as applicable within the European Higher Education Area and be in line with the UNESCO/OECD Guidelines for Quality Provision in Cross-Border Higher Education.

Mobility

18. We believe that mobility of students, early stage researchers and staff enhances the quality of programmes and excellence in research; it strengthens the academic and cultural internationalization of European higher education. Mobility is important for personal development and employability, and it fosters respect for diversity and a capacity to deal with other cultures. It encourages linguistic pluralism, thus underpinning the multilingual tradition of the European Higher Education Area, and it increases cooperation and competition between higher education institutions. Therefore, mobility shall be the hallmark of the European Higher Education Area. During the decade up to 2020, we aim at increasing mobility, at ensuring its high quality and at diversifying its types and scope. In

2020, at least 20% of those graduating in the countries of the European Higher Education Area should have had a study or training period abroad.

19. Within each of the three cycles, opportunities for mobility shall be created in the structure of degree programmes. Joint degrees and programmes as well as mobility windows shall become more common practice. Moreover, mobility policies shall be based on a range of practical measures pertaining to the funding of mobility, recognition, available infrastructure, visa and work permit regulations. Flexible study paths and active information policies, full recognition of study achievements, study support and the full portability of grants and loans are necessary requirements. Mobility should also lead to a more balanced flow of incoming and outgoing students across the European Higher Education Area and we aim for an improved participation rate from diverse student groups.

20. Attractive working conditions and career paths as well as open international recruitment are necessary to attract highly qualified teachers and researchers to higher education institutions. Career structures should be adapted to facilitate mobility of staff and early stage researchers; framework conditions will be established to ensure appropriate access to social security and to facilitate the portability of pensions and supplementary pension rights for mobile staff, making the best use of existing legal frameworks.

Data collection

21. Improved and enhanced data collection will help monitor progress made in the attainment of the objectives set out in the social dimension, employability and mobility agendas, as well as in other policy areas, and will serve as a basis for both stocktaking and benchmarking.

Multidimensional transparency tools

22. We note that there are several current initiatives designed to develop mechanisms for providing more detailed information about higher education institutions across the EHEA to make their diversity more transparent. We believe that any such mechanisms, including those helping higher education systems and institutions to identify and compare their respective strengths, should be developed in close consultation with the key stakeholders. These transparency tools need to relate closely to the principles of the Bologna Process, in particular quality assurance and recognition, and should be based on comparable data and adequate indicators to describe the diverse profiles of higher education institutions and their programmes.

Funding

23. Higher education institutions have gained greater autonomy along with rapidly growing expectations to be responsive to societal needs and to be accountable. Within a framework of public responsibility we recognize that public funding remains the main priority to guarantee equitable access and further sustainable development of autonomous higher education institutions. Greater attention should be paid to seeking new and diversified funding sources and methods.

III. The organisational structure and follow-up

24. The present organisational structure of the Bologna Process, characterised by the cooperation between governments, the academic community with its representative organisations, and other stakeholders, is endorsed as being fit for purpose. In the future, the Bologna Process will be co-chaired by the country holding the EU presidency and a non-EU country.

25. In order to interact with other policy areas, the BFUG will liaise with experts and policy makers from other fields, such as research, immigration, social security and employment.

26. We entrust the Bologna Follow-up Group to prepare a work plan up to 2012 to take forward the priorities identified in this Communiqué and the recommendations of the reports submitted to this Ministerial conference, allowing the future integration of the outcome of the independent assessment of the Bologna Process.

In particular the BFUG is asked:

- To define the indicators used for measuring and monitoring mobility and social dimension in conjunction with the data collection;
- To consider how balanced mobility could be achieved within the EHEA;
- To monitor the development of the transparency mechanisms and to report back to the 2012 ministerial conference;
- To set up a network, making optimal use of existing structures, for better information on and promotion of the Bologna Process outside the EHEA;
- To follow-up on the recommendations of analysis of the national action plans on recognition.

27. Reporting on the progress of the implementation of the Bologna Process will be carried out in a coordinated way.

- Stocktaking will further refine its evidence-based methodology.
- Eurostat together with Eurostudent and in cooperation with Eurydice will be asked to contribute through relevant data collection.
- The work of reporting will be overseen by the Bologna Follow-up Group and will lead to an overall report integrating the aforementioned sources for the 2012 ministerial conference.

28. We ask the E4 group (ENQA-EUA-EURASHE-ESU) to continue its cooperation in further developing the European dimension of quality assurance and in particular to ensure that the European Quality Assurance Register is evaluated externally, taking into account the views of the stakeholders.

29. We will meet again at the Bologna anniversary conference jointly hosted by Austria and Hungary in Budapest and Vienna on 11-12 March 2010. The next regular ministerial conference will be hosted by Romania in Bucharest on 27-28 April 2012. The following ministerial conferences will be held in 2015, 2018 and 2020.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name	Hasan KOCABIYIK
Geburtsdatum	14.11.1981
E-Mail	hasankocabiyik@gmail.com
Staatsbürgerschaft	Türkei

Ausbildung

2007 – laufend	Studium Politikwissenschaft, Universität Wien, Österreich
2002 – laufend	Studium Psychologie, Universität Wien, Österreich
2001 – 2002	Deutsch- Vorbereitungskurs, Wien, Österreich
1999 – 2001	English Vorbereitungskurs, Universität Maltepe, Istanbul, Türkei
1994 – 1999	Imam – Hatip Gymnasium, Kastamonu, Türkei

Berufserfahrungen und andere Aktivitäten

2008- laufend	Generalsekretär, Verein MUSIAD-Austria (Verband Unabhängiger Industrieller und Unternehmer Österreich) - www.musiad.at
2006- laufend	Gründer-Mitglied Verein Politic-all (Politic-all: Association of Students of Political and Social Sciences)
2004-2008	Gründer und Direktor, Wonder Language Courses - www.wsi.or.at
2001- laufend	Gründer-Mitglied und Leiter sämtliche Abteilungen von Verein Wonder (Verein zur Unterstützung von internationalen Studenten und Studenten Aktivitäten - www.wonder-wien.com)

Sprachkenntnisse

Türkisch (Mutter Sprache), Deutsch, Englisch, Arabisch